



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Das Literarische Büro und Russland 1900-1918

Die pressepolitische Arbeit des k. u. k. Ministeriums des Äußern in
Russland und während der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk

verfasst von / submitted by

Peter Nestepny BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 804

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichtsforschung, Historische
Hilfswissenschaften und Archivwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Winkelbauer

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.a. Thema und Aufgabenstellung	1
1.b. Der Bestand „Presseleitung“ im Haus-, Hof- und Staatsarchiv	5
2. Das Pressedepartement des Ministeriums des Äußern – Pressepolitik in Russland 1900–1914	8
2.a. Behördengeschichte 1848–1909	8
2.b. Russische Agenden 1900–1914	16
3. Der Erste Weltkrieg und der Weg zu den Friedensverhandlungen	29
3.a. Literarisches Büro und Kriegsbeginn	29
3.c. Czernins Friedenskampagne im Osten	38
3.d. Flankierungsversuche des Literarischen Büros	42
3.e. Bolschewistische Revolution	46
4. Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die Arbeit des Literarischen Büros	53
5. Wiederaufnahme der pressepolitischen Tätigkeit in Russland und der Ukraine	68
5.a. Russland	68
5.b. Ukraine	73
6. Schlusswort	79
8. Literaturverzeichnis	79
9. Quellenverzeichnis	86
10. Abstract	87

1. Einleitung

1.a. Thema und Aufgabenstellung

Das Pressedepartment des k. u. k. Ministeriums des Äußern¹ war bis zum Zusammenbruch Österreich-Ungarns eines von vielen behördlichen Instrumenten zur Durchsetzung von geopolitischen Zielen der Habsburgermonarchie. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spielte das Literarische Büro bei nahezu allen außenpolitischen Ereignissen der Donaumonarchie mit, somit war auch dessen Aufgabenbereich sehr breit gefasst. Die Aufgaben des Literarischen Büros beschränkten sich nicht nur auf die Verfassung offizieller Kommunikés des Außenministers, zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörten auch Unternehmungen wie die Beeinflussung inländischer und ausländischer Journalisten, Presselenkung im Ausland mittels Erwerbung von Journalen und Redakteuren, das Verfassen von Presseberichten über die ausländische Presse für den k. u. k. Außenminister und den Kaiser sowie die Zuweisung von Subventionen für publizistische Unternehmungen im In- und Ausland. Die vom Literarischen Büro auf regelmäßiger Basis verfasste Presseschau bildete einen wesentlichen Faktor in den Entscheidungsprozessen der höchsten politischen Spitzen der Habsburgermonarchie, denn oft waren es gerade diese Presseberichte, die als einzige Informationsquelle zu bestimmten außenpolitischen Themenschwerpunkten galten. Die Arbeitsmethoden des Literarischen Büros waren immer ganz eng an die jeweiligen Außenminister gebunden – so wurden oft beim Ministerwechsel auch die Presseleiter entlassen und neue angestellt.

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, die Aufgaben und Themenfelder sowie die Arbeitsmethoden dieses Pressedepartements darzustellen. Hierzu wurde die archivalische Bestandsgruppe „Russland“ in der Periode 1900-1918 im Haus-, Hof- und Staatsarchiv [HHStA] bearbeitet und es wird hier ein Versuch unternommen, jene Bestände in ihrem historischen Kontext zu erläutern.²

¹ Das Pressedepartment hatte im Laufe der Zeit mehrere Bezeichnungen: 1852 Preßleitungskomitee (interministeriell), 1860 Preßleitungsbureau (Staatsministerium), 1864 Preßleitung (Präsidium), 1868 Pressedepartement (Departement III der Präsidialsektion), 1877 Literarisches Bureau (Ministerium des Äußern), 1911 Pressedepartement (Departement V des Ministeriums des Äußern). Sonja Hillerich, Deutsche Auslandskorrespondenten im 19. Jahrhundert. Die Entstehung einer transnationalen journalistischen Berufskultur (Berlin und Boston 2018) 103. Der Übersicht halber wird im Folgenden für diese Stelle der Begriff Literarisches Büro verwendet – eine Bezeichnung, die selbst bei den Mitarbeitern des k. u. k. Außenministeriums bis November 1918 in Verwendung war.

² Die Bestandsgruppe „Russland“ bildet nur einen kleinen Teil des Aktenmaterials des Literarischen Büros – eine ähnliche Darstellung ließe sich für nahezu alle Länderbestände dieser Behörde machen.

Um die Arbeitsprozesse und -methoden des Literarischen Büros zu verstehen, wird im ersten Kapitel eine zusammenfassende Behördengeschichte wiedergegeben, die vor allem auf den Publikationen von Kurt Paupié³ und Franz Rottensteiner⁴ beruht. Des Weiteren beschäftigt sich das erste Kapitel mit der pressepolitischen Arbeit des Literarischen Büros von 1900 bis 1914 in Russland, also jener Zeit, in der die südosteuropäische Ausrichtung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik unter der Leitung von Alois Lexa von Aehrenthal zu einem unvermeidlichen Zusammenstoß mit dem Zarenreich führte. Höhepunkt dieser Kampagne war die österreichisch-ungarische Annexion Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908. Die darauffolgende politische Krise führte das Habsburgerreich an den Rand eines Krieges mit dem zaristischen Russland. Zwar konnte dieser noch für einige Jahre hinausgezögert werden, doch die wichtigsten Protagonisten des bevorstehenden Krieges haben sich hier bereits manifestiert. Das Literarische Büro diente zu jeder Zeit als ein potentes Werkzeug der Außenpolitik. Bis 1914 beteiligte sich diese Stelle an mehreren Versuchen, die Presselandschaft in Russland zugunsten Österreich-Ungarns zu beeinflussen; gleichzeitig musste sie auch ähnliche Angriffe der russischen Presse und des russischen Auswärtigen Amtes im In- und Ausland abwehren. Die Arbeit des Literarischen Büros während der bosnischen Annexionskrise war einigermaßen breit gefasst. Das Literarische Büro entwickelte in dieser Periode eine rege Aktivität in nahezu allen Ländern Europas – von Land zu Land unterschiedlich erfolgreich. In Russland fanden die meisten Pressebeeinflussungsversuche gerade in der Zeit der Annexionskrise statt. Man kann daher diese Phase als den Höhepunkt der auf Russland abgezielten Pressepolitik des Habsburgerreiches in der Vorkriegszeit bezeichnen. Durch den Kriegsausbruch wurde auch der Tätigkeitsbereich des Literarischen Büros in Hinsicht auf Russland stark beeinträchtigt und sollte nie wieder den Stand erreichen, den er um 1908 innehatte.

In der Anfangsphase des Krieges, unter dem Presseleiter Oskar von Montlong, erfuhr die Propagandaaarbeit des k. u. k. Außenministeriums in Russland ein abruptes Ende und der Fokus

³ Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2. Die zentralen pressepolitischen Einrichtungen des Staates (Wien 1966). In seinem Handbuch der Pressegeschichte liefert Paupié unter anderem einen Gesamtüberblick aller österreichischen Presseinstitutionen. In seinem zweiten Band beschreibt Paupié eine chronologische Behördengeschichte des Literarischen Büros. Sein Fokus liegt hierbei auf den politischen Hintergründen der Entstehungsgeschichte dieser Behörde – von den Anfängen der Presselenkung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis hin zur Gründung des Pressdepartements im Staatsamt für Äußeres in der Ersten Republik. Wegen des Fokus auf die Institutionsgeschichte des Literarischen Büros in ihren wichtigsten Grundzügen findet bei Paupié die nähere Quellenanalyse eher wenig Platz.

⁴ Franz Rottensteiner, Das Literarische Bureau. Pressepolitik, Organisation und Wirksamkeit 1877 – 1918, (ungedr. Diss., Uni Wien 1967). Rottensteiner liefert eine übersichtliche Behördengeschichte des Literarischen Büros von 1877 bis 1918. Anders als bei Paupié, beruht seine Arbeit vor allem auf archivalischen Quellen des Literarischen Büros. Rottensteiner beschäftigt sich mit der Pressebeeinflussung in den für das k. u. k. Außenministerium wichtigsten Ländern.

des Literarischen Büros verschob sich auf die neutralen Staaten. Die Pressepropaganda in den feindlichen Staaten wurde sukzessive vom Kriegspressequartier des Armeeeoberkommandos übernommen. Als Ende 1916 Ottokar Graf Czernin zum Außenminister berufen wurde, änderte sich auch die Pressepolitik des k. u. k. Außenministeriums gegenüber Russland. Czernin startete mit seinem Ministerium eine Friedenskampagne, die bis Dezember 1917 andauerte und deren Ziel es war, Österreich-Ungarn möglichst unbeschadet aus dem Krieg zu holen. In dieser angespannten Periode versuchte Czernin, die Entente und das Deutsche Reich an den Verhandlungstisch zu bringen und gleichzeitig die Nationalitätenkonflikte innerhalb der Monarchie unter Kontrolle zu halten. Die Friedensanbahnungsversuche gegenüber der westlichen Entente zeigten jedoch keinerlei Erfolg und als dann die Märzrevolution von 1917 in Russland ausbrach, verlegte Czernin auch seine Friedenspolitik in Richtung Osten. Sollte ein russischer Kurswechsel Großbritannien und Frankreich nicht an den Verhandlungstisch bringen, so konnte man zumindest durch einen Separatfrieden im Osten die angespannte Lage in der Doppelmonarchie entlasten. Die Vernachlässigung einer pressepolitischen Strategie in Russland seit Beginn des Krieges sollte sich gerade jetzt als nachteilig erweisen. Vor allem musste man im Außenministerium mit Enttäuschung feststellen, dass man auf die chaotischen Ereignisse in St. Petersburg und Moskau nahezu keinen pressepolitischen Einfluss hatte. Unter der Leitung des erfahrenen Diplomaten Friedrich Wiesner begab sich das Literarische Büro auf den ungewissen Weg, in Russland die entgangenen Pressepropagandamittel zurückzugewinnen. Es sollte sich jedoch zeigen, dass der entstandene Verlust bis zum Kriegsende nicht mehr aufgeholt werden konnte.

Im zweiten Kapitel werden der Weg des Außenministers Czernin zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sowie die Flankierungsversuche des Literarischen Büros bis Jahresbeginn 1918 beschrieben. Die vorliegende Beschreibung der Friedenspolitik des Außenministers Czernin basiert vor allem auf der Publikation von Ingeborg Meckling⁵. In ihrer Darstellung konzentriert sich die Autorin auf die archivalischen Bestände des k. u. k. Ministerium des Äußern (Politisches Archiv) im HHStA während der Amtszeit Czernins.

Der Verlauf der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und die damit zusammenhängende Pressearbeit des Literarischen Büros werden das Thema des dritten Kapitels sein. Die Verhandlungen waren vor allem durch den deutsch-russischen Konflikt geprägt, denn beide Seiten waren nicht bereit, jegliche Gebietskonzessionen einzuräumen. Czernin versuchte

⁵ Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin. Österreich Archiv (Wien 1969).

inmitten dieser Besprechungen, Österreich-Ungarn im In- und Ausland als einen souveränen Verhandlungspartner darzustellen, um gegenüber dem bolschewistischen Russland, aber auch gegenüber dem Bundesgenossen Deutschland günstige Friedensbedingungen auszuhandeln. Gleichzeitig galt es, die Autonomiebestrebungen der heimischen Völker in der Habsburgermonarchie in den Griff zu bekommen. Um diese Aufgaben zu bewältigen, musste sich der k. u. k. Außenminister auch auf sein Pressedepartement stützen. Dessen Mitarbeiter versuchten, nicht nur in Russland erneut Fuß zu fassen, sondern auch im Inland durch gezielte Pressepolitik die Nationalitätenkonflikte einzudämmen. Auch wenn es immer wieder an neuen Ideen und Strategien der Mitarbeiter nicht fehlte, konnte sich das Literarische Büro nur bedingt behaupten und diese äußerst schwierigen Aufgaben meistern.

Auch die Wiederaufnahme der Pressearbeit in Russland und der Ukraine nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom März 1918 gestaltete sich äußerst kompliziert. Die problematische Lage in Russland nach der bolschewistischen Revolution ermöglichte es dem Literarischen Büro nur bedingt, die Pressebeeinflussung auf den Vorkriegsstand zu bringen. Dagegen arbeiteten ab März 1918 in der nun selbstständigen Ukraine gleich zwei k. u. k. Organe an der Pressepropaganda – das Literarische Büro und das Kriegspressequartier. Beide gerieten in der Frage der ukrainischen Pressebeeinflussung in Kompetenzschwierigkeiten und versuchten, diese – nicht immer in Kooperation – zu beheben. Wie die pressepolitische Arbeit des k. u. k. Außenministeriums in Russland in der Zeit nach Brest-Litowsk aussah und wie das Literarische Büro seine Arbeit in der Ukraine aufnahm, wird das Thema des letzten Kapitels sein.

Die vorliegende Arbeit stützt sich vor allem auf die wenig bekannten archivalischen Bestände des Literarischen Büros im Haus-, Hof- und Staatsarchiv und setzt sich als Ziel, die Strategien und Methoden jener Stelle im historischen Kontext darzustellen – es handelt sich somit um eine umfassende Darstellung des vorhandenen Aktenmaterials. Anhand von einigen Quellenbeispielen werden die Presselenkungsversuche in Russland sowie im Inland in der Zeitperiode 1900–1918 analysiert und die einzelnen Spezifika der Beeinflussungspolitik definiert. Es wird der Versuch unternommen, die mühevollen Bedingungen, unter welchen die Mitarbeiter des Literarischen Büros ihre Aufgaben zu meistern versuchten, darzustellen. Zu jeder Zeit verfolgte das Literarische Büro unterschiedliche Strategien und propagandistische Ansätze, die auf das Zielpublikum abgestimmt waren. Ob die unterschiedlichen Strategien auch erfolgreich durchgeführt wurden und die vorgenommenen Absichten auch tatsächlich

durchgesetzt werden konnten, kann nicht immer vollständig abgeklärt werden, dennoch wird die propagandistische Erfolgsquote des Literarischen Büros ein Thema sein. Die Arbeit des Literarischen Büros im Hinblick auf Russland kann keinesfalls als eine gedeihliche Behördengeschichte bezeichnet werden. Oft erzeugte das Wirken des Literarischen Büros, gerade im Hinblick auf Russland, einen Eindruck der Zahn- und Wirkungslosigkeit; dennoch versuchten die Mitarbeiter zu jeder Zeit, mit den ihnen verfügbaren Mitteln die Presseagenden zu bewerkstelligen.

1.b Der Bestand „Presseleitung“ im Haus-, Hof- und Staatsarchiv

Die recht unbekannten Archivbestände des Literarischen Büros im Haus-, Hof- und Staatsarchiv bieten einen umfassenden Einblick in die Arbeitsmethoden des Pressedepartements. In der Tektonik des Archivinformationssystems des Österreichischen Staatsarchivs beginnt der Bestand mit dem Jahr 1864. Vor 1864 wurden die laufenden Geschäftsstücke des Literarischen Büros im Verwaltungsarchiv unter den Beständen des Ministerrats geführt und erst danach wurden sie gesondert unter dem Titel „Presseleitung“ in den Beständen des Außenministeriums geführt. Im Jahr 1865 kam es zu einer organisatorischen Umgestaltung des Innenlaufs des Literarischen Büros, die unter anderem auch die Ablage jeglicher presserelevanten Eingangsstücke des Staatsministeriums neu definierte.⁶ Im Zuge dieser Aktenverwaltungsreform wurde beschlossen, diejenigen Akten mit Bezug auf die Presseangelegenheiten mit der Aufschrift „Presseleitung“ zu versehen und diese direkt an den Presseleiter zur Bearbeitung weiterzuleiten und sie dort auch zu verwahren. Neben der Zahlenregistratur beginnt man gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund der erhöhten Aktenproduktion mit der Kategorisierung nach Ländern. Die fortlaufende Exhibitenzahl blieb bestehen. Erst bei der Indizierung der Aktenstücke wurden sie dem jeweiligen Länderbestand zugeteilt. Eine genaue statistische Aufstellung der Inhalte und Themen der Akten lässt sich wegen der großen Menge an Aktenmaterial nur schwer durchführen, dennoch lässt sich eine grobe Kategorisierung der Eingangs- sowie Ausgangsstücke der Presseleitung durchführen.⁷ Grundsätzlich setzt sich der Bestand aus fünf Serien zusammen:

Zu einem ist es die Serie der Zahlenregistratur bis ca. 1890. Dieser Bestand zeichnet sich vor allem durch die Presseberichte der einzelnen Pressestellen im Ausland aus (gemeint sind Gesandtschaften und Konsulate, die gleichzeitig als ausländische Pressefilialen des

⁶ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 63.

⁷ Der Bestand „Presseleitung“ im HHStA beträgt an die 340 Archiveinheiten / Kartons.

Literarischen Büros fungierten). Diese Berichte konzentrierten sich auf die Pressestimmen der ausländischen Zeitungen und entstanden entweder auf eigene Initiative der einzelnen Pressestellen oder nach einer Aufforderung durch den Presseleiter in Wien.

Personalien bilden den zweiten großen Bestand dieser Serie: Aktuell im Dienstverhältnis mit dem Literarischen Büro stehende sowie einstige Redakteure, Publizisten oder Schriftsteller wandten sich an das Literarische Büro wegen Gehalts- oder Pensionserhöhung, Zeitungsinhaber stellten Anträge auf Subventionen. Diese Bittschreiben werden vom Presseleiter im Innenlauf bearbeitet.

Der letzte große Aktenbestand dieser Serie wird von allen Finanzangelegenheiten dominiert: Voranschläge für die Pressfilialen, Pressrechnungen der Pressestellen, Flüssigmachungen von Subventionen an Zeitungen und Journalisten, aber auch Bewilligungen von Zahlungen aus dem Pressefonds für unterschiedlichste Zwecke.

Die Aktenstücke der zweiten Serie sind bereits nach Ländern geordnet und konzentrieren sich vermehrt auf die Gewinnung von ausländischen Zeitungen und Redaktionen. Vom Erstkontakt mit der Redaktion (zumeist durch Konfidenten der jeweiligen ausländischen Pressestelle) über die inneren Entscheidungsvorgänge bis hin zur Flüssigmachung der Subventionen – der Prozess der Entscheidungsfindung ist in diesen Aktenbeständen teilweise dokumentiert. Unklar bleibt aber, wie viele Akten fehlen, denn die Entscheidungsgründe und -prozesse im Hintergrund sind nicht immer vollständig nachvollziehbar.

Vermehrt finden sich Akten zu Gründungen von neuen ausländischen Blättern. Dabei erhofften sich die Neugründer finanzielle Unterstützung seitens des Literarischen Büros. Um ihre Anfragen zu begründen, führten die Redaktionen und Verleger diverse Gründe an, weshalb gerade ihr Presseorgan für die Zwecke der österreichisch-ungarischen Außenpolitik so nützlich wäre. Die ausländischen Pressestellen nahmen oft die Stelle eines Koordinators und Vermittlers zwischen der ersuchenden (Redaktionen und Journalisten) und der austragenden Partei (Literarisches Büro) ein. Am Anfang des Ersten Weltkriegs übernahm das Literarische Büro eine zusätzliche Vermittlerrolle zwischen den ausländischen Zeitungsredaktionen und dem Kriegspressequartier [KPQ] beim Armeeoberkommando [AOK]. Unter anderem definierte sich diese neue Aufgabe durch die Entsendung von ausländischen Kriegskorrespondenten zum Armeeoberkommando. Die Redaktionen waren beauftragt, sich beim Literarischen Büro über die Möglichkeiten der Entsendung des Korrespondenten zu informieren, denn jegliche damit verbundenen Kosten (Anreise und Belohnung) wurden vom Budget des Pressefonds des Literarischen Büros getragen und somit hatte auch der Presseleiter

das letzte Wort. Dies war jedoch nur in der Anfangsphase des Krieges der Fall, denn im weiteren Verlauf der Kriegshandlungen wurden diese Agenden vom Kriegspressequartier vollständig übernommen.

Die großen Mengen an Aktenmaterial, die während des Krieges beim Literarischen Büro entstanden sind, bezeugen unter anderem die propagandistische Tätigkeit der Pressestellen im neutralen Ausland. Grundsätzlich änderte sich bei der Erlangung von neuen ausländischen Pressemedien gegenüber der Vorkriegszeit nicht viel. Auch im Krieg waren es hauptsächlich die Pressestellen im neutralen Ausland, die aktiv nach neuen Möglichkeiten der Pressebeeinflussung suchten, um sie in weiterer Folge dem Presseleiter als mögliche Alternative vorzuschlagen. Dagegen wurde die Pressepropaganda im feindlichen Ausland nahezu vollständig vom Kriegspressequartier übernommen, da durch das Verlassen der dortigen k. u. k. Missionen auch die Pressestellen des Außenministeriums aufgegeben wurden. Hinzu kommen die offiziellen Kommunikés des Außenministeriums, die oft als Reaktion auf Artikel in ausländischen Zeitungen an die Pressestellen im neutralen Ausland entsendet wurden. Sie waren beauftragt, diese Kommunikés an möglichst viele Redaktionen weiterzuleiten, damit sie den Weg in die feindlichen Zeitungen finden würden. Diese Reaktionen des Außenministeriums (Dementis) bezogen sich oft auf Aussagen und Beschuldigungen in der ausländischen Tagespresse, die nicht ohne Antwort seitens Österreich-Ungarns bleiben durften. Kam es etwa dazu, dass in den neutralen Zeitungen ein bestimmter kriegerischer Akt der k. u. k. Armee unter Kritik stand, so wurden in Zusammenarbeit mit dem Kriegsministerium Untersuchungen zu jenem Vorfall durchgeführt und schließlich die Beschuldigungen in einem offiziellen Kommuniké dementiert. Aber auch innenpolitische Angelegenheiten der Habsburgermonarchie standen oft im Mittelpunkt ausländischer Pressemeldungen. Hier war es die Aufgabe des Literarischen Büros, den Anschein von geordneten innenpolitischen Zuständen, vorwiegend betreffend die Nationalitätenfrage, nach außen zu propagieren.

Privatbriefe der Gesandten und Konsuln sowie die der Konfidenten bilden eine weitere Serie. Es handelt sich dabei um Berichte, die direkt an den Presseleiter oder den Außenminister gerichtet wurden. Die Berichterstatter meldeten sämtliche Pressestimmen und Vorkommnisse, die für das Außenministerium von Interesse hätten sein können. Oft geben diese Berichte die genauen Vorgänge und Handlungen bei der Erlangung von neuen Zeitungen durch die Konfidenten wieder und sind somit neben den Exhibiten eine wichtige Quellengruppe zur Erforschung der Art und Weise der Pressebeeinflussung im Ausland.

Die Personalakten der Presseleiter, Mitarbeiter und Konfidenten des Literarischen Büros bilden die vierte und Diverses die fünfte Serie des Aktenbestandes der Presseleitung.

2. Das Pressedepartement des Ministeriums des Äußern – Pressepolitik in Russland 1900–1914

2.a. Behördengeschichte 1848–1909

Die staatlichen Pressedepartements der Jahre nach 1848 waren beauftragt, durch repressive Maßnahmen nicht nur den der Regierung negativ gesinnten Zeitungen und Zeitschriften entgegenzuwirken, sondern sie an ihrer kritischen Pressearbeit gar zu hindern. Unter anderem diente dieser Auffassung der negativen Pressepolitik die Presseordnung vom 27. Mai 1852. Sie ermöglichte den amtlichen Stellen, mit solchen repressiven Maßnahmen, wie Beschlagnahme, die nunmehr ohne gerichtliche Bewilligung durchgeführt werden konnte, wirtschaftliche Sanktionen und Debitenentzug, sich einen möglichst breiten Einfluss auf die Zeitungsredaktionen und einzelne Journalisten im Inland zu sichern und gezielte Presselenkung zu betreiben – dieser Presseordnung unterlagen jegliche nicht amtliche Druckerzeugnisse.⁸ Nur wenige Monate nach dem Erlass der Presseordnung, am 24. Oktober 1852, wurde durch einen kaiserlichen Erlass das Pressleitungskomitee gegründet. Diese oberste pressepolitische Behörde des Kaiserstaates hatte die Aufgabe, jegliche Pressefragen im In- und Ausland zu behandeln. Bei den regelmäßigen Besprechungen waren je ein Vertreter des Außenministeriums, des Innenministeriums und der obersten Polizeibehörde anwesend; die Leitung der interministeriellen Institution wurde von einem Beamten des Außenministeriums übernommen. Bereits in der Anfangsphase dieser Behörde wurden die primären Ziele festgelegt: „[...] den Geist der in- und ausländischen Presse zu erforschen, die gewonnenen Erkenntnisse der Regierung zu berichten, Einfluß auf die in- und ausländische Presse – durch Zusendung von Artikeln und Korrespondenzen – zu gewinnen und Verbindungen mit ausländischen Korrespondenten in Wien und literarischen Persönlichkeiten des Auslands aufzunehmen.“⁹

⁸ Thomas Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918. Ein Beitrag zur österreichischen Medienrechtsgeschichte (Wien 2004) 356.

⁹ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 14.

Das neu gegründete Pressleitungskomitee teilte sich die drei wichtigsten Aufgabenbereiche untereinander. Für die Kommunikation mit den Konsulaten und Gesandtschaften im Ausland war der Vertreter des Außenministeriums zuständig. Zu seinen eminentesten Aufgaben gehörte es, sich einen Überblick über die pressepolitische Landschaft in den deutschen Staaten zu verschaffen. Dem Vertreter des Innenministeriums wurde die Betreuung der inländischen amtlichen Presse zugewiesen, unter anderem war es die *Österreichische Correspondenz* (später *Politische Correspondenz*), die als ein angesehenes Sprachrohr des Außenministeriums fungierte und in der die aktuellsten politischen Themen diskutiert und kommentiert wurden. Aus der amtlichen, regelmäßig erscheinenden *Österreichischen Correspondenz* haben vor allem all jene heimischen Zeitungsredaktionen Informationen bezogen, die sich keine Auslandskorrespondenten, die über Vorkommnisse vor Ort berichten, leisten konnten. Über die Verteilung der Subventionen an die einzelnen Redaktionen und Journalisten verfügte der Vertreter der Obersten Polizeibehörde, in dessen Händen somit die heimischen Pressebeeinflussungsagenden lagen.¹⁰

Bis 1859 konnte das Pressleitungskomitee seinen Einfluss auf eine Zahl sowohl der in- als auch der ausländischen Korrespondenten durchaus ausweiten. Durch den verlorenen Krieg in Italien im Jahr 1859 wurde in der Öffentlichkeit die Forderung nach unabhängigerer Presse und Lockerung der Zensurmaßnahmen laut und es wurde den obersten Stellen langsam klar, dass die bis dahin geführte negative Pressepolitik, die ihren Ursprung in der Zeit nach 1848 hatte, ihre Ziele verfehlte und langsam, aber sicher obsolet wurde. In Zusammenhang mit einer weitgehenden Entwicklung der Presselandschaft in der Habsburgermonarchie in den 1860er Jahre haben auch die amtlichen Pressevertreter die Vorteile einer positiveren Pressepolitik erkannt und sich mit dieser auch befasst. Dieser neue Ansatz fand eine maßgebliche Anwendung zuerst im Ausland und erst in weiterer Folge auf dem Gebiet der Monarchie – vor allem im Pressegesetz vom 1862 fand diese neue Ansicht eine Widerspiegelung: Die Abschaffung der vorzeitigen Hinterlegung der Pflichtexemplare für Zwecke der Vorzensur, die Aufhebung des Konzessionszwanges und die Alleinzuständigkeit der Gerichte für Presseinhalts- und Presseordnungsdelikte waren einige wesentliche Änderungen des neuen Pressegesetzes.¹¹

In derselben Periode entstand durch den kaiserlichen Erlass vom 14. Dezember 1860 das *Pressleitungsbureau*. In seinen Aufgaben war das Pressleitungsbüro seinem Vorgänger, dem

¹⁰ Ebd. 15.

¹¹ Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts 461.

Pressleitungskomitee, treu geblieben.¹² Was sich aber änderte, waren die innerbehördlichen Kompetenzen – diese wurden nun gänzlich an das Staatsministerium übertragen. In der Instruktion für den Presseleiter des neu gegründeten Pressleitungsbüros beim Staatsministerium wurden die Hauptaufgaben der positiven Art und Weise der Pressebeeinflussung entsprechend zusammengefasst: „Die Aufgabe des Preßleiters ist, mit dem Gange der politischen Tagespresse im Inlande und Auslande durch fortgesetzte Aufmerksamkeit sich vertraut zu machen, und im außeramtlichen Wege einen möglichst ausgedehnten Einfluß auf die Tagespresse zu gewinnen und für die Zwecke der Regierung nutzbar machen. Im Sinne dieser Aufgabe wird der Preßleiter mit Zeitungs-Redaktionen und Leitern anderer literarischer Unternehmungen im Inlande und Auslande [...] Verbindungen anzuknüpfen und die bestehenden zu erhalten suchen, er wird mit denselben mündlich oder brieflich verkehren und diesen Verkehr dazu benützen, eine günstige Auffassung und Beurtheilung der Thätigkeit der Regierung anzubahnen, die verschiedenen Organe der Presse für Oesterreich freundlich zu stimmen, schädlichen Vorurtheilen, Irrthümern und absichtlichen Entstellungen von Thatsachen mit Aufklärung, Berichtigungen und Widerlegungen entgegen zu wirken.“¹³

Der pressepolitische Trend der obersten Stellen wandte sich langsam von den restriktiven Maßnahmen der negativen Pressepolitik zu den subtileren Wegen der positiven Pressebeeinflussung. Die Träger dieser Pressepolitik waren die österreichisch-ungarischen Gesandtschaften und Konsulate, die die Funktion der ausländischen Pressestellen des Ministeriums des Äußeren innehatten. Dennoch dauerte es mehrere Jahre, bis etwa in den deutschen Staaten ein funktionierendes Netz der Pressestellen aufgebaut werden konnte. Das Hauptproblem waren dabei die geringen finanziellen Mittel, die eine gründlichere Presselenkung in der deutschen Presse unmöglich machten. Zusätzlich fehlte es oft an Meldungen und Weisungen aus dem Wiener Außenministerium, die zur Weitergabe an die deutschen Redaktionen zwecks Informationsverwertung bestimmt waren. Um einen Hauch der unmittelbaren Informiertheit zu bewahren, waren die österreichfreundlichen deutschen Zeitungen oft gezwungen, ihre Meldungen den italienischen, französischen und englischen Berichten zu entnehmen.¹⁴

¹² Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 60.

¹³ Haus-, Hof- und Staatsarchiv [HHStA], Presseleitung [PL] Karton 2-3, Instruktion für den Pressleiter vom 14.12.1860. Zit. nach: Sonja Hillerich, Deutsche Auslandskorrespondenten im 19. Jahrhundert 103.

¹⁴ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 62.

Neue Arbeitsweisen mussten daher entwickelt werden. Es wurde eine engere Kooperation zwischen dem Außenminister in Wien und den Gesandtschaften und Konsulaten (in Deutschland waren es das Generalkonsulat in Leipzig, die Gesandtschaften in Frankfurt, München, Stuttgart und Karlsruhe) beschlossen. Im Zuge der regelmäßigen Sitzungen in Wien waren die Vertreter der Ministerien beauftragt, jene Informationen mitzuteilen, die der ausländischen Presse weitergeleitet werden konnten. Um die Veröffentlichung solcher Nachrichten im Ausland zu beschleunigen, entschloss man sich, diese nicht nur über die langsamen Zirkulare, sondern auch im telegrafischen Weg an die Außenstellen zu übermitteln. Diese telegrafischen Weisungen des Pressleitungsbüros an die Außenstellen erwiesen sich als fundamental für die Versorgung der ausländischen Presse mit gezielten Propagandanachrichten; sie blieben bis 1918 das Hauptkommunikationsmittel des Außenministeriums mit den Außenstellen. Bei der Übermittlung von diesen amtlichen Anweisungen und Berichten spielten die Telegraphenagenturen und Korrespondenzbüros eine wesentliche Rolle. So etwa das k. u. k. Telegraphen-Korrespondenzbüro¹⁵, das 1860 gegründet wurde und als einzig autorisierte Informationsquelle der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik für die in- und ausländischen Zeitungsredaktionen galt. Die offiziellen, sorgfältig ausgewählten Pressemeldungen des Außenministeriums wurden über das Korrespondenzbüro öffentlich gemacht. Dessen Vertreter im Ausland fungierten gleichzeitig als Vertrauensmänner des Außenministeriums und lieferten regelmäßige Berichte über Presseverhältnisse in den jeweiligen Ländern, zusätzlich zu den Presseberichten der Gesandtschaften und Konsulate. Die Auslagen für diesen Informationsdienst wurden unter anderem auch vom Außenministerium gedeckt.¹⁶

Nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen 1866 wurde Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust österreichischer Außenminister. Unter seiner Leitung gingen sämtliche Presseleitungsangelegenheiten vom Staatsministerium an die neue Präsidialsektion des Außenministeriums über. Es waren alle jene staatlichen Agenden in diesem neu eingerichteten Department III der Präsidialsektion im Außenministerium vereint, die Beust als Außenminister unter seiner eigenen Einflussphäre behalten wollte. Die Betreuung sowohl der ausländischen als auch der inländischen Presse wurde fortan im Departement III untergebracht. Zum Presseleiter dieser neuen Abteilung wurde der Sektionsrat Johann Falke von Lilienstein bestellt.¹⁷ Zur endgültigen Spaltung der inländischen und der ausländischen pressepolitischen

¹⁵ Fortan als Korrespondenzbüro bezeichnet.

¹⁶ Rottensteiner, Das Literarische Bureau 37.

¹⁷ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 77.

Agenden kam es erst Anfang 1870, als beim cisleithanischen Innenministerium das selbstständige Pressedepartement errichtet wurde. Die inländische Presse stand von nun an unter dem Wirkungskreis des Pressedepartements des Innenministeriums und die Auslandspresse wurde von der Presseleitung des Außenministeriums betreut. Gleichzeitig fungierte dieses Departement III im Außenministerium als erste Anlaufstelle der heimischen Zeitungsredaktionen in ihrer Suche nach Meldungen und Informationen aus dem Ausland. In Zusammenarbeit mit dem Korrespondenzbüro besaß das Außenministerium ein wahres Monopol auf Nachrichten und Berichte aus dem Ausland. Die Mitarbeiter dieser zwei Behörden bestimmten, welche ausländischen Nachrichten zum heimischen Leser gelangen konnten und welche nicht. Dieses Instrument der gezielten Nachrichtensonderung funktionierte auch dann, wenn sich die heimischen Redaktionen Auslandsredakteure leisten konnten, denn diese waren durch das Fehlen von anderen raschen Nachrichtenbeförderungsalternativen gezwungen, auch ihre Berichte auf schnellstem Weg über das vom Außenministerium kontrollierte Korrespondenzbüro zu befördern.

Außenminister Beust schaffte es im Hinblick auf die deutsche Tagespublizistik, eine neue Politik der indirekten Presselenkung erfolgreich zu etablieren. Die offenkundige Weiterleitung von offiziellen Nachrichten mittels staatlicher Zeitungen sollte nicht mehr das primäre Beeinflussungsinstrument des Außenministeriums sein. Vielmehr versuchte man, über die inoffiziellen Kanäle Kontakte zu unabhängigen Redaktionen oder Nachrichtenbüros herzustellen, um dann gegen Bezahlung/Bestechung die offiziellen Standpunkte durchzusetzen.¹⁸

Dabei war es von äußerster Priorität, nicht nur freundschaftliche Beziehungen der Pressestellen zu den Redaktionen zu pflegen und zu bewahren, sondern diese Beziehungen auch geheim zu halten, um sie nicht zu kompromittieren – damit die Meldungen einen gewissen Grad an scheinbarer Objektivität behielten. Eine Aufdeckung/Enthüllung solcher Praktiken konnte auf Jahre hinweg pressepolitische Wirkungsmöglichkeiten zerstören.¹⁹

Die Pressfilialen im Ausland waren beauftragt, regelmäßige Berichterstattung über die Lokalpresse an das Departement III in Wien zu liefern. Diesen Berichten waren Zeitungsausschnitte beigelegt, die eine Art Presseschau der Lokalpresse zu bestimmten Themenfeldern darstellten. Dabei waren die Berichte von dem Ermessen des jeweiligen Botschafters oder Geschäftsträgers, die oft über kein journalistisch geschultes Personal

¹⁸ Leopold Kammerhofer, *Diplomatie und Pressepolitik 1848 – 1918*. In: *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918*, Band 6/1, *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989) 460.

¹⁹ Ebd. 461.

verfügten, abhängig. Oft waren diese Berichte von unterschiedlicher analytischer Qualität, denn diese hing ganz davon ab, welche Bedeutung die jeweiligen Berichtersteller der Presse zumaßen, und wie geschickt sie sich in den örtlichen journalistischen Kreisen zu bewegen vermochten.²⁰

Darüber hinaus waren die Pressfilialen im Ausland beauftragt, ständig nach neuen Wegen der Pressebeeinflussung in ihrem jeweiligen Land zu suchen. Zu diesen Zwecken wurde aus dem Budget des Außenministeriums ein spezieller *Dispositionsfonds für nicht speziell zu verrechnende Auslagen* bestimmt. Im Einvernehmen mit der Presseleitung wurden aus diesem Dispositionsfonds nicht nur lokale Zeitungen und Verleger, sondern auch einzelne Journalisten und Redakteure dotiert und subventioniert. Die Akten solcher Subventionen bilden wohl den größten Aktenbestand der Presseleitung.

Die Erfolgsrate der einzelnen Pressestellen war also sehr stark vom zugewiesenen Budget abhängig. Ende 1870 wurde das Wirken des Pressedepartements durch die Streichung der Dispositionsgelder stark eingeschränkt und als Folge wurden die Pressestellen in Karlsruhe und Darmstadt aufgelöst.²¹ Aber auch anderswo waren die Pressestellen nicht in der Lage, die Auslagen für pressepolitische Ziele zu decken. So hatte etwa die Botschaft Paris für das erste Halbjahr 1875 insgesamt 5000 Francs für Presse Zwecke erhalten, davon waren alleine 4000 für das Abonnement des Journals *Mémorial diplomatique* ausgegeben worden.²²

Bis 1871 fokussierte sich die Pressebeeinflussungstätigkeit des Wiener Außenministeriums auf die deutschen Staaten. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis versuchte Beust, eine aktive Pressepolitik in den deutschen Staaten durchzusetzen. Dank dieser Strategie konnte er einige Erfolge bei der Gewinnung von liberalen Zeitungen in Deutschland verzeichnen. Aber auch in Frankreich konnte die Wiener Presseleitung Erfolge verzeichnen, da bis 1869 ein Großteil der Pariser Zeitungen in der preußisch-österreichischen Auseinandersetzung gegenüber der Österreichisch-Ungarischen Monarchie positiv eingestellt war.²³

Beust war sicherlich ein europäischer Vorreiter der amtlichen Presselenkung – noch bevor andere europäische Großmächte ihre Kraft und die daraus resultierenden Möglichkeiten verstanden und diese auch applizierten.

Die Beeinflussung der deutschen Presse durch Dotationen und Subventionen ging ab 1871, also nach der Gründung des deutschen Kaiserreiches, zurück: Die bisherige pressepolitische

²⁰ Rottensteiner, Das Literarische Bureau 37.

²¹ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 79.

²² Kammerhofer, Diplomatie und Pressepolitik 463.

²³ Ebd. 470f.

Zielsetzung Beusts wurde obsolet, nämlich die Gründung des großdeutschen Staates unter der österreichischen Führung publizistisch zu unterstützen. Der Hauptfokus der Außenpolitik und somit auch der Presseleitung verschob sich in Richtung anderer europäischer Großmächte sowie auf die Nachbarländer. Die Arbeitsmethoden des Departements III waren immer ganz eng an die außenpolitischen Zielsetzungen der jeweiligen Außenminister gebunden. So wurden im Zuge des Ministerwechsels meistens auch die Presseleiter entlassen und neue angestellt.

Lag also unter Außenminister Beust der Hauptfokus auf der Beeinflussung der deutschen Tagespresse, so verschob sich 1875 unter seinem Nachfolger Gyula Andrassy die Zielrichtung der Pressepolitik auf Südosteuropa und auf die militärische Besetzung von Bosnien und Herzegowina. Im Gegensatz zu Beust, der die aktive Pressepolitik für seine diplomatischen Agenden und Ziele ausnutzte, versuchte Andrassy, seine Außenpolitik abseits der Öffentlichkeit zu betreiben, um dieser erst dann die Ergebnisse zu präsentieren.

Das ab 1871 als Literarisches Büro bezeichnete Departement III wurde nun von Leopold Friedrich von Hofmann geführt. In der Frage der Presseleitung stand Hofmann häufig in Konflikt mit Außenminister Andrassy, dessen Beziehung zu den Aufgaben des Pressedepartements eher durch Antipathie als Verständnis geprägt war. Sektionschef Hofmann wurde schlussendlich 1876 zum Finanzminister befördert, die Presseangelegenheiten des Außenministeriums blieben aber weiterhin unter seiner Obhut.²⁴

Betreffend die Südosteuropa-Politik war es für das Außenministerium von äußerster Priorität, Österreich-Ungarn in den ausländischen Zeitungen als eine konsolidierte Ordnungsmacht darzustellen, die politisch und militärisch in der Lage wäre, in Südosteuropa für Recht und Ordnung zu sorgen.²⁵ In der heimischen Tagespresse wurde hauptsächlich über die offizielle *Politische Correspondenz* versucht, den liberalen Zeitungen entgegenzuwirken und die Politik Andrassys zu verteidigen. Das ausgeprägte Korrespondentennetz der *Politischen Correspondenz* in Südosteuropa diente dem Außenminister nicht nur zur Beeinflussung der heimischen Journalisten, sondern auch bei der Belieferung der Auslandspresse durch gezielte Nachrichten aus jener Region.²⁶

Gleichzeitig wurde die Gesandtschaft in Konstantinopel beauftragt, auf die dortige Presse einzuwirken und die Protektorrolle Österreich-Ungarns in Bosnien und Herzegowina zu propagieren. Indirekt wurde somit auf europäische Presseagenturen, die ihre Meldungen aus

²⁴ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 107-109.

²⁵ Kammerhofer, Diplomatie und Pressepolitik 479.

²⁶ Manfred Strauß, Die „Politische Korrespondenz“ und ihre Nachrichtenpolitik von 1875 bis 1914. (Wien 1965) 78.

den lokalen türkischen Zeitungen bezogen, im Sinne der Politik Österreich-Ungarns eingewirkt.²⁷ Die russische Presse war während jener Zeit außerhalb des Fokus des Literarischen Büros. In der heimischen Presse verfolgten die Redaktionen durchaus kritische Ansichten dem Zarenreich gegenüber, jedoch boten diese nur wenig Anlass zur Intervention seitens des Literarischen Büros. Den russischen Zeitungen maß das Außenministerium geringe Bedeutung bei, sodass die Pressestelle in St. Petersburg lediglich einige Journalisten subventionierte. Jegliche Tätigkeit des Literarischen Büros hinsichtlich Russlands beschränkte sich auf die Übermittlung von Pressemeldungen der offiziellen Nachrichtenstellen an die russische Presse.²⁸

Nach der Amtsniederlegung Hofmanns 1880 erlebte das Literarische Büro eine Art Verfall. Die Abteilung war von Hofmann zu einem höchst effektiven Apparat aufgebaut worden, der jedoch von seinen Nachfolgern nicht am Leben erhalten werden konnte. Somit vergingen die nächsten Jahre für das Literarische Büro mit regulärer Routinearbeit.²⁹

1905 wurde Graf Koloman von Kánya zum Leiter des Literarischen Büros ernannt. Der ungarische Adelige pflegte gute Kontakte zu den heimischen und ausländischen Journalisten und schaffte es bis 1913, die Abteilung wieder auf die Beine zu stellen.³⁰

Während seiner Amtszeit stellte die bosnische Annexionskrise von 1908/9 die größte Herausforderung für das Literarische Büro dar. Hauptziel des Außenministeriums war es, die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina pressepolitisch zu unterstützen und auf die offiziöse österreichische Presse im Sinne der antiserbischen Propaganda einzuwirken. Unter dem Außenminister Alois Lexa Graf von Aehrenthal wurden jegliche Anzeichen und Hinweise auf die geplante Annexion Bosniens und der Herzegowina in der Presse verschleiert und erst nach der erfolgten Übernahme startete eine riesige Pressekampagne mit dem Ziel, die Schritte Österreich-Ungarns zu rechtfertigen und zu propagieren.

Im Zuge der Annexionskrise 1908/9 richtete sich die Arbeit des Literarischen Büros sehr stark auf die osmanische Presse in Konstantinopel. Der Gesandte in Konstantinopel, János Markgraf von Pallavicini, startete mit massiver Subventionierung der lokalen Presse. Sukzessive führte diese Strategie zu einer verbesserten Einstellung der türkischen Öffentlichkeit zur Balkanpräsenz Österreich-Ungarns. Pallavicini verkehrte oft persönlich mit den einzelnen Pressevertretern und opferte auch seine eigenen finanziellen Mittel für diese Verbindungen.

²⁷ Kammerhofer, *Diplomatie und Pressepolitik* 481.

²⁸ Rottensteiner, *Das Literarische Bureau*. 94.

²⁹ Paupié, *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte* 2 109.

³⁰ Ebd.

Indirekt konnte somit die Pressestelle in Konstantinopel auf die französische Presse, die ihre Nachrichten oft von lokalen Meldungen übernahm, einwirken.³¹

Im Zuge der antibritischen Kampagne hat das Literarische Büro unter der Leitung von Kánya versucht, Großbritannien als den Unruhestifter in der Region darzustellen, was unter anderem dazu führte, dass Großbritannien zu einem regelrechten Gegner der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik wurde. Jedoch waren die meisten Versuche des Literarischen Büros, auf die britische Presse einzuwirken, eher erfolglos, und zwar zum einen deswegen, weil die britischen Zeitungen sehr immun gegen Subventionen waren und ihre Unabhängigkeit gegenüber ausländischen Eingriffen zu schützen versuchten,³² und zum anderen durch den persönlichen Einsatz des langjährigen Times-Korrespondenten in Wien, Henry Wickham Steed, der sich als konsequenter Gegner der Annexion zeigte.³³

Aber auch die Pressestelle in St. Petersburg verzeichnete während jener Krise eine erhöhte Aktivität. Das russische Zarenreich unter Nikolaus II. profilierte sich in den Jahren 1908/9 als großer Gegner der annexionistischen Außenpolitik Aehrenthals. Das Außenministerium unter seiner Leitung konnte frühzeitig erkennen, dass die bisherige pressepolitische Tätigkeit in Russland unzureichend gewesen war, und richtete daher einen nicht geringen Teil der Ressourcen und Anstrengungen auf die Beobachtung und Beeinflussung der Presse im russischen Zarenreich.

2.b. Russische Agenden 1900–1914

Im folgenden Kapitel werden die pressepolitischen Aktivitäten des Literarischen Büros im russischen Zarenreich kurz vor, während und nach der Annexionskrise näher dargestellt.

Um die Jahrhundertwende waren alle Agenden der k. u. k. Gesandtschaft in St. Petersburg sowie des Konsulats in Moskau auf die Bewahrung des politischen *Status quo* mit Russland ausgerichtet. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik Russland gegenüber galt unter dem Außenminister Agenor Goluchowski als zurückhaltend und konfliktvermeidend. In der Frage der Südosteuropa-Politik zeigte sich diese Einstellung wohl am ehesten: Die umstrittenen Verfassungsreformen in Mazedonien sowie die unklare Zukunft des okkupierten Bosniens gehörten zu den Hauptthemen der russisch-österreichischen politischen Beziehungen. Eine wichtige Aufgabe fiel dabei auf das Literarische Büro beim Außenministerium unter der Leitung des späteren Burgtheaterdirektors Emil Jettel von Ettenach. Seine pressepolitische

³¹ Kammerhofer, *Diplomatie und Pressepolitik* 485.

³² Ebd. 473.

³³ Paupié, *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte* 2 110.

Arbeit war nur in einer engen Kooperation mit der k. u. k. Gesandtschaft in St. Petersburg unter der Leitung des Botschafters und späteren Außenministers Alois Lexa von Aehrenthal (nachdem Aehrenthal 1906 zum Außenminister ernannt wurde, übernahm Leopold Graf Berchtold die Gesandtschaft in St. Petersburg) möglich. Die Aufgabenteilung war in etwa wie folgt: Die St. Petersburger Gesandtschaft lieferte regelmäßige Presseberichte über die russische Tagespublizistik an den Außenminister und fügte jeweils ihre Beobachtungen und Empfehlungen hinzu. Im Außenministerium wurden dann diese Berichte dem Minister vorgelegt und es wurde entschieden, ob eine Gegenaktion erforderlich sei. Jedoch beschäftigte sich die St. Petersburger Gesandtschaft nicht nur mit einer Berichterstattung über die russische Presse, sondern als Außenstelle des Literarischen Büros fungierte sie als verlängerter Arm bei pressepolitischen Gegenmaßnahmen, wie Richtigstellung von Anschuldigungen, Abdämpfen von offensiven Berichten der österreichischen Presse Russland gegenüber und umgekehrt. Die allgemeine Pressepolitik beruhte in den ersten Jahren nach 1900 durchaus auf der Bewahrung der neutralen Verhältnisse zu Russland. Im Hintergrund des russisch-japanischen Krieges war das Literarische Büro beauftragt, jegliche Versuche der heimischen sowie russischen Presse, die politische Lage zu verschärfen, zu neutralisieren. Verhindern wollte man vor allem eine unkontrollierte Pressefehde zwischen den liberalen Zeitungen beider Länder. Dieser Aufgabe war sich der Gesandter Aehrenthal vollkommen bewusst. Als er Anfang Mai 1904 einen Bericht an Außenminister Goluchowski schrieb, betonte er nochmals die Wichtigkeit der Zurückhaltung der heimischen Presse: „Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen ohne neuerlich darauf hinzuweisen von welch eminenten Nachtheile eine russophobe Tendenz unserer Presse nicht nur für die politischen Beziehungen zwischen der Monarchie und Russland, sondern noch in viel höherem Masse für unsere Industrie sein könnte. Wir stehen vor dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Russland und ausserdem bietet der gegenwärtige Krieg mit den durch denselben nothwendigen Lieferungen für die Armee bei der immer wachsenden Antipathie gegen England und die Vereinigte Staaten eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit für unsere Industriellen den Absatz nach Russland zu vermehren. Durch eine thunlichst sachliche Besprechung der Kriegseignisse könnten unsere führenden Blätter der heimischen Industrie einen wirklichen Dienst erweisen.“³⁴

Im Großen und Ganzen ist es dem Literarischen Büro gelungen, während der Zeit der russisch-japanischen Auseinandersetzung die heimische Presse von derartig kritischen Äußerungen gegenüber Russland abzuhalten. Dennoch war Anfang März 1905 eine Aktion des Presseleiters

³⁴ HHStA PL Karton 161, 286/5 ex 1904 Aehrenthal an Goluchowski vom 7. Mai 1904.

Jettel, überraschenderweise gegen einen russlandkritischen Artikel des *Fremdenblattes*, erforderlich. Das *Fremdenblatt*, eine offiziöse Zeitung des Auswärtigen Amtes, äußerte sich zu den zahlreichen Misserfolgen der russischen Armee im Krieg gegen Japan in einer sehr direkten Sprache. Die Niederlagen des Zarenreichs sowie die geringe Moral des russischen Militärs blieben nicht unerwähnt. Eine Reaktion seitens der russischen Tagespresse hatte nicht lange auf sich warten lassen. Der *St. Petersburger Herold*, ein in geringer Auflage publiziertes russisches Tagesblatt in deutscher Sprache, nutzte die Möglichkeit aus und wies auf den halbamtlichen Charakter des *Fremdenblattes* hin. Dabei interpretierte die russische Zeitung den *Fremdenblatt*-Artikel als maliziös und die wahre, feindliche Haltung des österreichisch-ungarischen Außenministeriums, das sich bis dahin als Freund Russlands darstellte, entblößend. Der Artikel des *St. Petersburger Herold*, eines eher unbedeutenden russischen Blattes, wurde von den Vertretern des Außenministeriums sehr ernst genommen und hatte einen mehrtägigen Innenlauf zwischen dem Gesandten Aehrenthal, dem Leiter des Literarischen Büros Jettel und Außenminister Gołuchowski als Folge. In einem Privatbrief äußerte Jettel an den Hofrat und Leiter des Wiener *Fremdenblattes* Marcell Frydman die Bitte, „[...] dem jungen Mann, welchem die Redaktion der militärischen Artikel anvertraut wurde, nahzulegen, dass er sich gegenwärtig halten möge, für welches Blatt er schreibt. Es würde sich auch empfehlen, ihm ein wenig auf die Finger zu sehen, damit für die Zukunft derartig gehässige Kommentare nicht zuziehen.“³⁵

Auf der russischen Seite war es vor allem die *Nowoje Wremja*, ein liberales Tagesblatt, das sich am kritischsten gegenüber der österreichisch-ungarischen Außenpolitik äußerte. Die vielgelesene Zeitung gehörte wohl zu den größten Gegnern der neutralen Vorgehensweise beider Monarchien und war zu jeder Zeit auf Konfrontationskurs mit heimischen und ausländischen politischen Vertretern ausgerichtet. In ihren oft tendenziösen Abhandlungen thematisierte die *Nowoje Wremja* vorwiegend die Frage des Panslawismus und die Rolle Russlands als natürlicher Einiger der slawischen Völker unter dessen Obhut. Dementsprechend gehörten Themen wie die Gefahren des Pangermanismus sowie die Unterdrückung der slawischen Völker im österreichisch-ungarischen Staatsgebilde zu ihrer Tagespolemik.

Im Oktober 1906 wurde der langjährige Gesandter in St. Petersburg, Alois Lexa von Aehrenthal, zum Nachfolger von Agenor Gołuchowski im Amt des Außenministers. Die ersten Monate seiner Amtszeit waren durch die Versuche geprägt, die kollisionslose Linie seines

³⁵ HHStA PL Karton 161, 161/5 ex 1905 Hofrat v. Jettel an Hofrat v. Frydman vom 20. März 1905.

Vorgängers beizubehalten. Das Beibehalten und Ausbauen der österreichisch-ungarisch-russischen Entente waren in seinen ersten zwei Jahren als Außenminister wichtige strategische Punkte der Außenpolitik. Jedoch war die Auffassung von einer Kooperation mit Russland nur schwer mit Aehrenthals Plänen, die wirtschaftliche und politische Einflussphäre Österreich-Ungarns in Südosteuropa auszubauen, vereinbar. Gleichzeitig erschien ein exklusives Bündnis mit dem Zarenreich als unwahrscheinlich, da der russische Außenminister Alexander Petrowitsch Iswolski, um die Sicherheit des fragilen Russlands nach dem verlorenen Krieg von 1905 zu gewährleisten, möglichst viele Verträge mit allen Mächten abzuschließen vermochte.³⁶

Bedingt durch die politische Veränderung in Russland nach dem verlorenen russisch-japanischen Krieg änderten sich auch die außenpolitischen Prioritäten Aehrenthals gegenüber Russland. Der Kernpunkt von Aehrenthals Balkanpolitik lag im ausgebauten Eisenbahnnetz, das die Gebiete der Monarchie mit Montenegro und Griechenland verbinden und bis nach Konstantinopel reichen sollte. Dieses Vorhaben löste in Russland eine Welle der Empörung aus und führte sukzessive zur Abwendung des Zarenreichs von dem Bündnis mit Österreich-Ungarn.³⁷

Der gesamte Apparat des österreichisch-ungarischen Außenministeriums richtete sich nun auf die bevorstehende Annexion des okkupierten Bosnien, wodurch man sich eine Stabilisierung der Lage an der Grenze zum Osmanischen Reich erhoffte. Dabei rechnete Aehrenthal hauptsächlich damit, dass Russland nach dem Krieg mit Japan in einer ökonomischen und gesellschaftlichen Krise steckte und somit nicht in der Lage war, in Südosteuropa politisch mitspielen zu können. Nach der erfolgten Annexion zeigte sich Iswolski im Lichte der kritischen öffentlichen Meinung in Russland als durchaus oppositionsfähig und forderte eine internationale Konferenz, um Österreich-Ungarn zur Verantwortung zu ziehen.³⁸

„Vielleicht am beunruhigendsten war die dramatische – und, wie sich herausstellen sollte, nicht wieder gutzumachende – Verschlechterung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Russland. Sie war wohl zum Teil durch falsche Überlegungen, Missverständnisse und persönliche Abneigung während der bosnischen Krise verursacht worden.“³⁹

Mit der erfolgten Annexion Bosniens hat die russische Presse ihren kritischen Ton gegenüber der Donaumonarchie stark gesteigert. In St. Petersburg haben die Mitarbeiter der k. u. k.

³⁶ Francis Roy Bridge, Österreich-Ungarn unter den Grossmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918, Band 6/1, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1989) 311.

³⁷ Ebd. 313.

³⁸ Ebd. 315.

³⁹ Ebd. 317.

Gesandtschaft mit Sorge die zunehmende panslawistische Agitation der russischen Presse beobachtet. Gefürchtet hat man vor allem einen ernsteren politischen Schaden, den eine russische Pressefehde anzurichten drohte. In einem Bericht an den Außenminister vom 12. November 1908 fasste der Gesandte Berchtold die wesentlichsten Probleme, mit denen die Gesandtschaft in St. Petersburg zu kämpfen hatte, zusammen: „[...] Aus dem Gesagten erhellt, dass sich in der hiesigen Presse ein starker serbischer Niederschlag findet, welcher direkt auf die Anwesenheit des einstmaligen serbischen Ministerpräsidenten zurückzuführen ist. Neben diesem Einfluss kommt auch jener der englischen öffentlichen Meinung in diesen Tagen mehr denn je in Erscheinung. Die Artikel der Times, Daily Telegraph u.a.m. werden mit Begeisterung aufgenommen, da dieselben stets der momentan herrschenden Stimmung Rechnung tragen. [...] Charakteristisch für die Abhängigkeit der hiesigen Publizistik von der englischen öffentlichen Meinung ist das sofortige Fallenlassen der Dardanellenfrage auf einen von London aus ergangenen Wink. [...] Nicht minder bezeichnend scheint mir in diese Richtung die Bemerkung einer hiesigen politischen Persönlichkeit, mit welcher ich die provokante Haltung der russischen Presse besprach, dahin lautend, dass durch Einflussnahme auf die englische Presse auf die hiesige Publizistik wesentlich eingewirkt werden könnte!“⁴⁰

Das Literarische Büro und die Gesandtschaft in St. Petersburg gerieten sehr schnell in eine reaktive Position. Die Interaktion mit russischen Zeitungen beschränkte sich auf die reine Widerlegung von Nachrichten und Berichten, die sich kritisch gegenüber der Politik Aehrenthals äußerten. Oft kamen solche kritisch gesinnten Nachrichten aus Serbien. In einem Privatbrief an den Gesandten Berchtold beschwerte sich Sektionschef Jettel unter anderem über die Schwierigkeiten der Abwehr von falschen Nachrichten und der Pressebeeinflussung im Inland: „Das schlimme ist nur, dass unsere Gegner im Vorteil und in der Mehrheit sind. Die von den Serben angeschlagene nationale Note findet fast überall sympathisches Gehör und nicht zuletzt bei unserer eigenen slawischen Bevölkerung. Dazu besitzen die Herren nicht bloss eine bewunderungswürdige Erfindungsgabe sondern auch das Geschick, ihre sensationell aufgeputzten Erzählungen selbst in sonst ernsten Blättern unterzubringen und so die öffentliche Meinung förmlich zu hypnotisieren. Ich habe bisher versucht, durch Veröffentlichung und Kommentierung der haarsträubendsten Lügen in unseren Blättern wenigstens die hiesige Öffentlichkeit auf dieses Treiben aufmerksam zu machen, um so bei dem Publikum, das auch

⁴⁰ HHStA PL Karton 161, 801/5 ex 1908 Berchtold an Aehrenthal vom 12. November 1908.

ausländische Zeitungen liest, aufklärend zu wirken; allein ich fürchte, dass man tauben Ohren predigen würde.“⁴¹

Im Frühjahr 1909 verschärfte die österreichische Presse den antiserbischen Ton radikal, dabei wurden die inländischen Presseredaktionen vom Literarischen Büro in ihrer hetzerischen Kampagne geradezu unterstützt. Erhofft hat man sich dadurch eine Abschwächung der großserbischen Propaganda nicht nur in den inländischen Tagesblättern, auch die ausländische Leserschaft sollte über das gerechte Vorgehen der Donaumonarchie gegenüber den expansionistischen Zielen Serbiens unterrichtet werden.⁴²

Eine aktivere Pressebeeinflussung in Russland erwies sich wegen der langjährigen Vernachlässigung der pressepolitischen Agenden unter dem Außenminister Goltuchowski als sehr schwierig. Jedoch fehlte es nicht an verschiedenen Vorschlägen.

Anfang Dezember 1908 verfasste der langjährige Vizekonsul in Russland, Heinrich Wildner, ein Elaborat über die möglichen Wege der Pressebeeinflussung in Russland. Unter anderem behandelte er darin die Möglichkeit des Kaufes einer Zeitung: „Anders stünde es, wenn man sich ein Blatt seinen Zwecken gänzlich dienstbar machen würde. Eine Möglichkeit böte der Kauf eines bereits bestehenden Organes. Hierfür könnten die P. Nowosti, eventuell auch die Slowo in Betracht gezogen werden. Auch heißt es, dass der Wjetscher bedenklich wackelt, ferner könnte allenfalls an die Nowoja Rus und an die Poslednoje Nowosti gedacht werden.“ Jedoch fügte er hinzu: „Gegen den Erwerb dieser Organe spricht aber das Bedenken, dass ein plötzlicher Gesinnungswechsel dieser Blätter viel zu auffällig erscheinen würde.“⁴³ Wildner sprach sich schlussendlich für die Gründung eines neuen Blattes aus, welches die Interessen der neu errichteten, christlich-konservativen russischen Nationalpartei vertreten sollte. Zu einer solchen Gründung ist es jedoch aus finanziellen Gründen nicht gekommen – die monatliche Subventionierung einer solchen neu gegründeten Zeitung hätte das Literarische Büro 10.000 Kronen gekostet, einen Betrag, der dann doch zu hoch war.⁴⁴

Das Literarische Büro in Wien war nicht immer bereit, hohe Summen für fragliche Angebote, an denen es nicht fehlte, auszugeben. So haben sich Anfang November 1908 zwei russische Journalisten an den St. Petersburger Korrespondenzbüro-Vertreter und Vertrauensmann des Literarischen Büros, Baron Ungern-Sternberg, mit der Bitte gewandt, ihre neu zu gründende

⁴¹ HHStA PL Karton 161, 770/5 ex 1908 Jettel an Berchtold vom 18. Dezember 1908.

⁴² Kammerhofer, Diplomatie und Pressepolitik 489.

⁴³ HHStA PL Karton 161, 809/5 ex 1908 Berchtold an Aehrenthal vom 15. Dezember 1908.

⁴⁴ Ebd.

Zeitung finanziell zu unterstützen. In einem Bericht des Legationsrates in St. Petersburg, Karl Emil zu Fürstenberg, an den Presseleiter Jettel wird das Angebot, das an Ungern-Sternberg gerichtet wurde, spezifiziert. Demnach würde die neue Zeitung „[...] gemässigt liberal, in beiläufiger Tendenz der Wiener Neuen Freien Presse, [...] das Aufgeben der unnützen Slawophilen Balkanpolitik vertreten und aktive Handelspolitik in Persien etc. präkonisieren, zu diesem Behufe einen Anschluss an Österreich-Ungarn und Deutschland befürworten. [...] Gründer verpflichten sich zu unauffälliger schrittweiser Vertretung unserer Interessen.“⁴⁵ Die geforderte finanzielle Unterstützung von 90.000 Kronen jährlich hat Fürstenberg jedenfalls befürwortet und zwar deswegen, weil „ein bestehendes besseres Blatt hier [St. Petersburg] unkäuflich“⁴⁶ gewesen sei. In einem Antwortschreiben an den Gesandten Berchtold äußerte sich Jettel jedenfalls sehr misstrauisch gegenüber einer solchen hohen Subvention, da das ganze Unternehmen riskant zu sein schien und positive Ergebnisse bei einer derart hohen Summe eher zweifelhaft gewesen seien. Eine Randnotiz des Presseleiters Jettel zeigt, dass ihm die Subventionierung eines bestehenden russischen Blattes viel lieber gewesen wäre, als eine Neugründung. Zu einer finanziellen Unterstützung kam es auch in diesem Fall also nicht.⁴⁷

Ein weiterer Vorschlag zur Erlangung von Einflussnahme auf die russischen Zeitungsredaktionen kam von Ungern-Sternberg einen Monat später. In seinem Schreiben richtete er an Sektionschef Jettel den Vorschlag, „jeden Morgen informativ die grössten Lügen und Hetzereien, die am Tage aufgebracht werden, an die Adresse des Korrespondenz-Bureaus zu telegraphieren, und würde bitten, mir gegen Abend entweder eine Widerlegung, wenn es der Mühe für wert gehalten wird, oder eine objektive Berichtigung zukommen zu lassen, die ich dann der Presse bekanntzugeben trachten würde“. Dazu müsste er „auch ab und zu 50 oder 100 Rubel nicht zu scheuen brauchen, die, bei passender Gelegenheit einem russischen Kollegen geliehen, eine gute Wirkung haben müssten“.⁴⁸

Am persönlichen Engagement der Mitarbeiter der Gesandtschaft und der Konsulate sowie der Vertreter des Korrespondenzbüros in Russland fehlte es nicht; als problematisch erwiesen sich die Umsetzung von solchen Maßnahmen sowie die geringe finanzielle Unterstützung seitens des Außenministeriums. Der Pressekrieg mit Russland verschärfte sich hinsichtlich der außenpolitischen Situation tagtäglich und das Literarische Büro besaß Ende 1908 nahezu keine Instrumente, um einen konstanteren Einfluss auf die russische Presse ausüben zu können. In

⁴⁵ HHStA PL Karton 161, 667/5 ex 1908 Fürstenberg an Jettel vom 6. November 1908.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ HHStA PL Karton 161, 770/5 ex 1908 Ungern-Sternberg an Jettel vom 14. Dezember 1908.

der gleichen Zeit wuchs auch die hetzerische Kampagne der russischen Behörden, die vor allem in der St. Petersburger Presse einen offensiven Ton angeschlagen haben, um die Presse und somit auch die Öffentlichkeit noch rasanter gegen die Absichten Deutschlands und Österreich-Ungarns zu mobilisieren. Am Ballhausplatz und in Berlin begann man, die Möglichkeit eines bevorstehenden Krieges mit Russland ernsthaft zu besprechen.⁴⁹ Als weiterer Problempunkt zeigte sich die Tatsache, dass die St. Petersburger Telegraphen-Agentur ihren eigenen Vertreter nach Wien entsandt hatte. Diese neu errichtete Telegraphenstelle in Wien übernahm schrittweise die Beförderung sämtlicher Telegramme russischer Korrespondenten aus den Gebieten der Doppelmonarchie nach Russland. Der Einfluss des österreichischen Korrespondenzbüros wurde durch diese Maßnahme stark beeinträchtigt, gleichzeitig wurde dem Literarischen Büro die Möglichkeit genommen, durch das Regulieren und Zensurieren der versendeten Telegramme aus dem Inland nach Russland auf die dortige öffentliche Meinung einzuwirken.⁵⁰

Als ganz gefährlich stufte das Literarische Büro die liberale russische Zeitung *Nowoje Wremja* ein. Die kritische Agenda des populären St. Petersburger Tagesblattes richtete sich gegen die Außenpolitik der Donaumonarchie genauso wie gegen die des russischen Zarenreichs. *Nowoje Wremja* hatte Korrespondenten in ganz Europa. Für die Berichterstattung aus Südosteuropa war der russische Auslandsjournalist Berezowsky zuständig, dessen schriftstellerische Aktivitäten unter ständiger Beobachtung des Literarischen Büros standen. Seine Berichte aus Bosnien und der Herzegowina, Mazedonien, aber auch aus Laibach oder Prag wurden vom Literarischen Büro keinesfalls auf die leichte Schulter genommen. In seinen Artikeln machte Berezowsky in hetzerischem Ton kritische Anspielungen, die sich gegen die antislawische Politik der Monarchie richteten und dadurch auf eine Vertiefung der nationalen Konflikte im österreichisch-ungarischen Staatsgebilde abzielten. Seine Bemühungen richteten sich auf die teils tendenziöse Darstellung der inneren Zustände sowie der Kollision der Deutschen und Slawen innerhalb der Donaumonarchie. Dafür schrieb er unter mehreren Pseudonymen – seine Telegramme nach Russland wurden mit unterschiedlichsten Ursprungsorten des Habsburgerreiches versehen, um bei den Lesern den Anschein von Objektivität hervorzurufen. Im Dezember 1908, kurz nachdem eine Analyse Ungern-Sternbergs über die Berichterstattungsmethoden Berezowskys aus St. Petersburg im Wiener Literarischen Büro eingelangt war, wurde der russische Journalist aus Bosnien und der Herzegowina, wo er gerade

⁴⁹ Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/09. (Historische Studien, Heft 437, Husum 1980) 289.

⁵⁰ HHStA PL Karton 161, 770/5 ex 1908 Ungern-Sternberg an Jettel vom 14. Dezember 1908.

dabei war, einen komplexen Bericht über die Zustände in den annektierten Gebieten an die Redaktion zu telegrafieren, des Landes verwiesen.⁵¹

Als sich dann im Jänner 1909 eine potenzielle Möglichkeit zur Erlangung der russischen Zeitung *Nowoje Wremja* bot, war das Literarische Büro bereit, die hohen Kosten, die damit verbunden waren, zu riskieren. Am 5. Jänner telegrafierte der Legationsrat Fürstenberg aus St. Petersburg an das Wiener Außenministerium, dass die deutsche Botschaft unter Zustimmung ihrer Regierung Beziehungen zur *Nowoje Wremja* geknüpft habe und diese zu einem Abkommen geführt hätten.⁵² Demnach sollte das Blatt in der Zukunft eine positivere Haltung Deutschland gegenüber prägen. Bedingt war dieses Abkommen allerdings auch durch eine „konziliantere Sprache“ Österreich-Ungarn gegenüber. Auf der deutschen Seite stand der deutsche Gesandte am Zarenhof, Graf Pourtalès, im Mittelpunkt der Verhandlungen. Seinem Engagement verdankte die österreichische Gesandtschaft, dass durch die russischen Vertrauensmänner ein gleiches Angebot wie das an die deutsche Seite auch an die Österreicher unterbreitet wurde. Die Gesamtkosten für die Subventionierung sollten sich für die österreichische Seite auf 150.000 Kronen jährlich belaufen. Die Verhandlungen dauerten bis Februar und drehten sich unter anderem um die zukünftige Haltung der Zeitung. Die Frage des politischen Programms der *Nowoje Wremja* war für das Wiener Außenministerium von äußerster Priorität; so telegrafierte Aehrenthal an Fürstenberg die wichtigsten Punkte, an die sich das Tagesblatt im Falle einer Subventionierung zu halten hätte. Das Programm Aehrenthals, das an die Redaktion der *Nowoje Wremja* gerichtet wurde, bietet ein anschauliches Beispiel der propagandistischen Ziele, die das Außenministerium im Hinblick auf Südosteuropa in Russland verfolgte:

Demnach hat die „[...] unbeständige Politik Iswolskys Russland in schwierige Lage gebracht. Sein Französischer Verbündeter wirft ihm Mangel an Aufrichtigkeit vor, in Bezug auf die Meerenengenfrage lässt England Russland bei erster Gelegenheit im Stich. Bulgarien weist Balkanbund zurück, Vertrauensverhältnis zu Serbien dürfte Erschütterung erfahren, wenn Russlands Versprechungen den Machtmitteln nicht entsprechen, die es dafür in die Wagschale legen könnte. Dadurch leidet Vertrauen in Verlässlichkeit Russlands. Für Verlust des Einflusses auf die Balkanslawen und verunglückte Kampagne gegen bosnische Annexion biete englische Freundschaft keinen genügenden Ersatz. Sie wird nur so lange dauern, als sie für England vorteilhaft sei, und wird versagen, sobald Russland Entente zu seinem Vorteil

⁵¹ HHStA PL Karton 161, 792/5 ex 1908 Jettel an Ungern-Sternberg vom 31. Dezember 1908.

⁵² HHStA PL Karton 163, Fürstenberg an Jettel vom 19. Jänner 1909.

ausnützen will. Erfahrungen der letzten Jahre müssten Russland zur Abkehr von England und dem Entschluss bringen, die neugeschaffene Sachlage auf Balkan rückhaltlos anzuerkennen, um vor weiteren ungünstigen Verschiebungen bewahrt zu sein. Die Balkanslawen werden erkennen, dass das Abschwenken von Österreich-Ungarn für sie von Schaden sei – hauptsächlich Serbien, das politisch, geographisch und wirtschaftlich auf Österreich-Ungarn angewiesen sei. An die Stelle von Schwankungen Iswolskys sollte die aufrichtige russische Politik treten, die Europa politische Sammlung gestattet und Russland zur Stellung verhilft, die seinen Machtmitteln und Geschichte entspricht.“⁵³

Ein ähnlich lautender Artikel wurde dann wenige Tage später tatsächlich in der bis dahin äußerst österreichkritischen Zeitung publiziert. Dennoch nahm das ganze Unternehmen ein abruptes Ende. Wie der Gesandte Berchtold dem Außenministerium telegraphierte, sei eine Vereinbarung wie jene der deutschen Botschaft für Österreich-Ungarn nicht erreichbar gewesen – auch das Resultat des deutschen Abkommens sei bis zu jenem Zeitpunkt unbefriedigend gewesen. Als dann in der russischen Zeitung *Russkoje Slowo* ein enthüllender Artikel erschien, der die Verhandlungen der deutschen Botschaft mit der Redaktion der *Nowoje Wremja* teilweise ans Licht brachte, waren jegliche Hoffnungen auf eine österreichische Subventionierung dahin. Die *Nowoje Wremja* blieb bis zum Kriegsbeginn eine entschlossene Gegnerin der österreichisch-ungarischen Außenpolitik.

Eines der Ergebnisse der Annexionspolitik Aehrenthals war, dass sich das außenpolitische Verhältnis zu Russland dramatisch verschlechterte und bis Juli 1914 nicht mehr saniert werden konnte. „Daraus folgte natürlich, dass die Österreicher nach 1909 keine Möglichkeit mehr hatten – wie in den Achtziger- und Neunzigerjahren – zwischen deutschen, russischen und englischen Bindungen zu manövrieren.“⁵⁴ Alle Anstrengungen Aehrenthals hinsichtlich Russland richteten sich ab 1909 nur noch auf die Bewahrung des Friedens und Vermeidung jeglicher Provokationen, die die Lage noch mehr verschärfen könnten. Diese Politik der Zurückhaltung unmittelbar nach der bosnischen Annexionskrise brachte der Monarchie zwar keine neuen Feinde, sie war aber auch keiner Macht wesentlich nähergekommen.⁵⁵

Eine der Folgen war die radikale Umstrukturierung der politischen Verhältnisse in Südosteuropa bis zu Aehrenthals Tod im Februar 1912, die schließlich zu einem für Österreich-Ungarn äußerst ungünstigen Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien, unter russischer Obhut,

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Bridge, Österreich-Ungarn unter den Grossmächten 317.

⁵⁵ Ebd. 322.

führte. Als die osmanische Julikrise des Jahres 1912 ausbrach, stand die Donaumonarchie in einer Isolierung und befand sich mit keiner europäischen Macht im Einklang.⁵⁶ Erst als eine Intervention Österreichs-Ungarns im – durch den sukzessiven Einflussverlust des Osmanischen Reiches am Balkan ermöglichten – serbischen Expansionskrieg drohte, zeigte sich das europäische Mächtekonkordat ein wenig wirkungsvoll. Mit dem Friedensvertrag von Bukarest, an dem sich Österreich-Ungarn in keiner Weise beteiligte, wurde der Balkankonflikt von den aktiven Akteuren auch selbst beendet. Für die Doppelmonarchie bedeutete das Ergebnis jenes Krieges einen großen außenpolitischen Misserfolg, da Bulgarien, der einzige noch mit Österreich-Ungarn kooperierende Balkanstaat, verkleinert wurde, dagegen Serbien als klarer Sieger hervorging – die unruhige Lage an der Südgrenze verbesserte sich bis zum Kriegsausbruch nicht mehr. Dabei war die wohl größte Sorge Berchtolds die zu erwartende Einmischung Russlands in die ehemalige Machtsphäre Österreich-Ungarns und der Türkei. Die aus dem Balkankrieg hervorgegangenen Nachfolgestaaten in Südosteuropa drohten, sich zu einem feindlich gesinnten homogenen politischen Bund unter der Führung des Zarenreichs zu verbinden.

Dementsprechend waren auch die Versuche des Literarischen Büros, in Russland die Presse zu beeinflussen, nicht beendet. Bis zum Kriegsbeginn wurden mehrere weitere Versuche zur Erlangung oder Neugründung einer russischen Zeitung unternommen.

Im Dezember 1913 hat der Wiener Korrespondent der St. Petersburger Zeitung *Kolokol*, Leonty Woronin, das Außenministerium unter der Leitung Berchtolds aufgesucht und die Möglichkeit einer Subventionierung in Aussicht gestellt. Demnach habe es der Herausgeber von *Kolokol*, der russische Staatsrat Skwozow, als konservativer russischer Politiker für seine Pflicht gehalten, die erneute Annäherung Russlands an Österreich-Ungarn publizistisch zu fördern.⁵⁷ Die orthodox-konservative Zeitung hatte anfangs eine geringe Auflage und erhoffte sich, mit diesem Schritt der populären *Nowoje Wremja* in Russland als Gegenpol zu fungieren und im Sinne der russisch-österreichischen Freundschaft tätig zu werden. Skwozow verlangte hierfür eine jährliche Rate von 200.000 Kronen, die Außenminister Berchtold gleichermaßen unter die zwei Reichshälften zu je 100.000 Kronen zu teilen gedachte. War aber die cisleithanische Reichshälfte bereit, eine Hälfte eines derart „exorbitanten“ Betrages zur Verfügung zu stellen, so scheiterte dies an der Unwilligkeit des ungarischen Ministerpräsidenten, István Tisza, die andere Hälfte der Kosten zu übernehmen. Vielmehr

⁵⁶ Ebd. 324.

⁵⁷ HHStA PL Karton 163, 821/5 ex 1913 Czernin an Berchtold vom 9. Dezember 1913.

empfahl Graf Tisza dem Außenminister Berchtold einen anderen Modus der Pressebeeinflussung, nämlich die russische öffentliche Meinung „durch die auch im Auslande gelesenen Wiener Blätter aufzuklären“.⁵⁸

Im Einvernehmen mit dem Gesandten Czernin wurde entschieden, dass die Subventionierung einer Zeitung mit einer derart konservativen und orthodoxen Ausrichtung zweifellos im Interesse des Außenministeriums stand. Mit dem Herausgeber der *Kolokol* hat man sich schlussendlich auf den Betrag von 24.000 Kronen jährlich geeinigt, die vorläufig probeweise in monatlichen Raten auszubezahlen waren. Dieser Betrag sollte es der *Kolokol* wenigstens ermöglichen, in einigen Hauptstädten Europas Korrespondenten zu finanzieren und dadurch den eigenen Einfluss in der internationalen Nachrichtenpublizistik zu potenzieren. Ende Jänner 1914 wurde somit die erste monatliche Rate aus der Dispositionsfondskasse ausbezahlt. Die Zeitung publizierte bis zum Kriegsbeginn einige österreichfreundlichen Artikel, jedoch blieb deren propagandistische Reichweite eher beschränkt.

In den Monaten vor Ausbruch des Krieges beschäftigte sich die Pressestelle in St. Petersburg unter der Leitung des Botschafters und des zukünftigen Außenministers Ottokar Graf Czernin vor allem mit der Beobachtung der russischen Presse, sowie mit der Berichterstattung über die sich ständig zuspitzenden Beziehungen der beiden Länder. Zu weiteren Versuchen, die russischen Blätter für eigene Zwecke zu gewinnen, hatte das Literarische Büro unter der Leitung von Oskar von Montlong keine finanziellen und personellen Kapazitäten mehr. Die regelmäßigen Presseberichte der St. Petersburger Gesandtschaft konzentrierten sich auf die wichtigsten Tagesthemen in den Petersburger und Moskauer Zeitungen. In der Beziehung zu Österreich-Ungarn beschäftigte die russische Publizistik vor allem die sich zuspitzende Lage in Südosteuropa sowie die Situation der slawischen Volksgruppen innerhalb der Doppelmonarchie. Die national ausgerichtete Grundstimmung der russischen Tagesblätter bereitete den Mitarbeitern des Literarischen Büros enorme Sorgen. Russischen Zeitungsartikel, die über das unkorrekte Verhalten der österreichisch-ungarischen Autoritäten gegenüber den Slawen berichteten, konnten die Mitarbeiter des Literarischen Büros aber nur sporadisch Berichtigungen entgegensetzen.

Ab Juli 1913 beschäftigte etwa der zweite Mármaros-Sziget-Prozess der ungarischen Regierung gegen den russisch-orthodoxen Priester Alexij Kabaljuk und weitere 93 Bauern die russische Presse und somit auch das Literarische Büro. Das Thema eines Hochverratsprozesses gegen orthodoxe österreichisch-ungarische Staatsangehörige wurde von der russischen

⁵⁸ HHStA PL Karton 163, 735/5 ex 1913 Tisza an Berchtold vom 27. Oktober 1913.

Tagespublizistik gerne für die eigene Propaganda instrumentalisiert und fand bei der russischen Leserschaft großen Anklang; über den Verlauf des Gerichtsverfahrens wurden in der russischen Tagespresse täglich umfassende Prozessberichte publiziert. Dabei konzentrierten sich diese Artikel auf die Problematik sowohl der slawischen als auch der orthodoxen Bevölkerungsteile im Staatsgebiet der Doppelmonarchie. Leitmotive der russischen Presse, wie Unterdrückung der slawischen Minderheiten in der Karpatenukraine oder die Bekämpfung der orthodoxen Priesterschaft durch die österreichisch-ungarischen Autoritäten in den östlichen Gebieten der Monarchie, konnten von den k. u. k. Pressestellen in Russland nicht übersehen werden. Am 6. März 1914 meldete der Generalkonsul in Moskau, Johann Wipern, dass der Schuldspruch gegen die Angeklagten in der Moskauer Presse „einen Sturm der Entrüstung [...] entfesselt. Sämtliche Blätter bezeichnen das Urteil als ungerecht und ungesetzmässig. Den Verurteilten sei keinerlei politisches Verschulden nachgewiesen worden und dieselben seien Märtyrer ihrer religiösen Ueberzeugung. Uebereinstimmend wird auch der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Verurteilung der Angeklagten auf höheren Befehl erfolgt sei. Die schärfste Tonart schlägt Russkoje Slowo an, welche das Urteil nicht nur als ungerecht, sondern als verletzend gegen Russland bezeichnet.“⁵⁹

Weitere Moskauer Zeitungen äußerten sich in ähnlicher Weise gegen das Urteil: Begriffe wie Überbleibsel der *Inquisitionsepoche* oder *politischer Prozess* fanden ihren Weg in die Presse.⁶⁰ Gegen solche Anschuldigungen war das Literarische Büro wehrlos, da auch die Dementis solcher Nachrichten, die vom Außenministerium an die unterschiedlichen Redaktionen der russischen Tagesblätter versendet wurden, nur in Ausnahmefällen veröffentlicht wurden und wenn, dann nur auf ausdrückliche Urgenz des Gesandten beim russischen Außenministerium. Wenige Monate vor Kriegsbeginn konzentrierten sich die Presseberichte der Außenstellen auf die immer mehr feindlich gesinnten russischen Pressestimmen. Aus den Berichten Czernins an Außenminister Berchtold war evident, dass die russische Presse im Dienste der Regierung die Zunahme der russischen Kriegsbereitschaft stark unterstützte. Nur wenige Tage vor dem Attentat in Sarajevo schrieb die bis dahin stark regierungskritische Zeitung *Nowoje Wremja*: „Von nun an darf man nicht zweifeln, dass Rumänien an unserer Seite stehen wird, im Falle unseres unvermeidlichen Zusammenstosses mit Oesterreich [...].“⁶¹

Auch nach dem Attentat von Sarajevo blieb die russische Presse der Monarchie gegenüber feindlich gesinnt. Zwar wurde das Attentat gegen den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand

⁵⁹ HHStA PL Karton 162, 232/5 ex 1914 Wipern an Berchtold vom 6. März 1914.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ HHStA PL Karton 162, 506/5 ex 1914 Czernin an Berchtold vom 19. Juni 1914.

und seiner Gemahlin Sophie Chotek von nahezu allen größeren russischen Zeitungen verurteilt, dennoch begaben sich diese im gleichen Atemzug auf die Suche nach den Gründen der Tat.⁶² So sah das österreichkritische Blatt *Nowoje Wremja* die moralische Verantwortung für den Tod des Erzherzogs bei denjenigen, „welche in Oesterreich eine Atmosphäre der Bosheit, des Hasses und der Gereiztheit gegen Serbien systematisch geschaffen haben“. ⁶³ Nach dem Attentat von Sarajevo kam es in der Petersburger Botschaft sowie im Wiener Literarischen Büro zu einer Ungewissheit über die weiteren Presseangelegenheiten in Russland. Die Arbeit der Pressestellen in St. Petersburg und Moskau beschränkte sich lediglich auf die übliche Überwachung der Pressestimmen, ein aktiverer Zugang, die explosionsartige Atmosphäre in beiden Ländern zu dämpfen oder gar zu steuern, wurde bis zum Kriegsausbruch nicht mehr unternommen.

3. Der Erste Weltkrieg und der Weg zu den Friedensverhandlungen

3.a. Literarisches Büro und Kriegsbeginn

Wenige Monate vor dem Kriegsausbruch zählten zum Literarischen Büro neben dem Direktor Montlong und den zwei Sekretären, Ivan von Práznovský und Nikolaus Hofmann, sechs Kanzlisten, sieben Stenografen und sechzehn Pressebeauftragte, die jeweils die Presse des zugewiesenen Landes bearbeiteten.⁶⁴ Zusammen mit dem neu gegründeten Kriegspressequartier und dem Kriegsüberwachungsamt führte das Literarische Büro des Außenministeriums nicht nur die Öffentlichkeitsarbeit der Monarchie im Krieg, sondern nahm an mehreren Versuchen, neutrale und feindliche Presse zu beeinflussen, aktiv, wenn auch nicht immer erfolgreich, teil.

Mit der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Russland am 6. August 1914 stellten die k. u. k. Gesandtschaft in St. Petersburg und das Konsulat in Moskau ihre Tätigkeit ein. Für das Literarische Büro bedeutete dies die Unterbrechung jeglicher Presseberichte aus Russland. Durch das Abziehen seiner Mitarbeiter aus St. Petersburg und Moskau verlor das Außenministerium auch die Möglichkeit, einen direkten Einfluss auf die russische Presse

⁶² HHStA PL Karton 162, 507/5 ex 1914 Czernin an Berchtold vom 3. Juli 1914.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ HHStA PL Karton 87, 233/5 ex 1914 vom 11. April 1914.

weiterhin auszuüben. Jegliche Agenden der Presseüberwachung in Russland wurden für einige Wochen eingestellt und die Überwachung der russischen Presse sowie weitere Aufgaben, die ursprünglich durch die Pressestellen in Russland wahrgenommen wurden, wurden schrittweise den k. u. k. Gesandtschaften in den neutralen Ländern übergeben. Um die fortlaufende Informierung über die russische Presse gewährleisten zu können, waren die Gesandtschaften in den neutralen Ländern beauftragt, russische Zeitungen zu abonnieren, um so die eingestellte Berichterstattung fortsetzen zu können. Die Aufnahme der russischen Presseagenden durch die Gesandtschaften in Stockholm, Oslo, Kopenhagen, Bukarest und Bern ging jedoch nur sehr langsam voran – erst im November 1914 war etwa die Kopenhagener Botschaft in der Lage, das Abonnement der *Nowoje Wremja* aufzunehmen.⁶⁵ Weitere Abonnements russischer Zeitungen erfolgten dann Ende Jänner 1915 durch die Gesandtschaft in Bukarest und Anfang Februar 1915 durch die Gesandtschaft in Sofia.⁶⁶

Der Fokus des Literarischen Büros lag zu dieser Zeit vor allem in Italien. Durch einen gezielten Subventionsfeldzug versuchte man die italienische Öffentlichkeit über die Nachteile eines Krieges mit Österreich-Ungarn zu informieren. Für diese Zwecke auch die größten Summen aus dem Dispositionsfonds bestimmt – Außenminister Berchtold versprach bereits im August 1914 dem neuen Botschafter Freiherr von Macchio einen Betrag von 10 Millionen Kronen für die Durchbrechung des französischen Informationsmonopols in Italien.⁶⁷

Unter anderem wurden Verhandlungen mit dem Trust der katholischen Blätter unternommen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der k.u.k. Botschafter in Vatikan, Prinz Schönburg, der es schaffte, mit den Trustblättern einen Vertrag abzuschließen – darin wurde die Art und Weise der auf den Friedenserhalt gerichteten Berichterstattung festgelegt. Bis zum Kriegsausbruch mit Italien wurden durch regelmäßige Zahlungen diese Zeitungen subventioniert.⁶⁸

Dagegen beschränkte sich in den ersten Monaten des Krieges die Arbeit des Literarischen Büros im Hinblick auf Russland nur auf Beobachtung. Russische Presseberichte aus den k. u. k. Gesandtschaften wurden analysiert und an die zuständigen Referate und Departements des Außenministeriums zur weiteren Verarbeitung weitergeleitet. Die propagandistischen

⁶⁵ HHStA PL Karton 162, 985/5 ex 1914 vom 21. November 1914.

⁶⁶ HHStA PL Karton 162, 80/5 ex 1915 vom 29. Jänner 1915 und HHStA PL Karton 162, 149/5 ex 1915 vom 9. Februar 1915.

⁶⁷ Fritz Fellner, Zeitungen als Instrument der Außenpolitik. Die österreichisch-ungarische Pressepolitik in Italien 1914–1915. In: Römische Historische Mitteilungen 31 (1989) 5550.

⁶⁸ Ebd. 542–544

Agenden in den feindlichen Staaten übernahmen sukzessive das Kriegsministerium und das Kriegspressequartier, dessen finanzielle Möglichkeiten nun um ein Vielfaches die des Literarischen Büros überstiegen. Im Bereich des militärischen Nachrichtendienstes war es das Evidenzbüro der k.u.k. Armee, das in Russland bereits lange Zeit vor dem Kriegsausbruch neben den k.u.k. Gesandtschaften und Konsulaten Propaganda betrieben hatte. Dabei wurden auch die Außenstellen des k.u.k. Außenministeriums in Russland als Ansprechpartner bei geheimdienstlichen Angelegenheiten bis 1914 zu Rate gezogen. Dennoch herrschte zwischen dem Evidenzbüro und dem Außenministerium in außenpolitischen Fragen seit geraumer Zeit Uneinigkeit, die symptomatisch für das Verhältnis der Außenpolitik und des Militärs war und die im Verlaufe des Krieges immer wieder zum Vorschein kam.⁶⁹

Das Evidenzbüro arbeitete auch während des Krieges ganz eng mit anderen Organen des Kriegsministeriums an Pressepropaganda zusammen. In Kooperation mit dem Kriegspressequartier wurden mehrere Propagandaaktionen auf der Ostfront organisiert – unter anderem wurden an die Muslime in den zaristischen Streitkräften gerichtete Flugzettel verstreut.⁷⁰

Aber auch auf der heimischen Front war das Evidenzbüro in der Abwehr der feindlichen Propaganda tätig. Der sogenannte „defensiver Kundschafterdienst“ hatte es als Aufgabe, jegliche feindliche Umtriebe im Inland zu bekämpfen. Zusammen mit dem Kriegsüberwachungsamt bekämpften die Mitarbeiter des Evidenzbüros zum Beispiel die zahlreichen Zeitungsannoncen, die eine Vielzahl an versteckten Informationen enthielten und an ausländische und inländische Agenten gerichtet waren: auf diese Art und Weise haben etwa Exiltschechen in der Schweiz Informationen, die in Wetterberichten und Heiratsanzeigen versteckt waren, in die Monarchie übertragen.⁷¹

Am 25.07.1914 wurden in allen im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern zahlreiche Grundrechte suspendiert, davon betroffen waren auch die Zeitungsredaktionen. So waren etwa die heimischen Zeitungen wieder verpflichtet, Pflichtexemplare noch vor dem Druck der Zensur zu unterstellen, periodische Druckschriften aus dem feindlichen Ausland wurden umgehend verboten und die Publizierung von militärischen Nachrichten oblag

⁶⁹ Verena Moritz, Militärische Nachrichtendienste vor dem Ersten Weltkrieg. Voraussetzungen und Perspektiven einer Geschichte wechselseitiger Wahrnehmungen und Einschätzungen am Beispiel Österreich-Ungarns und des Zarenreichs. In: Wolfram Dornik, Julia Walleczek-Fritz und Stefan Wedrac (Hg.), Frontwechsel. Österreich-Ungarns "Großer Krieg" im Vergleich (Wien u.a. 2014) 414.

⁷⁰ Georg Reichlin-Meldegg, Das k.u.k. Evidenzbüro Wien und der Krieg gegen Russland. In: Pallasch. Zeitschrift für Militärgeschichte 23 (2006) 148.

⁷¹ Ebd.

strengster Kontrolle – somit kehrte mit dem Kriegsausbruch auch die Pressezensur nach Österreich zurück.⁷² Für diese militärische und politische Zensur im Inland war das Kriegsüberwachungsamt zuständig, sodass das Außenministerium bei pressepolitischen Fragen vielfach nur noch zur Beratung herangezogen wurde. Zu den wichtigsten regierungsfreundlichen Blättern zählten das *Neue Wiener Tagesblatt* und *Pester Lloyd*, deren Leitartikel auch im Literarischen Büro gesteuert wurden. Die Gründung des Kriegsüberwachungsamtes im August 1914 war nur infolge der Notstandsgesetze aus den Jahren 1909 und 1912 überhaupt möglich. Die Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheiten wurden durch diese Gesetze teilweise eingeschränkt und sie boten den einzelnen österreichisch-ungarischen Dienststellen verschiedene Möglichkeiten, die subversiven Aktivitäten der Zivilbevölkerung zu bekämpfen.⁷³ Neben dem Kriegsüberwachungsamt des Kriegsministeriums, deren Tätigkeit auf Österreich beschränkt war, wurde in Ungarn die Hadifelügyleti Bizottság [Kriegsüberwachungskommission] gegründet, die der ungarischen Regierung direkt unterstand.⁷⁴ Durch die Präventivzensur war jedes Blatt verpflichtet, spätestens eine Stunde vor Redaktionsschluss ein Druckexemplar bei der Staatsanwaltschaft vorzulegen – die Artikel wurden anhand allgemeiner Richtlinien, bei militärischen Themen vom Kriegsüberwachungsamt und bei politischen Themen vom Justizministerium, auf ihre Konformität überprüft.⁷⁵ Die harten Zensurmaßnahmen und die Abschaffung der Verfassung führten in der Monarchie zu einem allgemeinen Misstrauen der breiten Öffentlichkeit in die Objektivität der Zeitungen – erste Kritiken dieser Zensurpraxis wurden bereits im Jänner 1915 laut, jedoch zu einer Lockerung der Zensur kam es erst nach dem Tod Kaiser Franz Josephs.⁷⁶

Im Hinblick auf Russland nahm das Literarische Büro in den ersten Monaten des Krieges lediglich eine unterstützende Rolle ein. So häuften sich etwa bereits seit den ersten Tagen des Krieges die Anfragen der heimischen Redaktionen zur Entsendung der eigenen Journalisten an die Front und zum Armeeoberkommando. Bis zur Übernahme dieser Agenda durch das Kriegspressequartier war das Pressebüro des Außenministeriums die erste Anlaufstelle für die inländischen Journalisten und diente auch in weiterer Folge als Vermittler zwischen diesen und dem KPQ und dem AOK. Das Literarische Büro setzte sich über den k. u. k. Gesandten in

⁷² Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts 511f.

⁷³ Mark Cornwall, Das Ringen um die Moral des Hinterlandes. In: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg, Teilbd. 1 (in 2 Teilen): Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas, hg. von Helmut Rumpler (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. XI/1/1, Wien 2016) 403.

⁷⁴ Ebd. 405.

⁷⁵ Ebd. 406.

⁷⁶ Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts 513f.

Berlin, Gottfried zu Hohenlohe-Schillingsfürst, auch für jene heimischen Journalisten ein, die an der Westfront bei der kaiserlich deutschen Armee um eine Stelle ersucht hatten.⁷⁷ Aber auch ausländische Journalisten, die beim AOK um Platz ersuchten, mussten den Weg über das Literarische Büro nehmen. Ihre Dienste nahm das Literarische Büro durchaus in Anspruch. So wurden etwa bis zum Kriegseintritt Italiens einige italienische Journalisten durch den Dispositionsfonds des Außenministeriums subventioniert, um günstige Nachrichten aus der russischen Front nach Italien zu befördern.⁷⁸

Als Stütze diente das Literarische Büro auch beim Prozess gegen den in Wien wohnhaften Journalisten der *Nowoje Wremja*, Dimitry von Jansewecky, der im November 1914 nach § 67 des StG. der Spionage beschuldigt wurde⁷⁹, sowie bei den Ermittlungen nach dem Autor einer russischen Propagandaschrift, die im Dezember 1914 in einem Wiener Haus aufgefunden und von einem „Dalibor“ verfasst wurde. Es stellte sich heraus, dass das ein Pseudonym des österreichischen Staatsangehörigen Wladimir Sczawinsky war, ein in der Vorkriegszeit aktiver Korrespondenzpartner der *Nowoje Wremja*.⁸⁰

Stufenweise versuchte das Literarische Büro, die propagandistische Tätigkeit in Russland wieder aufzunehmen. Dabei gingen jene Versuche auf Privatpersonen zurück, die in Russland über Kontakte und wirtschaftliche Interessen verfügten. Im Oktober 1915 wandte sich der langjährige Vertreter der Škoda-Werke in St. Petersburg, Josef Mendrochowicz, an das Literarische Büro mit dem Angebot, sein ausgeprägtes Netzwerk in Russland für die Dienste der Pressepropaganda zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit den Chefs einiger deutschen Firmen wollte Mendrochowicz eine propagandistische Aktion im Sinne des Friedens in den russischen Zeitungen unternehmen und forderte dazu die Einwilligung sowie Unterstützung des Literarischen Büros. Nach anfänglicher Bewilligung der Aktion durch Außenminister Berchtold wurde sie nur einige Tage später durch denselben ohne Angabe eines Grundes abrupt

⁷⁷ HHStA PL Karton 87, 644/5 ex 1914 vom 11. August 1914 – So etwa der Chefredakteur des Neuen Wiener Tagblattes, Wilhelm Singer.

⁷⁸ Fellner, Zeitungen als Instrument der Außenpolitik 548.

⁷⁹ HHStA PL Karton 162, 982/5 ex 1914 k. k. Landwehrdivisionsgericht in Wien an das k. u. k. Ministerium des Äußern vom 18. November 1914 und HHStA PL Karton 162, 279/5 ex 1917 vom 1. März 1917 – Das Verfahren gegen Jansewecky hatte im März 1917 ein Nachspiel, als ihm im Februar 1917 nach mehr als einem Jahr Gefangenschaft die Flucht nach Russland glückte und die Tageszeitung *Nowoje Wremja* über seine Erfahrungen mit der österreichischen Justiz im negativen Lichte ausführlichst berichtete.

⁸⁰ HHStA PL Karton 162, 1180/5 ex 1914 k. k. Polizei-Direktion Wien an das k. u. k. Ministerium des Äußern vom 30. Dezember 1914.

sistiert.⁸¹ Auch weitere eingeschlagene Presselenkungsversuche in Russland scheiterten zunächst oder wurden gar nicht weiterverfolgt.

Dagegen profilierte sich immer mehr ein anderer Teil der Arbeit des Literarischen Büros im Hinblick auf Russland: Die Widerlegung falscher und gezielter Negativmeldungen der russischen Presse im neutralen Ausland. Nachrichten wie etwa über die Misshandlung der russischen Kriegsgefangenen durch die österreichisch-ungarischen Behörden fanden bis 1917 regelmäßig ihren Weg in die russische Presse. Von dort wurden sie häufig von feindlichen und neutralen Presseagenturen übernommen. Für das Ansehen Österreichs-Ungarns waren diese Meldungen von großem außenpolitischen Schaden. In Kooperation mit den zuständigen Behörden leitete das Außenministerium öfters Untersuchungen zu den berichteten Vorfällen ein und setzte nicht geringe Mittel für die Widerlegung solcher Meldungen ein. Die k. u. k. Gesandten im neutralen Ausland waren beauftragt, ihre Kontakte zu den lokalen Medien voll auszunützen und die Veröffentlichung der Ergebnisse der Untersuchungen der k. u. k. Behörden in Form von öffentlichen Dementis des k. u. k. Außenministeriums um jeden Preis durchzusetzen.

Im Allgemeinen blieben die Aktivitäten des Literarischen Büros im Hinblick auf die russische Presse eher bescheiden und sollten erst in der zweiten Hälfte des Krieges an Stärke zunehmen.

3.b. Czernins Friedenskampagne im Westen

Im Dezember 1916, ein Monat nach Kaiser Franz Josephs Tod, wurde der k. u. k. Gesandte in Rumänien, Graf Ottokar Czernin, durch den neuen Monarchen, Kaiser Karl, zum Außenminister bestellt. In der Leitung des Außenministeriums ersetzte er Stephan Burián von Rajecz, der zum gemeinsamen Finanzminister der beiden Reichshälften berufen wurde.

Czernins kritische Ansichten über den kontinuierlichen Krieg waren durchwegs bekannt und seine führende Auffassung von einem schnellen und möglichst schmerzfreien Frieden hat er mit Kaiser Karl geteilt. Czernin gehörte der politischen Interessensgruppe um den ermordeten Thronfolger Franz Ferdinand an und wurde von seinen Zeitgenossen als sehr intelligent und zielbewusst eingestuft. Noch als Leiter der Gesandtschaft in Bukarest richtete er im Juli 1916 an den damaligen Außenminister Burián eine mehrseitige Denkschrift, worin er einen ernsten Zweifel an der Fähigkeit der Zentralmächte, den Krieg weiter fortzuführen, äußerte. Demnach seien die Zentralmächte nicht in der Lage gewesen, dem scheinbar nie ausgehenden englischen

⁸¹ HHStA PL Karton 162, 1290/5 ex 1915 Montlong an Mendrochowicz vom 5. November 1915.

Kapital, dem russischen Menschenmaterial und den Lieferungen aus Japan und Amerika Ähnliches entgegenzusetzen. Czernin schlug mit seiner Denkschrift in vier Punkten die Basis für die zweifellos bevorstehenden Friedensverhandlungen mit der Entente vor:

- „1) Die Centralmächte verzichten auf jede territoriale Vergrößerung
- 2) Jeder kriegführende Staat kommt selbst für seine Kriegskosten auf
- 3) Belgien wird wiederhergestellt und von allen kriegführenden Staaten entschädigt
- 4) Alle kriegführenden Staaten beschicken eine internationale Konferenz, welche über die Mittel und Wege beraten wird, wie die Abrüstung aller Staaten einzuleiten und durchzuführen sei, um die Wiederholung des Weltkrieges zu verhindern.“⁸²

Ab Jänner 1917 gelang es dem nunmehrigen Außenminister Czernin, den Hauptfokus der k.u.k. Außenpolitik und der meisten ihrer Apparate schrittweise weg von der Kriegsführung Richtung Friedensanbahnung zu lenken. Czernin erkannte bereits früh die Tatsache, dass das Habsburgerreich bei einer weiter andauernden Kriegsführung die enormen inneren Nationalitätenkonflikte nicht überleben würde. Um die einzelnen, immer lauter werdenden sozialistischen und nationalen Lager zu beruhigen, sah er als einzige Hoffnung die möglichst baldige Beendigung des Krieges. Diese Überlegung musste jedoch unausweichlich zur Kollision mit dem deutschen Bundesgenossen führen, dessen Auffassung eines Waffenstillstandes an allen Fronten sich von der österreichisch-ungarischen deutlich unterschied. Bei einer Fortführung des Krieges, vermutete Czernin, würde sich die militärische, politische und ökonomische Abhängigkeit Österreich-Ungarns vom Deutschen Reich unaufhaltbar vertiefen. Die nächsten Monate im Amt des Außenministers widmete Czernin daher der Aufgabe, dieser immer mehr drohenden Abhängigkeit mit allen Mitteln entgegenzuwirken und die Position der Monarchie im europäischen Machtverhältnis zu stärken.⁸³

Mit der ersten großen Herausforderung wurde der k. u. k. Außenminister bereits einige Tage nach seiner Amtsernennung konfrontiert, nämlich mit der deutschen Absicht der Führung eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Diese neue Strategie sollte sich gegen jegliche Schiffe, auch neutrale, die sich den britischen Inseln näherten, richten. In dieser Potenzierung der Seekriegsführung sah die deutsche Oberste Militärführung eine Möglichkeit, den Krieg rascher und zugunsten der Zentralmächte zu entscheiden, was gerade vor dem Hintergrund des drohenden Zusammenbruchs der Donaumonarchie als äußerst dringend empfunden wurde. Auf

⁸² HHStA PA Karton rot 497, 41/P A-C ex 1916 Czernin an Burián vom 6. Juli 1916. Zit. nach: Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 8.

⁸³ Bridge, Österreich-Ungarn unter den Grossmächten 355.

der anderen Seite sah Czernin in der Steigerung der Intensität des Krieges einen möglichen Rückschlag für seine Friedensbestrebungen, vor allem mit den Vereinigten Staaten. Für die neutralen Vereinigten Staaten stellte eine solche nicht regulierte Kriegsführung zur See nur einen Grund mehr dar, dem Krieg an der Seite der Entente beizutreten, denn sie nahmen die zahllosen Vorfälle, bei denen neutrale Zivilschiffe von deutschen U-Booten versenkt worden waren, nicht auf die leichte Schulter und drohten dem Deutschen Reich sowie der Donaumonarchie mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Das Vorhaben, den U-Boot-Krieg zu verschärfen, überraschte keineswegs, denn es wurde von den deutschen Führungsspitzen bereits seit Längerem in Erwägung gezogen. Czernins Vorgänger, Graf Stephan Burián, versuchte angesichts der deutschen Forderungen an die k. u. k. Kriegsmarine, eine solche Verschärfung materiell und politisch vollkommen zu unterstützen und einen Kompromissweg zu finden. Der Hauptgedanke Buriáns war es, die günstigen außenpolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu bewahren und gleichzeitig den deutschen Kriegspartner nicht zu kränken – eine Strategie, die nicht lange standhalten konnte, wie sich herausstellen sollte.⁸⁴

Bei Amtsantritt Czernins war die Frage des U-Boot-Krieges noch nicht definitiv entschieden. Die deutsche Heeresleitung war der Ansicht, dass eine zumindest teilweise Blockade der Lieferungen nach Großbritannien die Kampfbereitschaft der alliierten Truppen an der Westfront stark beeinträchtigen würde – eine Anschauung, die sogar von dem deutschen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bezweifelt wurde. Ähnlich wie Czernin, warnte er bei einer Vertiefung der Seekriegsführung vor der drohenden Gefahr einer Verlängerung der Kämpfe und bezweifelte die dadurch beabsichtigte Beschleunigung der militärischen Niederlage Großbritanniens, wie es sich die militärischen Spitzen erhofft hatten. Tatsächlich wurde in Berlin damit gerechnet, dass die neue Strategie England an die 600.000 BRT⁸⁵ kosten würde und es somit in fünf bis sechs Monaten kapitulieren müsste – der Kriegseintritt der Amerikaner würde also auf alle Fälle zu spät kommen.⁸⁶ Bethmann Hollwegs Position rückte jedoch bald durch die militärische Notwendigkeit in den Hintergrund; damit verlor auch Czernin seinen stärksten Verbündeten im Deutschen Reich.

Der österreichisch-ungarische Außenminister musste sich nun mit der Frage beschäftigen, wie sich die Doppelmonarchie verhalten würde, sollte die deutsche Heeresspitze sowie die deutsche

⁸⁴ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 10-12.

⁸⁵ Bruttoregistertonne

⁸⁶ Manfred Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie (Vollständig überarbeitete und wesentlich erweiterte Fassung des 1993 erschienenen Bandes „Der Tod des Doppeladlers“, Wien, Köln, Weimar 2013) 702.

Kriegsmarine eine solche Kriegsführung tatsächlich durchsetzen. Mitte Jänner 1917 wurde der uneingeschränkte U-Boot-Krieg von der deutschen Heeresleitung beschlossen, ohne Opposition von Bethmann Hollweg und ohne Zustimmung der österreichisch-ungarischen Seite. Die darauffolgenden Sitzungen der deutschen militärischen Vertreter mit Kaiser Karl in Wien hatten nur noch informativen Charakter. Es ging nur noch darum, den Monarchen über die festgesetzten Maßnahmen zu informieren, sowie seine Zustimmung zu dem einseitigen Entschluss nachträglich einzuholen.⁸⁷

Czernin erkannte die prekäre Lage sehr schnell: Würde die Donaumonarchie dem deutschen Vorschlag zustimmen, würde sie in den Augen der ganzen Welt, und vor allem der Vereinigten Staaten, neben dem Deutschen Reich als Kriegshetzer dastehen und man müsste jegliche Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden mit der Entente somit aufgeben. Würde aber die k. u. k. Kriegsmarine ein derartiges Unternehmen nicht unterstützen, bedeutete dies einen enormen Schaden für die engen Beziehungen zum deutschen Bundesgenossen; eine österreichisch-ungarische Teilnahmeverweigerung könnte gar als Sabotageakt der gemeinsamen Kriegsführung interpretiert werden.⁸⁸

Im Hintergrund fanden weitere Friedensvermittlungen statt. Diese scheiterten bislang unter anderem an den Forderungen der Entente an die Donaumonarchie betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die in der vorgeschlagenen Form von der Doppelmonarchie nicht akzeptiert werden konnten. Dennoch wollte man die laufenden Vermittlungen nicht durch eine strikte Ablehnung jener Forderungen, die praktisch eine Auflösung der Monarchie in einzelne Völkerstaaten bedeuten würden, unterbrechen und im Außenministerium erhoffte man sich, die Völkerfrage doch noch im Zuge der angestrebten Friedenskonferenz auf den Verhandlungstisch bringen zu können. Die Einstellung der deutschen militärischen Führungsspitzen zur Weiterführung der Friedensvermittlungen mit der Entente war jedoch eindeutig. Ein weiteres Bestreben wäre nicht mehr zielführend gewesen, denn es hätte in den Augen der Entente der Eindruck entstehen können, die Zentralmächte seien kriegsmüde und wollten Frieden um jeden Preis.⁸⁹

Der österreichisch-ungarische Außenminister befand sich durch den strengen deutschen Standpunkt in äußerster Bedrängnis; seine Außenpolitik musste sich nun auf zwei Schwerpunkte konzentrieren: Österreich-Ungarn möglichst schnell aus dem Krieg herauszubekommen, gleichzeitig aber die Bündnistreue zum Deutschen Reich zu bewahren.

⁸⁷ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 15.

⁸⁸ Ebd. 19-21.

⁸⁹ Ebd. 26.

Um dies zu bewerkstelligen, stützte sich Czernin unter anderem auch auf seine Pressestellen im neutralen Ausland und zog diese zu Hilfe. Durch eine zentral gelenkte Pressekampagne wollte er den österreichisch-ungarischen, stets verhandlungsbereiten Standpunkt promovieren. Im selben Atemzug sollte der scharfe Kontrast zum ablehnenden Standpunkt des Deutschen Reiches betont werden – Ziel war es, sich von diesem geschickt zu distanzieren. Was die Rolle des Friedensvermittlers anbelangte, so kam für Czernin vor allem der spanische König, dessen Einstellung eine österreichfreundliche war, in Frage. Um auf die spanische Krone sowie auf die öffentliche Meinung einen proösterreichischen Einfluss ausüben zu können, wurden der Pressestelle in Madrid beträchtliche Finanzmittel zugesprochen, mit welchen eine Kampagne in der spanischen Tagespresse in die Wege geleitet wurde.⁹⁰

Jedoch verzeichneten die Presselenkungsversuche im Ausland nur geringe Erfolge und als dann der uneingeschränkte U-Boot-Krieg am 22. Jänner 1917 auch durch den österreichisch-ungarischen Ministerrat beschlossen wurde, musste Czernin seine Vorstellung eines Friedens ohne Sieger und Besiegte – *status quo ante bellum* – nahezu aufgeben.

3.c. Czernins Friedenskampagne im Osten

Haben die österreichisch-ungarischen Kriegsziele im Westen allein darin bestanden, die Entente zur Reevaluierung der Pläne zur Zersplitterung der Donaumonarchie in einzelne Nationalstaaten zu bewegen, so waren sie im Osten durchaus weitreichender.

In der russischen Märzrevolution vom Jahr 1917 sah Czernin seine Friedenspläne erneut aufleben. Sollte ein russischer Kurswechsel Großbritannien und Frankreich nicht an den Verhandlungstisch bringen, so konnte man zumindest durch einen Separatfrieden im Osten die angespannte Lage in der Doppelmonarchie entlasten. Demgegenüber versprachen sich die deutschen militärischen Spitzen von der Märzrevolution in Russland eine Entlastung für ihre Truppen an der Ostfront, die sukzessive an der Westfront eingesetzt werden konnten – eine militärische Situation, die für die westliche Entente auf Dauer nicht mehr haltbar wäre. Die Entente hätte somit keine andere Wahl, als den Frieden mit den Zentralmächten zu akzeptieren. In Österreich-Ungarn herrschte dagegen eine durchwegs andere Auffassung der Vorkommnisse in Russland: Durch die instabile Lage in der Donaumonarchie sowie durch die unmittelbar drohende Lebensmittelkrise war die Befürchtung am Ballhausplatz groß, dass sich der Funken der sozialistischen Revolution auf die eigenen Gebiete ausbreiten könnte. Im

⁹⁰ HHStA PA Karton rot 952, Telegramm Nr. 63 Czernin an Fürstenberg vom 6. Februar 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 29.

Außenministerium erkannte man, dass die langsame Friedensanbahnungsstrategie durch militärische Instrumente, wie sie durch die deutsche Führung angebahnt wurde, für die vom Kollaps bedrohte Monarchie keine Option darstellte. Czernin musste sich auf eine politische Kampagne begeben, deren Ziel ein schneller Friedensschluss mit dem revolutionären Russland war.

Die erste Gelegenheit für die Friedensanbahnung mit Russland bot sich Anfang April 1917: In einem Kommuniqué des Exekutivkomitees des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates wurde die provisorische Regierung in Russland aufgefordert, den Verteidigungskrieg nur so lange weiterzuführen, bis die Zentralmächte ein Friedensangebot stellen, und zwar ein solches, das keine Forderung von Annexionen sowie von Kriegsentschädigungen enthalten würde.⁹¹ Czernin wollte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen und hatte die Idee, zusammen mit dem Deutschen Reich eine öffentliche Verzichtserklärung abzugeben. Die Mittelmächte sollten gegenüber Russland die Bereitschaft zum Verzicht auf Annexionen und Kriegsreparationen klar zum Ausdruck bringen und damit den Weg zu Verhandlungen eröffnen. Czernin betonte gegenüber dem deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg bei mehreren Gelegenheiten, dass die Weiterführung des Krieges nur zur Auflösung der Monarchie führen könnte, und gleichzeitig wies er mehrmals auf die Gefahr der drohenden Lebensmittelversorgungskrise in Österreich-Ungarn hin, die man im Falle eines Friedens durch rasche Getreidelieferungen aus der Ukraine zu dämpfen hoffte.

Der österreichisch-ungarische Außenminister stieß jedoch auf die ablehnende deutsche Position, woran auch Bethmann Hollweg nichts ändern konnte. Diese war durch die unklare politische Lage in St. Petersburg und Moskau geprägt. Man war im deutschen Auswärtigen Amt sowie in der Obersten Heeresleitung nicht bereit, jegliche Art von gemeinsamen öffentlichen Enunziationen betreffend Friedensanbahnung zu veröffentlichen. Nach Auffassung der deutschen militärischen Führungsspitzen würde eine derartig schnell verfasste und offenkundige Erklärung in den Augen der Westmächte den falschen Eindruck einer Schwäche der Zentralmächte hervorrufen.⁹² Aber der wohl expliziteste Grund für die deutsche Verweigerung eines solchen annexionslosen Friedens lag in der Tatsache, dass sich das deutsche Militär an der Ostfront im März 1917 gegenüber der k. u. k. Armee in einer diametral entgegengesetzten militärischen Lage befand. Die weitreichenden deutschen Eroberungen im

⁹¹ HHStA PA Karton rot 956, Telegramm Nr. 224 Czernin an Hohenlohe vom 10. April 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 222.

⁹² HHStA PA Karton rot 956, Telegramm Nr. 255 Hohenlohe an Czernin vom 13. April 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 223.

Osten – vor allem im Baltikum – standen in einem ausgesprochenen Gegensatz zu den Gebieten, die Österreich-Ungarn als Folge einer Zahl militärischer Misserfolge an das russische Heer verloren hatte – sowohl Ostgalizien als auch die Bukowina waren unter russischer Militärverwaltung. Für die Donaumonarchie würde ein Frieden im Osten, in dem sie die verlorenen Gebiete zurückgewinnen würde, ein Erfolg sein, für Deutschland aber würde ein solcher Ausgang nur die Rückgabe der teuer erkämpften Gebiete an Russland bedeuten.⁹³

Das Drängen von Außenminister Czernin auf die deutsche Regierung, sich dem Gedanken des Annexionsverzichts anzuschließen, stieß somit auf eine klare Ablehnung. Die deutsche Regierung erkannte im Grunde ganz genau die militärische, ökonomische und politische Abhängigkeit Österreich-Ungarns von Deutschland; diese Inkongruenz machte aus der Donaumonarchie nur noch einen ungleichen Verhandlungspartner.

Diese ungünstige Entwicklung versuchte Czernin mit allen ihm verfügbaren politischen Mitteln zu unterbinden. Unter anderem setzte er wiederum die engen Verbindungen des Literarischen Büros zum *Fremdenblatt* ein. In diesem Sprachrohr des Außenministeriums wurde eine gezielte Kundgebung publiziert, wodurch er einen pressepolitischen Druck auf die deutsche politische Leitung ausüben wollte. In der Ausgabe des *Fremdenblattes* vom 26. April antwortete Czernin auf eine Resolution des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, die einen großen Anklang in den Reihen der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten gefunden hatte. In seiner Antwort nahm er eine ganz klare Stellung zur Frage des Separatfriedens mit Russland ein und betonte, dass die k. u. k. Monarchie in keiner Weise aggressive Pläne gegen Russland verfolge und auch nicht beabsichtige, ihr Gebiet auf russische Kosten zu erweitern. Wie Czernin vermutet hatte, waren es gerade die höchsten militärischen Spitzen, die in Deutschland in größter Opposition zum annexionslosen Frieden standen. Durch diese Aktion wollte er die deutschen politischen Kreise dazu bewegen, sich gegen die deutsche Oberste Heeresleitung auf die Seite der Donaumonarchie zu stellen. Die öffentliche Erklärung im *Fremdenblatt* kam in Deutschland aber keinesfalls gut an und der Versuch, den deutschen Politikern eine Waffe gegen die Generäle in die Hand zu drücken, verfehlte sein Ziel.⁹⁴

Bethmann Hollweg wollte mit allen Mitteln einen öffentlichen Diskurs über die Friedensfrage, an dem auch eine sozialistische Öffentlichkeit teilnehmen würde, verhindern. Während man aber in Deutschland die Sozialisten in Grenzen halten wollte, war die Situation in Österreich-Ungarn anders. Die sozialistischen Gruppierungen in der Donaumonarchie erfuhren eine starke

⁹³ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 224.

⁹⁴ HHStA PA Karton rot 956, Telegramm Nr. 296 Hohenlohe an Czernin vom 24. April 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 229.

Unterstützung seitens der einzelnen Volksgruppen und gerade sie waren es, die die Verständigung mit Russland am meisten forderten.⁹⁵ Das Ergebnis der Erklärung Czernins im *Fremdenblatt* war, dass die Öffentlichkeit beider Länder noch mehr die deutsch-österreichisch-ungarischen Unterschiede in der Friedensauffassung zu spüren bekam. Czernin konnte mit dieser Aktion nichts bewirken und die deutschen Kriegsziele im Osten blieben dieselben: Die Abtretung des kurländischen und litauischen Gebietes an das Deutsche Reich sowie die Herstellung einer Gesamtgrenze des deutschen und polnischen Gebietes gegen Russland.⁹⁶

Diese deutsche Forderung wurde einige Wochen davor in Kreuznach festgelegt. Am 23. April, während der Kreuznacher Konferenz, haben deutsche und österreichisch-ungarische politische Spitzen gemeinsam mit der Obersten Heeresleitung die zukünftige Gebietsaufteilung im Osten besprochen und die bereits bekannten deutschen Gebietsforderungen im Baltikum erneut artikuliert. Gleichzeitig zeigten sich die deutschen Vertreter während der Besprechungen bereit, die österreichisch-ungarische Kontrolle über Serbien, Montenegro und Albanien anzuerkennen. Im Gegenzug dafür müsste die Donaumonarchie im Falle des Friedens einen deutschen Flottenstützpunkt in der Adria sowie die deutsche Kontrolle über die Erdölvorkommen und Eisenbahnen in Rumänien dulden. Mit einer derartigen Proposition konnte Czernin nicht einverstanden sein, denn diese stellte genau das Gegenteil des annexionslosen Friedens, den er so konsequent durchsetzen wollte, dar.⁹⁷ Die Kreuznacher Konferenz endete somit mit keinerlei Übereinstimmung über die gemeinsamen Kriegsziele im Osten und die Lage zwischen den zwei Verbündeten spitzte sich weiter zu.

Dennoch lieferte Bethmann Hollweg eine lang überfällige Proklamation der gemeinsamen Kriegsziele in seiner Reichstagsrede am 15. Mai, die es als Ziel hatte, die beiden Zentralmächte als einen gemeinsamen Block darstellen zu lassen. Darin stritt er jegliche Verschiedenheiten in der Auffassung der Friedensfrage mit Österreich-Ungarn ab, gleichzeitig bezog er jedoch keine klare Position zum Thema der deutschen Annexionen im Osten. Seine „weder-noch“-Rede, wie sie von der Presse der neutralen Ländern bezeichnet wurde, fand in den europäischen journalistischen Kreisen große Resonanz, obgleich sie keinen eindeutigen Aufschluss über die möglichen Forderungen Deutschlands an Russland sowie über die Möglichkeit eines *Status quo* Friedens gegeben hatte.

Nichtdestotrotz war Czernin vollkommen entschlossen, diese – nicht gerade eindeutige – Erklärung des deutschen Reichskanzlers für seine pressepolitischen Zwecke aufs vollste

⁹⁵ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 231.

⁹⁶ Ebd. 237.

⁹⁷ Ebd. 239.

auszunutzen. An seine Pressestellen im neutralen Ausland wurden Anweisungen zur schnellstmöglichen Verwertung in der lokalen Presse versendet. Dabei richtete sich die thematische Hauptlinie auf zwei grundlegende Punkte: Deutschland sei in der Frage der Ostgrenze vollkommen in Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn gewesen und es habe zu keiner Zeit Differenzen in dieser Auffassung gegeben.

Hierbei beobachtete das Literarische Büro durch seine Pressestellen im Ausland ganz genau die weitreichende Rezeption der Reichskanzlerrede durch die neutrale Presse. So konzentrierte sich die Arbeit der Pressestellen in Bern und Den Haag hauptsächlich auf zwei Punkte:

- 1) Die Berichterstattung über die Art und Weise, wie die dortige Presse den Verzicht Bethmann Hollwegs, eine aufschlussreiche Kundmachung zum Friedensthema zu äußern, interpretierte. In diesem Punkt hat etwa die schweizerische Presse den unklaren Standpunkt des deutschen Reichskanzlers ganz genau erkannt und versuchte, dessen Ursprung in der andauernden Auseinandersetzung der beiden Bundespartner zu suchen. Die Gesandten Alexander von Musulin in Bern und Ludwig von Széchényi in Den Haag investierten beträchtliche Ressourcen, um die offenbar zweideutige Rede als eine klare Zustimmung zum annexionslosen Friedensvorschlag Czernins zu deuten. Als Beispiel kann etwa die Beziehung Musulins zur Tageszeitung *Tribune de Lausanne* erwähnt werden. Dank seiner günstigen Kontakte zur Redaktion wurden in dieser bedeutenden Schweizer Zeitung zahlreiche Pressestimmen aus österreichischen und ungarischen Blättern im positiven Lichte wiedergegeben – dadurch konnte zumindest teilweise der vom Außenministerium gewünschte Effekt erreicht werden.⁹⁸
- 2) Der Versuch der Pressestellen, die Arbeit des österreichisch-ungarischen Außenministers bei der Friedensanbahnung darzustellen. Czernin war es dabei äußerst wichtig, dass die neutrale Presse seine Rolle in den womöglich bevorstehenden Friedensverhandlungen erkannte und auch die Rede Bethmann Hollwegs als Ergebnis einer hartnäckigen Friedenspolitik des österreichisch-ungarischen Außenministers auffasste.⁹⁹

3.d. Flankierungsversuche des Literarischen Büros

In dieser Situation verfolgten das k. u. k. Ministerium des Äußern und dessen Departements die komplizierte Lage in Russland im Detail. Mit einigen Aktionen versuchte das Literarische Büro, nun unter der Leitung von Friedrich Wiesner, aktiv an den russischen Ereignissen mitzuwirken und die Friedensanbahnungsversuche Czernins pressepolitisch zu flankieren. So

⁹⁸ HHStA PL Karton 163, 1093/5 ex 1917 Musulin an Czernin vom 18. Mai 1917.

⁹⁹ Ebd. sowie HHStA PL Karton 163, 1094/5 ex 1917 Musulin an Czernin vom 19. Mai 1917 und HHStA PL Karton 162, 1100/5 ex 1917 Széchényi an Czernin vom 22. Mai 1917.

wurde etwa Ende April 1917 über die Stockholmer Botschaft ein Versuch unternommen, auf die russische jüdische Gemeinde im Sinne der Friedensanbahnungen einzuwirken. Der aus Galizien stammende jüdische Abgeordnete im österreichischen Parlament und Herausgeber des *Poniedziałkowy Przegląd* [Montags-Rundschau] in Lemberg¹⁰⁰, Heinrich Reizes, verfasste einen Brief an den jüdischen Abgeordneten in der Duma, Naphtali Friedman. Darin sprach er sich im Namen aller österreichischen Juden zu den Ereignissen in Russland aus und gratulierte den russischen Juden zur Befreiung „aus der Finsternis des Zarismus“ und zu den vollen Rechten, über die sie nun verfügten, und die sie aus der mittelalterlichen Bedrückung erlösten. Gleichzeitig brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck, dass „ein baldiger gerechter Friede eine Entwicklung der Juden in der neugewonnenen jungen Freiheit ermöglichen“ würde. Nahezu sofort wurde der genaue Wortlaut des Briefes vom Literarischen Büro an den Stockholmer Gesandten Maximilian Hadik von Futak telegraphiert, um es in der dortigen neutralen Presse zur Veröffentlichung zu bringen – indirekt sollte somit der Brief durch schwedische Presseagenturen nach Russland gelangen.¹⁰¹

Umgekehrt musste das Literarische Büro auch die Zensurmaßnahmen adaptieren, um etwa die Verbreitung der gefährlichen Ideen der sozialistischen Revolution nach Österreich-Ungarn möglichst zu unterbinden. Ein Beispiel stellt etwa die Zensurierung des Aufrufes des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates vom 15. Mai dar. Darin hatten die revolutionären Vertreter den Friedenswillen Russlands betont, jedoch gleichzeitig den Gedanken eines Separatfriedens mit den Zentralmächten abgelehnt, denn dieser hätte die russische und auch die Demokratie der ganzen Welt vernichtet. Als Ziel der russischen Revolution wurden in jenem Aufruf der allgemeine Friede und die internationale Revolution der Arbeiterklasse in allen Ländern artikuliert. Die Soldaten an der Front wurden dazu aufgerufen, den deutsch-österreichisch-ungarischen Angriffen Widerstand zu leisten, während die Arbeiter und Bauern Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie selbstständig ihre Regierungen stürzten. Solche Gedanken konnten in einer dermaßen angespannten Situation, die im Habsburgerreich herrschte, einen äußerst explosiven Verlauf nehmen, und zwei Tage nach der Veröffentlichung des Aufrufes durch die Petersburger Telegraphenagentur wurde die Weiterverbreitung im Inland durch das Literarische Büro verhindert. Stattdessen gelangte in die heimische Presse eine stark modifizierte Version der Erklärung, in der die revolutionären

¹⁰⁰ Franz Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849 1004.

¹⁰¹ HHStA PL Karton 163, 830/5 ex 1917 Wiesner an Hadik vom 1. Mai 1917.

Manifeste vollkommen weggelassen wurden und der gesamte Aufruf somit einen reinen Friedensanbahnungscharakter bekam.¹⁰²

Weitere Verbreitungsmöglichkeiten der russischen revolutionären Propaganda boten die Funksprüche an der Front, die sich an die kriegsführenden Parteien richteten. Diese galt es bereits bei den empfangenden militärischen Stellen möglichst effektiv zu unterdrücken, da ansonsten die Verbreitung ins Inland nur sehr schwer möglich war. Die Gefahr der Revolutionsausweitung in die Monarchie war gerade durch die Situation an der Front durchaus gegeben. Delegationen russischer Soldaten versuchten auf der ganzen Länge der Front Verhandlungen mit einfachen Soldaten der Mittelmächte aufzunehmen und sie zur Absetzung ihrer Offiziere und zur Bildung von Soldatenräten zu bewegen. Solche Aktionen wurden von den Armeekommanden sehr schnell als potentiell gefährlich erkannt und es wurden Anweisungen zur Vermeidung solcher Anbiederungsversuche erteilt.¹⁰³

Auch die Pressebeeinflussung in Russland rückte langsam erneut ins Zentrum der Arbeit des Literarischen Büros. Sehr schnell erkannten die Mitarbeiter im Außenministerium, dass die pressepolitische Aktivität in Russland in der Zeit zwischen August 1914 und März 1917 vernachlässigt wurde, stellenweise sogar nicht existent war. Gegen die daraus resultierende Mittellosigkeit musste nun nach der erfolgten sozialistischen Umwälzung möglichst schnell gehandelt werden. Binnen kürzester Zeit entwickelte das Literarische Büro in Zusammenarbeit mit den Pressestellen im Ausland zahlreiche Strategien, um auf die immer konfusere Situation in Russland einen partiellen Einfluss zu gewinnen. Oft scheiterten aber diese Pläne an den zu hohen Kosten und/oder an der Unwilligkeit Czernins, ein diplomatisches Risiko einzugehen. Zu erwähnen ist hier etwa ein Bericht des Gesandten Musulin aus Bern vom 17. Juni 1917. Darin informierte er Außenminister Czernin über die Möglichkeit einer Pressebeeinflussung der russischen Provinzpresse durch den in der Schweiz lebenden russischen Sozialisten Eugen Ziwin. Wie Musulin berichtete, sei Ziwin dem k. u. k. Militärattaché in der Schweiz, Oberst William von Einem, bereits durch eine in den Jahren 1915 und 1916 geplante, aber nicht vollzogene Aktion, die es zum Ziel hatte, auf die russischen Kriegsgefangenen in Österreich-Ungarn durch sozialistische Propaganda einzuwirken, bekannt gewesen. Ziwin wandte sich Anfang Juni an Musulin mit dem Angebot, nach Russland zurückzukehren und dort mit Hilfe der Provinzpresse eine groß angelegte Friedensaktion in die Wege zu leiten. Für die Gründung

¹⁰² HHStA PL Karton 163, 1054/5 ex 1917 vom 25. Mai 1917.

¹⁰³ Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg 723.

neuer Blätter und für die Unterstützung bereits bestehender verlangte der russische Sozialist einen Betrag von 1 Million Francs. Im Antworttelegramm des Außenministers hieß es, dass der „Erfolg einer solchen [Friedensaktion] auf jeden Fall unkontrollierbar wäre, und in keinem Verhältnis zum relativ hohen Einsatze stünde.“¹⁰⁴ Das Angebot Ziwins wurde dementsprechend nicht weiterverfolgt.

Etwa ein Monat später wurde Musulin von einem anderen russischen Sozialisten namens Löwenstein auf die Möglichkeit der Gründung einer russisch-sozialistischen Presseagentur in Stockholm aufmerksam gemacht. Die Aufgabe einer solchen Agentur sollte vor allem aus Friedenspropaganda bestehen. Alle mit der Friedensfrage sich beschäftigenden Äußerungen und Artikel der österreichisch-ungarischen, deutschen und bulgarischen Zeitungen sollten einzeln oder zu Stimmungsbildern verarbeitet, so rasch als möglich der russischen Presse und eventuell auch jener der Westmächte zugestellt werden. Ein direkter Kontakt des k. u. k. Außenministeriums mit einer solchen russischen Institution konnte aus strategischen Gründen nicht stattfinden, weshalb ein schwedischer Sozialist als Vermittler in Erwägung gezogen wurde. Auch zu diesem Vorschlag äußerte Czernin jedoch Bedenken, vor allem aber hinterfragte er die Fähigkeiten von Löwenstein, da ja, gerade im Hinblick auf die Blätter der Westmächte, „Lügen kurze Beine haben“ und die wahre Tendenz der Agentur durch eine dilettantische Führung schnell erkannt und deren Tätigkeit sofort unmöglich gemacht werden würde.¹⁰⁵

Dagegen zeigte das Literarische Büro großes Interesse an der Arbeit des Schriftstellers Michael Wurmbrand. Der in Kopenhagen lebende russische Sozialist hatte im Juli 1917 Kontakt mit der Kopenhagener Gesandtschaft aufgenommen und sich als Vertrauensmann in deren Dienst gestellt. Der österreichische Geschäftsträger in Kopenhagen, Baron Otto von Franz, informierte den Außenminister, Wurmbrand habe enge Kontakte zu den führenden Sozialisten in Russland besessen und sei bereit gewesen, über seine Unterredungen mit diesen ausführlich an das k. u. k. Außenministerium zu berichten. Zusätzlich erklärte sich Wurmbrand bereit, die vom Literarischen Büro erwünschten Nachrichten in die russische Presse gelangen zu lassen. Für seine Dienste wurde Wurmbrand eine Entlohnung in der Höhe von 400 dänischen Kronen monatlich zugesprochen. Tatsächlich zeigte sich die Zusammenarbeit mit Wurmbrand für das Außenministerium als vorteilhaft. In den nächsten Monaten lieferte Wurmbrand einige Berichte über seine privaten Unterredungen mit führenden russischen Sozialisten, die –

¹⁰⁴ HHStA PL Karton 163, Telegramm Nr. 95 Musulin an Czernin vom 12. Juni 1917 und HHStA PL Karton 163, 1682/5 ex 1917 Wiesner an Musulin vom 4. Juli 1917.

¹⁰⁵ Ebd.

gründlicher als russische Zeitungsmeldungen – dem Außenministerium Einblicke in die russischen Vorgänge verschafften.¹⁰⁶

Bis November 1917 kam es in der Beziehung der Donaumonarchie zu Deutschland und Russland zu keinen außenpolitischen Fortschritten mehr. Die Deutschen waren wegen der unklaren Lage in Russland und der eigenen Gebietsforderungen im Baltikum nicht bereit, jegliche Art von Frieden ohne Annexionen zu akzeptieren, und die Sozialisten in Russland waren nicht in der Laune, Gebiete an die Zentralmächte abzugeben.

3.e. Bolschewistische Revolution

Als dann Anfang November 1917 die bolschewistische Revolution in Russland ausbrach, sah Czernin hierin eine günstige Gelegenheit für die erneute Inangriffnahme seiner Friedenspläne. Für den österreichisch-ungarischen Außenminister bedeutete die bolschewistische Machtübernahme in Russland „einen entscheidenden Wendepunkt in der Friedensfrage“, wie er am 10. November dem deutschen Reichskanzler schrieb.¹⁰⁷

Innerhalb kürzester Zeit nach dem Ausbruch der Revolution wandte sich die Petersburger Telegraphenagentur an alle kriegsführenden Staaten mit dem Aufruf zur Waffenruhe und bediente sich dabei der bolschewistischen Formel „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“. Czernin ergriff diese erneute Gelegenheit und wandte sich an die deutsche Seite mit der Forderung einer gemeinsamen öffentlichen Anerkennung dieser annexionslosen Friedensformel. Und wieder stieß er auf den entschlossenen Widerwillen der deutschen militärischen Kreise, deren Argumentation sich, wie bereits im März und April nach der sozialistischen Umwälzung in Russland, gegen die Vertrauenswürdigkeit der neuen bolschewistischen Regierung und gegen die Rückgabe der eroberten Gebiete im Osten richtete.¹⁰⁸ Darüber hinaus äußerte die deutsche Oberste Heeresleitung Bedenken über die weiteren möglichen Folgen des annexionslosen Friedens mit Russland – eine ähnliche Forderung, wie die russische, könnte ja auch die westliche Entente erheben, was, etwa im Hinblick auf Elsass-Lothringen, um jeden Preis vermieden werden musste. Infolgedessen bestand die deutsche Friedensanbahnungsstrategie im Osten in den nächsten Wochen vor allem

¹⁰⁶ HHStA PL Karton 163, 2115/5 ex 1917 Wiesner an Musulin vom 3. September 1917.

¹⁰⁷ HHStA PA Karton rot 956, Privatschreiben Czernin an Hertling vom 10. November 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 250.

¹⁰⁸ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 251.

aus Vermeidung jeglicher Art von Äußerungen sowie aus dem Warten auf die Reaktion der Westmächte auf das russische Friedensangebot.¹⁰⁹

In dieser Zeit nahm das Literarische Büro einige grundlegende Aufgaben zur Flankierung der außenpolitischen Absichten des Außenministers Czernin wahr. Zwar war der Frieden im Osten wegen der deutschen Opposition noch keinesfalls beschlossen, machte man sich im Außenministerium, zeitgleich mit den ersten Nachrichten über den möglichen bevorstehenden Waffenstillstand mit Russland, bereits Gedanken über die Art und Weise, wie die Friedensverhandlungen in der heimischen Presse darzustellen wären. Beschlossen wurde etwa eine pessimistische Note bei der Beurteilung der inneren Verhältnisse Russlands, gleichzeitig wurde die heimische Presse durch das Literarische Büro angehalten, „die Nachrichten über die in Russland bestehenden Schwierigkeiten zu registrieren und etwaigen günstigen [heimischen] Nachrichten gegenüberzustellen“.¹¹⁰

Zumindest theoretisch wurden neue Zensuranweisungen für die inländische Berichterstattung über den Verlauf der Revolution in Russland zusammengestellt. Vor allem befürchtete man im Außenministerium die Ausweitung der proletarischen Revolution in die Monarchie und demgemäß war man im Literarischen Büro keinesfalls daran interessiert, dass die heimischen Zeitungen als Sprachrohr der bolschewistischen Propaganda in Österreich-Ungarn fungierten. Die Umsetzung der Maßnahmen durch das Literarische Büro kann etwa am Beispiel einer öffentlichen Erklärung des Organs für Auswärtige Politik des bolschewistischen Zentralkomitees beobachtet werden. Diese Erklärung war eine von vielen bolschewistischen Aufrufen, die durch die Außenstelle des k. u. k. Korrespondenzbüros in Stockholm aufgegriffen und einer starken Veränderung unterzogen wurde. Die kritischen Passagen aus der erwähnten Erklärung, die im Literarischen Büro auf Anweisung Czernins einer Adjustierung unterzogen wurden, geben einen guten Eindruck über jene Ideen, die nicht in die heimische Presse gelangen sollten. Werden etwa in der Originalfassung der Aussendung des Zentralkomitees die Regierungen der Zentralmächte dafür kritisiert, dass sie an Verhandlungen mit Russland nur deswegen interessiert gewesen seien, um ihre Ostdivisionen an die Westfront werfen zu können, so wird diese Passage für die Verwertung vollkommen gestrichen. Auch jene Absätze, in denen die Arbeiterschaft in den Ländern der Entente, aber auch in jenen der Zentralmächte, dazu aufgerufen wurde, den Krieg durch Streiks und Unruhen zu beenden,

¹⁰⁹ HHStA PA XL 262, Telegramm Nr. 22 Müller an Demblin vom 13. November 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 252.

¹¹⁰ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 78 Czernin an Wiesner vom 21. Dezember 1917.

wurden zensuriert. Schlussendlich wurde die stark veränderte Aussendung durch die Gesandtschaft in Stockholm über das Korrespondenzbüro fälschlicherweise als offizielle Depesche des Zentralkomitees befördert und für die heimische Presse freigegeben.¹¹¹

Diese bolschewistischen Aufforderungen an Arbeiter und Sozialisten in allen kriegsführenden Ländern wurden als äußerst gefährlich wahrgenommen. Eine wahre Herausforderung für das Literarische Büro war es, die Friedensverhandlungen mit Russland von den Aufforderungen der Revolutionären an das Proletariat klar zu trennen und die Aufrufe zur Revolution bei Beibehaltung der regelmäßigen und ergiebigen Berichterstattung aus Russland zu unterdrücken.

Die Pressezensur im Inland erfuhr nach dem Tod Kaiser Franz Josephs eine Abschwächung und in der Öffentlichkeit verbreiteten sich kritische Stimmen, die eine gänzliche Abschaffung der Zensur verlangten. Die unzensierten Reden, die im wiedereinberufenen Reichsrat gehalten wurden, konnten von der Zensur nicht abgehalten werden, sodass sie in die Presse gelangten. Um diese Lücke zu schließen wurde Anfang 1918 nach Beispiel Ungarn auch in Österreich die Rationierung des Zeitungspapiers als Mittel der Zensur beschlossen – die Liefermenge von Rotationsdruckpapier pro Zeitung wurde auf 35-45% reduziert.¹¹²

Dennoch war die völlige Zensurierung von ungewollten Nachrichten aus Russland eine nahezu unmögliche Aufgabe. Unterdrückte Nachrichten, die in Österreich-Ungarn zur Publikation nicht freigegeben wurden, wurden von den deutschen Zensurstellen sehr oft fahrlässiger behandelt und kamen in der deutschen Presse, trotz Verbotes, zur Veröffentlichung. Der Effekt dieser unter den beiden Ländern nicht abgestimmten Zensurmaßnahmen war, dass die in Österreich-Ungarn zensurierten Nachrichten in der deutschen Tagespresse publiziert wurden und infolgedessen, mit einem Tag Verspätung, auch im Inland veröffentlicht wurden.

Diese folgenschwere Diskrepanz hat sich auch am 19. November gezeigt, als der Vertreter des Korrespondenzbüros in Stockholm das Außenministerium um Instruktionen ersuchte. Seiner Meldung nach wären deutsche Sozialisten in private Verhandlungen mit den Bolschewiken in Stockholm eingetreten und hätten den bolschewistischen Revolutionären in Russland ihre Unterstützung zugesagt. Ein ähnlich lautendes Telegramm hätte durch die bolschewistische Auslandsvertretung in Stockholm nach Österreich-Ungarn und Deutschland telegraphiert werden sollen. Dem Vertreter des Korrespondenzbüros in Stockholm wurde eine Beförderung dieses Telegramms durch Außenminister Czernin untersagt. Dennoch erschien am nächsten

¹¹¹ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 480 Wiesner an Des Fours vom 10. November 1917.

¹¹² Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts 516-518.

Tag eine ähnlich lautende Nachricht in einigen deutschen Blättern und zwei Tage später dann in der österreichischen Presse. Nach einer durch das Literarische Büro eingeleiteten und durch den Gesandten Hohenlohe in Berlin durchgeführten Untersuchung stellte sich heraus, dass auch das deutsche Wolff-Büro¹¹³ eine ähnliche Anweisung zur Nichtverbreitung erhalten hatte, die Nachricht jedoch durch private Telegramme der Zeitungsredaktionen nach Deutschland gelangt war und von deutschen Zensurstellen nicht stillgelegt wurde.¹¹⁴ Die Verbreitung nach Österreich war dann nur noch eine Frage der Zeit. Die Lockerheit der deutschen Zensurstellen sollte sich in den nächsten Wochen noch weiter steigern.

Am 21. November 1917 erhielten österreichische und ungarische Zeitungsredaktionen ergänzende Zensuranweisungen. Demnach war es strengstens untersagt, „allgemeine Aufforderungen an das Proletariat zur Erzwingung des Friedens und Ausschaltung der Regierungen durch direkte Fühlungnahme der Proletariate der verschiedenen Länder zwecks Friedensanbahnung“ und „Nachrichten über bevorstehende oder erfolgte Einladungen der Bolschewiki an die Sozialisten oder Parlamente der Kriegsführenden zur Teilnahme an Besprechungen über die Friedensfrage“ zu verbreiten.¹¹⁵

Mit der Durchsetzung ähnlicher Maßnahmen wollte das Literarische Büro den revolutionären Organen einen möglichst kleinen Raum zur Verbreitung der bolschewistischen revolutionären Ideen im Inland bieten, was, im Hinblick auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Russland, als große Gefahr eingestuft wurde. Diese Zensuranweisungen wurden auch an die Gesandtschaft in Berlin weiterbefördert und am 23. November meldete der Gesandte zu Berlin, Prinz Hohenlohe, dass die deutsche Regierung diese Anweisungen an die dortige Presse gleichermaßen erteilt habe.¹¹⁶

Ab Mitte November traten russische Mittelsmänner in inoffizielle Waffenstillstandsverhandlungen mit Vertretern des deutschen Auswärtigen Amtes in Stockholm und Kopenhagen ein. In der gleichen Zeit kam es an der Ostfront abschnittsweise zu vereinzelten Waffenstillständen, die unter den Generälen ausgehandelt wurden. Dennoch war die Lage unklar und man war sich im österreichisch-ungarischen Außenministerium keinesfalls sicher, ob seitens der Revolutionäre ein solches offizielles Waffenstillstandsangebot tatsächlich kommen würde.

¹¹³ Das deutsche Telegraphenbüro

¹¹⁴ HHStA PL Karton 323, interne Mitteilung Práznovsky an Czernin vom 19. November 1917.

¹¹⁵ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 695 Czernin an Hohenlohe sowie an Storck vom 21. November 1917.

¹¹⁶ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 749 Hohenlohe an Czernin vom 23. November 1917.

Kurz vor dem russischen Waffenstillstandsangebot kursierten in der heimischen Presse Gerüchte über die bevorstehende Einstellung der Waffenhandlungen an der Ostfront. Czernin war sich bewusst, dass die Enttäuschung in der Bevölkerung, sollte es schließlich zu keinem Waffenstillstand kommen, ernste Folgen haben würde, und erwies deswegen das Literarischen Büro an, jegliche nicht verifizierte Pressemeldungen zu dementieren. Gewartet wurde auf das offizielle Angebot seitens der russischen Organe; bis dahin sollten jegliche Pressestimmen, die sich dazu äußerten, erstickt werden. Czernin teilte dem k. k. Ministerpräsidenten Ernst Seidler mit: „Bis zur Stunde ist kein Waffenstillstandsangebot an der Ostfront erfolgt. Sollte ein solches ergehen, so wird die k. u. k. Regierung dasselbe sofort gemeinsam mit den Bundesgenossen einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. Akzeptable Propositionen werden angenommen werden.“ Die Meldung Czernins an Seidler wurde durch das Kriegspressequartier noch am selben Tag über Funksprüche an der Front nach Russland befördert, wodurch man sich eine Reaktion seitens des Zentralkomitees erhoffte.¹¹⁷

Tatsächlich wurde bereits am 21. November ein solches offizielles Waffenstillstandsangebot an die Zentralmächte gestellt, jedoch war es die ersten Tage durchaus nicht klar, inwiefern die bolschewistische Proposition ernst zu nehmen sei und auf welche Art und Weise die Leitung der russischen Armee auf dieses Angebot reagierte. Die höchsten politischen Kreise in Deutschland und Österreich-Ungarn behandelten anfangs das russische Angebot mit Skepsis. Um mögliche unerwünschte Reaktionen zu vermeiden, war man sich in den beiden Außenministerien darüber einig, dass eine vorsichtige Vorgehensweise angebracht sei und die heimische Bevölkerung noch nicht informiert werden sollte, zumindest bis sich die Ernsthaftigkeit bestätigte.

Es dauerte aber nicht lange, bis die ersten Nachrichten trotz Zensur verbreitet wurden. Nachdem der ungarische Ministerpräsident Sándor Wekerle im Budapester Magnatenhaus die Information über das Einlangen des russischen Waffenstillstandsangebotes an seine Regierungsmitglieder vertraulich weitergeleitet hatte, schaffte es diese Nachricht überraschenderweise unzensuriert in die Budapester Presse. Am 24. November musste Czernin Wekerle telegrafisch an die Vertraulichkeit der Information erinnern und ihn bitten, „den Urheber und Verbreiter desselben [Gerüchtes] nachzugehen und ihnen mit allem tunlichsten Nachdrucke vorzuhalten, wie gefährlich und inopportun es ist, derartige Nachrichten zu lancieren“. Die Nachricht wurde sodann unverzüglich aus dem Verkehr gezogen.¹¹⁸

¹¹⁷ HHStA PL Karton 323, telefonische Mitteilung Czernin an Seidler vom 24. November 1917.

¹¹⁸ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 29 Czernin an Wekerle vom 24. November 1917.

Auch in Berlin konnte die Zensur die Verbreitung der inoffiziellen Meldungen nicht verhindern. Zwei Tage später, am 26. November, meldete Czernin an seinen Gesandten in Berlin, dass die heimischen Zeitungsredaktionen vertrauliche Informationen aus dem deutschen Auswärtigen Amt erhalten hatten, das russische Waffenstillstandsangebot sei bereits in Berlin eingetroffen und dass ein österreichischer General in Vorverhandlungen mit der russischen Seite an der Front gestanden hätte. In seinem Telegramm an Hohenlohe machte Czernin für diese Situation die deutsche amtliche Zensur verantwortlich und führte dies auf die Indiskretionen deutscher amtlicher und militärischer Stellen zurück.¹¹⁹

Am 29. November entschied man sich schlussendlich, in Verhandlungen über den Waffenstillstand mit Russland einzutreten und darüber auch die Öffentlichkeit im In- und Ausland offiziell zu informieren. Czernin telegrafierte noch am selben Tag an die Gesandtschaften in Bern, Kopenhagen, Den Haag, Christiania (Oslo), Stockholm und Madrid die Anweisung, das offizielle russische Angebot zur Waffenruhe in der dortigen Tagespresse zu publizieren. Dem Außenminister war es insbesondere wichtig, dass diese Nachrichten ins feindliche Ausland gelangten und in der dortigen Presse die Verdienste der Zentralmächte betont würden. Besonders wichtig war es zu zeigen, dass die erste Anregung zum Abschluss eines „gerechten“ und „dauerhaften“ Friedens von den Zentralmächten ausgegangen war und dass nunmehr Russland als erster ihrer Feinde diesen Gedanken annahm.¹²⁰ Czernin erhoffte sich, durch diese Anregung auch die westliche Entente in die Verhandlungen eintreten zu lassen, was sich in weiterer Folge sehr schnell als Illusion zeigen sollte. Zwei Wochen später trafen sich die Delegationen beider Kriegsparteien, um die Bedingungen des Waffenstillstandes auszuhandeln. Während dieser vorgezogenen Verhandlung wurden Themen politischer Natur von keiner der teilnehmenden Parteien eröffnet.¹²¹ Am 17. Dezember wurde schließlich der allgemeine Waffenstillstand an der Ostfront mit einer einmonatigen Wirkung verlautbart. Nun konnten sich alle Parteien auf die bevorstehenden Gespräche über die Friedensfrage konzentrieren.

Bereits in Brest-Litowsk ließ Czernins Drängen auf die deutsche Regierung, die russische Forderung eines Friedens ohne Annexionen zu akzeptieren, nach. Stattdessen erkannte der österreichisch-ungarische Außenminister, dass eine vollständige deutsche Remission in dieser

¹¹⁹ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 707 Czernin an Hohenlohe vom 26. November 1917.

¹²⁰ HHStA PL Karton 323, Telegramm Czernin an k. u. k. Gesandtschaften in neutralen Ländern vom 29. November 1917.

¹²¹ HHStA PA XL 262, Telegramm Nr. 1-21 Czernin an Demblin vom 21. November 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 254.

Frage vor dem Beginn der Verhandlungen nicht stattfinden würde. Gleichzeitig war er sich bewusst, dass ein möglichst schneller Beginn der Verhandlungen, auch in Hinsicht auf die instabile Lage in Russland, nur von Vorteil sein würde, und schlug daher der deutschen Regierung seine Ansicht zum Selbstbestimmungsrecht der Völker vor. Demnach seien Verhandlungen mit Russland über die Zukunft der baltischen Staaten und auch mit allen anderen Völkern des ehemaligen Zarenreichs irrelevant gewesen, da ja diese nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das übrigens von der russischen Regierung für die Völker in Mittel- und Südosteuropa garantiert worden war, unabhängige Staaten gewesen seien. Es sei für die Zentralmächte somit angebracht gewesen, mit den unabhängigen Völkern über ihre Zukunft zu verhandeln und nicht mit den Bolschewisten.¹²² Diese Czernin'sche Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker war für die Deutschen akzeptabel und wurde bis zum Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht mehr erörtert. Wie sich später zeigte, sollte die ungeklärte Frage der Selbstbestimmung zu Anfang der Gespräche noch zu einer heftigen Kontroverse zwischen den deutschen und russischen Vertretern führen.¹²³

Czernin wusste natürlich, dass eine ähnliche Handhabe der Nationalitätenfrage, wie er sie für die baltischen Staaten vorgesehen hatte, für die Völker der Donaumonarchie nicht in Frage kommen würde. Solche Gedankenäußerungen waren für das Bestehen des Habsburgerreiches äußerst gefährlich und es dauerte nicht lange, bis die eigenen Volksgruppen in Österreich-Ungarn die Lage erkannten. In den Augen der russischen Vertreter versuchte der k. u. k. Außenminister, seine heuchlerische Einstellung durch das Recht der Regierungen, innere Angelegenheiten des eigenen Landes autonom zu behandeln, zu verteidigen: Hatte also die neue russische Regierung das Recht, für die Völker im eigenen Staatsgebilde das Selbstbestimmungsrecht auszurufen, so musste sie auch den Anspruch der k. u. k. Regierung akzeptieren, den eigenen Völkern ein ähnliches Recht *nicht* zu gewährleisten.¹²⁴

Eine solche Schlussfolgerung reichte zumindest einstweilig den Bolschewisten, nicht aber den Völkern der Doppelmonarchie, die eine solche Deutung des Selbstbestimmungsrechtes nicht hinnehmen wollten. Noch vor Beginn der tatsächlichen Friedensbesprechungen wurde aus dem Ballhausplatz verlautbart, dass sich die österreichisch-ungarische Regierung das Recht reserviert habe, über die Zukunft der Völker im eigenen Staatsgebilde auch selbstständig zu entscheiden, wodurch man verhindern wollte, dass die Nationalitäten der Doppelmonarchie

¹²² HHStA PA XL 262, Telegramm Nr. 13 Czernin an Demblin vom 11. November 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 255.

¹²³ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 256.

¹²⁴ HHStA PA Karton rot 956, Telegramm Nr. 150 Czernin an Storck vom 15. Dezember 1917. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 258.

mit den Friedensverhandlungen etwaige zukünftige Vorteile für sich selbst verbinden würden.¹²⁵

Nichtdestotrotz hat die Erklärung Czernins gegenüber den Völkern in Russland eine Welle der Empörung im österreichischen Abgeordnetenhaus hervorgerufen. Die tschechischen und südslawischen Parlamentarier kritisierten heftig diese doppelzüngige Politik und verlangten eine Möglichkeit, auf die bevorstehenden Verhandlungen selbst Einfluss zu haben. Dabei erhofften sie sich, die Friedensverhandlungen gleichzeitig mit einer Verfassungsreform in der Doppelmonarchie verbinden zu können, die den einzelnen Nationalitäten eine gleiche autonome Stellung, wie es die deutsche und ungarische Nation bereits gehabt hatten, bringen würde.¹²⁶

Czernin erkannte diese Problematik innerhalb des eigenen Landes nicht in ihrer Vollständigkeit und konzentrierte sich hauptsächlich auf die bevorstehenden Diskussionen mit den russischen Vertretern in Brest-Litowsk. Die Situation in dem Vielvölkerstaat sollte sich in den nächsten Wochen und Monaten geradezu explosionsartig zuspitzen.

4. Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die Arbeit des Literarischen Büros

Die pressepolitische Arbeit des Literarischen Büros während der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk war für den Außenminister Czernin von großer Bedeutung. Ein Beweis dafür sind die zahlreichen Telegramme, die mehrmals am Tag durch das Korrespondenzbüro aus Brest-Litowsk versendet wurden und die Instruktionen für das Pressedepartement enthielten. Das Literarische Büro unterstützte die österreichische Delegation bei den Verhandlungen auf zwei verschiedenen Wegen: Zum einen musste die heimische Bevölkerung durch eine regelmäßige amtliche Berichterstattung über den Friedensprogress informiert werden – dies sollte zur Beruhigung der angespannten Lage im Inland beitragen. Zum anderen wurden Versuche seitens des Literarischen Büros unternommen, durch gezielt platzierte Meldungen in der ausländischen Tagespresse auf die russische Delegation indirekt im Sinne des Außenministeriums einzuwirken.

¹²⁵ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 259.

¹²⁶ Ebd. 261.

Das österreichisch-ungarische Außenministerium und das deutsche Auswärtige Amt verfügten während der Verhandlungen über ein mediales Monopol, was in der Theorie bedeutete, dass nur amtliche und bewusst gewählte Nachrichten die heimische Bevölkerung aus Brest-Litowsk erreichen sollten. Dass dies nicht einwandfrei funktionieren konnte, war wegen der Probleme mit der Durchsetzung der Zensurmaßnahmen zu vermuten gewesen. Wie sehr dem österreichisch-ungarischen Außenminister an der Berichterstattung und der medialen Deckung der bevorstehenden Ereignisse gelegen war, zeigt unter anderem auch die Tatsache, dass der Leiter des Literarischen Büros, Wiesner, während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk Czernin zur Seite gestanden ist und mit anwesend war. Für den Lauf der Tagesgeschäfte am Ballhausplatz sorgte der stellvertretende Presseleiter Práznovsky, dessen Aufgabe es war, alle jene Agenden zu übernehmen, die notwendig waren, um die pressepolitischen Interessen des Außenministers im Inland zu vertreten. Zeitgleich nahm das Literarische Büro seine üblichen Funktionen wahr, dazu gehörte unter anderem das Beobachten der heimischen und ausländischen Presse, sowie das Erstellen von Presseberichten für den Außenminister, die regelmäßig per Telegramm nach Brest-Litowsk übersendet wurden.

Die Meldungen der heimischen Tagespresse über den Fortgang der Verhandlungen wollte Czernin möglichst flächendeckend regulieren. Zu diesem Zweck sollte eine amtliche Berichterstattung eingerichtet und sämtliche nicht freigegebene Berichte unter strengste Zensur gestellt werden.¹²⁷ Jedoch, wie es sich bereits vor den Friedensverhandlungen gezeigt hatte, waren solche Vorhaben eher illusorisch, da die Nachrichten schlussendlich über die weniger zensurierte deutsche Presse nach Österreich-Ungarn gelangten. Zusätzlich betrieben russische Revolutionäre weitgehende Radiopropaganda an der Front, die nur schwer zu zensieren war. Dies wurde seitens des Außenministeriums nicht auf die leichte Schulter genommen. Am 21. Dezember richtete Czernin an das AOK ergänzende Zensuranweisungen, in denen auch auf die Gefahr der Funkpropaganda hingewiesen wurde. Demnach sei das Hinausgelangen der Radionachrichten über den engen Kreis der aufnehmenden Radiostationen des AOK – wie es bis dahin üblich war – um jeden Preis zu verhindern gewesen. Czernin wies auf die Tatsache hin, dass immer nur jene Radionachrichten einen Weg in die Kreise der Abgeordneten – und somit auch in die heimische Presse – gefunden hatten, die in die Hände des Kriegsministeriums gekommen waren.¹²⁸ Am 26. Dezember hat das AOK eine Verfügung an alle unterstellte Feld- und Kleinradiostationen erlassen, worin das Mitlesen der russischen Funksprüche und

¹²⁷ HHStA PL Karton 323, Privatschreiben Seidler an Czernin vom 2. Dezember 1917.

¹²⁸ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 74 Czernin an Erz vom 21. Dezember 1917.

Radiotelegramme strengstens untersagt wurde. Diese Verfügung war jedoch nur teilweise wirksam, da die deutschen Radiostationen an der Ostfront eine solche Anweisung nicht erhielten und die Funksprüche von den deutschen Armeesendern nahezu ungehindert weiterbefördert wurden.¹²⁹

Noch vor der ersten Plenarsitzung telegraphierte Czernin am 14. Dezember an seinen Delegierten Kajetan v. Mérey die grundlegende Position Österreich-Ungarns bei den kommenden Verhandlungen: „[...] Von kardinaler Wichtigkeit ist es natürlich, daß die maßlosen Begierden der Deutschen Obersten Heeresleitung den Frieden nicht gefährden. [...] Es ist Euer Exzellenz bekannt, daß der Friede mit Rußland unter allen Umständen zustande kommen muß und daß alle Eventualitäten möglich sind nur nicht die des Scheiterns der Verhandlungen durch die Zentralmächte. Selbst ein Separatfriede zwischen uns und Rußland wäre der Eventualität eines Scheiterns durch deutsche Wünsche vorzuziehen.“¹³⁰

Die erste Sitzung fand am 22. Dezember 1917 statt und wurde auf Wunsch der Russen öffentlich gehalten, die Reden wurden mitstenographiert – dennoch waren im weiteren Verlauf Sitzungen, an denen alle Delegationen teilnahmen, eher selten und die wichtigsten Besprechungen fanden vor allem hinter geschlossen Türen oder im Zuge der Kommissionssitzungen.¹³¹

In der ersten Plenarsitzung betonte die russische Delegation erneut ihre Forderung eines Friedens auf Basis „ohne Annexionen und Kontributionen“, am 25. Dezember bekam sie die Antwort der Zentralmächte in Form von Gegenvorschlägen. Demnach waren das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn bereit, auf Kriegsentschädigungen zu verzichten und erklärten sich bereit, jene Völker wiederherzustellen die ihre Selbstständigkeit im Zuge der Kriegshandlungen verloren haben – dabei verzichteten die Delegierten der Zentralmächte auf die Verwendung des Ausdrucks „Annexionen“ und verwendeten statt dessen die Formel „gewaltsame Gebietserwerbungen“, die jedoch nicht näher erläutert wurde.¹³² Gleichzeitig wurde jedoch der Rückzug deutscher Truppen aus dem besetzten Gebiet, so wie es die russischen Unterhändler verlangten, abgewiesen und die Rückgabe der erkämpften Gebiete erst durch die Ergebnisse der Verhandlungen bedingt. Bereits am 26. Dezember erklärte der

¹²⁹ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 95 Wiesner an Czernin vom 26. Dezember 1917.

¹³⁰ HHStA PA Karton rot 1052 Krieg 70, Telegramm Nr. 24 Czernin an Mérey vom 14. Dezember 1917. Zit. nach: Wolfdieter Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 8, Wien, Köln, Graz 1970) 39.

¹³¹ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 41. Insgesamt gab es während der Verhandlungen drei Kommissionen: die politisch-territoriale Kommission, Rechts- und Handelskommission.

¹³² Ebd. 46.

deutsche General Max Hoffmann den russischen Vertretern, dass ein annexionsloser Friede nicht bedeuten würde, dass die Grenzen auf den Stand von 1914 zurückkehren würden.¹³³

Dennoch wollte Czernin das österreichisch-ungarische Verdienst zu Hause und im Ausland ganz klar betonen. Aber insbesondere gegenüber den Bundesgenossen galt es, den Weg, der zu den Verhandlungen führte, nochmals zu durchleuchten. Am 26. Dezember telegraphierte Außenminister Czernin aus Brest-Litowsk an das Literarische Büro folgende Weisung: „Die Deutschen, sowohl militärischen als zivilen Standes, machen alle Anstrengungen, um der Welt glauben zu machen, daß es ausschließlich ihr Verdienst ist, daß wir uns mit Russland auf eine Basis geeinigt haben, welche das Eingehen in Friedensverhandlungen ermöglicht. Demgegenüber soll unsere gesamte Presse nachdrücklichst von uns instruiert und aufmerksam gemacht werden, daß wir es waren, welche vor fast einem Jahre die Formel ‚ohne Annexionen und Kompensationen‘ als erste angenommen haben und diese Formel liegt den Verhandlungen zu Grunde. Ich wünsche, daß die gesamte Presse, ohne damit gegen Deutschland zu polemisieren, daran erinnert, welchen starken Widerstand ich speziell in Deutschland gefunden habe, als ich als Erster diese Formel für uns akzeptiert habe. In dem vorliegenden Falle hat sich Deutschland nach vielen Monaten uns angeschlossen, und nicht umgekehrt und der einschlägige Beschluß des deutschen Reichstages ist die Folge unserer Stellungnahme geworden.“¹³⁴

Die deutsche Akzeptierung der Friedensformel konnte die Verhandlungen zwar als solche ermöglichen, im gleichen Atemzug aber brachten die deutschen Unterhändler klar zum Ausdruck, dass sie nur wenig von ihr hielten. Es überrascht also nicht, dass bereits zu Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk die deutschen und russischen Delegationen in einen ernsten Konflikt gerieten. Bestritten wurde die deutsche Ansicht über die Selbstbestimmung der russischen Randstaaten, die durch das deutsche Heer besetzt waren und in denen die russische Delegation ein Plebiszit verlangte, das jedoch erst nach dem Rückzug der deutschen Truppen stattfinden sollte. Eine solche Ansicht teilte die deutsche Seite keinesfalls und argumentierte damit, dass es nach der militärischen Räumung der Gebiete sehr wahrscheinlich zu gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber der deutschen Bevölkerung kommen könnte.¹³⁵

¹³³ Karl Friedrich Nowak (Hg.), Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, Bd. 2. (Berlin 1929) 200ff. Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 264.

¹³⁴ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 98 Czernin an Wiesner vom 26. Dezember 1917.

¹³⁵ Ottokar Czernin, Im Weltkriege. (Berlin und Wien 1919) 309.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen drohte also, dass diese an der hartnäckigen Haltung der deutschen Unterhändler scheitern würden. Czernin schätzte die Einstellung der deutschen Vertreter als problematisch ein und versuchte, zwischen den zwei Parteien als Mediator zu fungieren, was jedoch keinerlei Erfolg hatte. Als der österreichisch-ungarische Außenminister den Frieden mit Russland gefährdet sah, entschied er sich, auf die deutsche Vertretung in Brest-Litowsk Druck auszuüben. Er hatte bereits am 17. Dezember gegenüber dem deutschen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Richard von Kühlmann, seine Absicht, einen Separatfrieden mit Russland zu schließen, erklärt, sollten die Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland nicht erfolgreich sein. Als Argument brachte er die Anweisung von Kaiser Karl: Die Friedensverhandlungen hätten nicht durch Forderungen vereitelt werden sollen. Es war das erste Mal, dass sich Czernin über die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Russland gegenüber dem Bundespartner aussprach. Wie bereits vor den Friedensverhandlungen durch die Fremdenblatt-Aktion, erhoffte sich Czernin auch diesmal, den deutschen politischen Spitzen in ihrem Machtkampf gegen die Oberste Heeresleitung als Stütze zu dienen. Auch diesmal verkalkulierte sich Czernin, denn über die Möglichkeit eines Separatfriedens zwischen der Donaumonarchie und Russland machten sich die Generäle im Großen Hauptquartier nur wenig Sorgen und beharrten auch weiterhin auf ihren kompromisslosen Forderungen gegenüber Russland. Das einzige Resultat der Drohung Czernins war somit, dass sich umso mehr die Effektivität der österreichisch-ungarischen Außenpolitik auf die deutschen militärischen Entscheidungen zeigte.¹³⁶

Am 27. Dezember unterbrach die russische Delegation die Besprechungen und reiste mit dem Vorwand, neue Instruktionen einholen zu müssen, aus Brest-Litowsk ab. Die bis dahin ausgearbeitete Protokolle konnten als erster gemeinsamer Entwurf eines Friedensvertrages gesehen werden. Mit 16 Artikeln sollte der Entwurf als Basis für die weiteren Verhandlungen dienen.¹³⁷ Unter der Leitung von Leo Trotzki kehrte die russische Delegation am 8. Jänner zurück und versuchte erneut, ihre Position gegenüber den deutschen Forderungen durchzusetzen. Es folgte ein mehrtägiger Meinungsaustausch zwischen dem deutschen Staatssekretär Kühlmann und Trotzki. Den Kern dieser Diskussion bildete noch immer die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Randstaaten. Die Positionen der beiden Seiten waren ganz klar: Deutschland strebte eine Volksbefragung über die Selbstständigkeit

¹³⁶ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 269.

¹³⁷ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 49.

von Kurland und Litauen an. Die russischen Vertreter waren mit einem derartigen Referendum, das noch während der deutschen Okkupation hätte stattfinden sollen, nicht einverstanden und gaben bekannt, dass sie die russischen Randprovinzen nicht abgeben würden. Während der Besprechungen führten beide Unterhändler, Kühlmann und Trotzki, eine Diskussion, die ganz sachlich und nüchtern vonstatten ging. Dabei erhofften sich beide Parteien, die wahren Tendenzen der jeweils anderen Seite in einer akademischen Auseinandersetzung bloßzustellen – die expansionistischen Absichten der Bolschewisten auf der einen Seite sowie das imperialistische Begehren der Zentralmächte auf der anderen.¹³⁸

Als dann die Westmächte bis zum Ablauf der Frist am 4. Jänner auf die Proposition, den Verhandlungen beizutreten, in keiner Weise reagierten, sahen sich die Deutschen in ihren Forderungen gegenüber Russland noch weiter bestärkt. Daraufhin schlugen Kühlmann und Czernin der russischen Seite die Beteiligung der Vertreter der annektierten Gebiete vor, denn das würde die faktische Anerkennung der selbstständigen Organe der russischen Randprovinzen durch die bolschewistische Regierung bedeuten – auf diesen Vorschlag ging Trotzki in keiner Weise ein.¹³⁹

Die Lage in Brest-Litowsk verschärfte sich, als der deutsche General Hoffmann der russischen Delegation ganz klar zu verstehen gab, dass das Deutsche Reich keinesfalls bereit wäre, sich auf irgendwelche Konzessionen einzulassen, nachdem sich die westliche Entente den Verhandlungen nicht angeschlossen hatte. Des Weiteren betonte er die siegreiche Position der Zentralmächte und wies die russischen Delegierten auf die Tatsache hin, dass sie keinesfalls in der Lage wären, Forderungen zu stellen.¹⁴⁰ Diese bekannte Rede des Generalmajors Hoffmanns wurde von Czernin keineswegs positiv aufgenommen – der Außenminister vermutete eine negative Reaktion im Hinterland, die sich gegen die Vertreter in Brest-Litowsk richten würde.¹⁴¹

Diese Überlegung war durchaus begründet: Die immer mehr eskalierende Nationalitätensituation in der Donaumonarchie sowie die stagnierenden Verhandlungen in Brest-Litowsk haben den österreichisch-ungarischen Außenminister unter enormen Druck gesetzt. Práznovsky meldete am 5. Jänner 1918 nach Brest-Litowsk, dass die Schwierigkeiten bei den Friedensverhandlungen trotz der strengen Zensurmaßnahmen sehr wohl von den

¹³⁸ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 270.

¹³⁹ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 56.

¹⁴⁰ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 271.

¹⁴¹ Czernin, Im Weltkriege 322.

heimischen Blättern bemerkt wurden. Es zeigte sich, dass die inländischen Redaktionen über sehr konkrete Informationen über die Vorgänge in Brest-Litowsk verfügten – diese waren viel genauer und detailreicher als jene der offiziellen Kommuniqués des Außenministeriums. Diese Lage beurteilte Práznovsky als nicht mehr haltbar und gab zu, dass das Verheimlichen von Nachrichten, die früher oder später über Deutschland nach Österreich-Ungarn gelangen, keinen guten Eindruck im Inland machen würde. Seine Empfehlung gegenüber dem Presseleiter Wiesner war es, zumindest etwas über die beschwerliche Situation bei den Friedensverhandlungen über die offiziellen Kanäle des Außenministeriums zu veröffentlichen.¹⁴²

Sukzessive drohte die innenpolitische Situation in Österreich-Ungarn durch die erfolglos gebliebenen Unterredungen außer Kontrolle zu geraten: Die ungeklärte Frage der Nationalitäten und deren Selbstbestimmungsrecht innerhalb der Monarchie vermischte sich mit der generellen Unzufriedenheit über den Verlauf der Verhandlungen sowie mit der schlechten Lebensmittelversorgung, aus der eine Hungersnot zu entstehen drohte. Allmählich fing die Protestbewegung in der Donaumonarchie an Stärke zu gewinnen – am 5. Jänner fand in Budapest eine spontane Demonstration statt, welche sich gegen das deutsche Generalkonsulat wendete und während welcher die Fenster der Mission zerbrochen wurden.¹⁴³

Die sogenannte Dreikönigsdeklaration der tschechischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat vom 6. Jänner 1918 war ein weiteres Symptom der schwierigen innenpolitischen Situation. Darin wurde zum ersten Mal die Unverbundenheit der tschechoslowakischen Nation gegenüber der Doppelmonarchie proklamiert und somit effektiv ein unabhängiger tschechoslowakischer Staat gefordert. Es war unter anderem die Konsequenz des Beharrens der österreichisch-ungarischen Regierung, das Selbstbestimmungsrecht nur in Russland, nicht aber auf die eigenen Völker anzuwenden.¹⁴⁴

Die ersten großen offenen Unruhen haben sich Mitte Jänner überraschender Weise nicht in den böhmischen, sondern in den deutschen Kernländern ausgebreitet. Diese wurden durch zwei wichtige Momente ausgelöst: Die Kürzung der Mehlrationen und die hartnäckige Haltung des deutschen Bundespartners in Brest-Litowsk, in der die österreichischen Sozialisten den Grund für den noch andauernden Krieg sahen. In Österreich zählte der Generalstreik am 19. Jänner etwa 600.000 Teilnehmer und nahm schrittweise den Charakter einer Ausschreitung an.¹⁴⁵

¹⁴² HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 21 Práznovsky an Wiesner vom 5. Jänner 1918.

¹⁴³ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 42 Práznovsky an Wiesner vom 7. Jänner 1918.

¹⁴⁴ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 272.

¹⁴⁵ Ebd. 273.

Am 16. Jänner verkündete die streikende Arbeiterklasse durch einen Aufruf in der *Arbeiter-Zeitung* einen klaren Verzicht auf jegliche Annexionen, denn diese seien nicht Grund genug gewesen, die Friedensverhandlungen zu unterbinden und somit die Arbeiter weiterhin kämpfen zu lassen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wurden darin aufgefordert, „für die schleunigste Beendigung des Krieges, für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen, für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ zu kämpfen. Des Weiteren wurden die österreichisch-ungarischen Unterhändler in Brest-Litowsk beschuldigt, die Verhandlungen an einigen Streitfragen lieber scheitern zu lassen als sich mit den überaus entgegenkommenden Russen zu einigen.¹⁴⁶ Einen klaren Verstoß gegen die Zensuranweisungen stellten die in der *Arbeiter-Zeitung* publizierten Berichte über die laufenden Arbeiterausschreitungen dar. Wie Czernin mit Enttäuschung feststellen musste, war das Manifest der *Arbeiter-Zeitung* zwar von der Zensur abgefangen, jedoch schließlich von den höchsten Stellen zur Publikation freigegeben worden. Als nämlich einige sozialistische Abgeordnete herausgefunden hatten, dass der Aufruf von der Zensur zurückgewiesen worden war, übten sie auf den Ministerpräsidenten Seidler großen Druck aus, worauf dieser schlussendlich die Freigabe des Aufrufes anordnete.¹⁴⁷ Czernin nahm diesen Vorfall keinesfalls auf die leichte Schulter. In einem Statusbericht an Kaiser Karl und die beiden Ministerpräsidenten meldete Czernin am nächsten Tag Erfolge aus Brest-Litowsk bei den Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation und stellte baldige Getreidelieferungen aus der Ukraine in Aussicht. Gleichzeitig betonte er aber: „wenn man mir in den Rücken fällt, wie die österreichischen Organe dies tun, indem sie revolutionäre Aufrufe der Arbeiterzeitung nicht unterdrücken, dann natürlich ist alles umsonst. Ich finde keine Worte, um dieses Vorgehen der österreichischen Behörden zu charakterisieren. Wenn der Aufruf in Rußland und hier bekannt wird, so ist keine Aussicht mehr auf eine Einigung mit Petersburg und wahrscheinlich auch nicht mehr mit Kiew.“¹⁴⁸

Aus den einzelnen Berichten der Mitarbeiter des Literarischen Büros an Außenminister Czernin war eine Art Aversion gegenüber dem Ministerpräsidenten Seidler und dem Rest der Regierung zu spüren – diese zeigte sich umso mehr im Zuge der Behandlung des Aufrufes der *Arbeiter-Zeitung*. Dennoch wollte man die Öffentlichkeit über diese interministeriellen Differenzen nichts wissen lassen und als am 17. Jänner ein Artikel des *Fremdenblattes*, worin

¹⁴⁶ Arbeiter-Zeitung, Ausgabe vom 16. Jänner 1918.

¹⁴⁷ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 118 Práznovsky an Wiesner vom 16. Jänner 1918.

¹⁴⁸ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 131 Czernin an Kaiser Karl sowie an beide Ministerpräsidenten und an Toggenburg vom 17. Jänner 1918.

die Vorgehensweise Seidlers und der k. u. k. Regierung kritisiert wurde, erschien, befürchtete man wegen der Nähe der Zeitung zum Außenministerium, es könnte der Eindruck entstehen, dass sich der Außenminister in die innenpolitischen Fragen einmischen wollte. Das Literarische Büro betrachtete es deshalb als notwendig, der Öffentlichkeit das Verhältnis des Außenministeriums zum *Fremdenblatt* zu erklären und auf die Tatsache hinzuweisen, das Blatt habe nur in außenpolitischen Agenden als Sprachrohr des Außenministeriums¹⁴⁹ fungiert und sei in allen anderen Themen ein vollkommen unabhängiges Organ.¹⁵⁰ Das Literarische Büro konnte schließlich einige Tage später die Leitung des *Fremdenblattes* dazu veranlassen, sich bei innenpolitischen Themen zu mäßigen und nur bei besonderen innenpolitischen Begebenheiten eine milde Opposition zu betreiben.¹⁵¹

Der Aufruf der *Arbeiter-Zeitung* wurde in sämtlichen Zeitungen abgedruckt und verursachte bereits am Tag der Veröffentlichung die Niederlegung der Arbeit in den Fabriken in Floridsdorf, in Wimpassing im Schwarzachthal sowie in der Südbahngesellschaft. Wie der Sektionschef Ludwig von Flotow aus Wien meldete, wurden seitens des Literarischen Büros alle Zeitungen unterbunden, die an der weiteren Verbreitung des Manifests beteiligt waren. Gleichzeitig wurde an die Zensurstellen eine weitere Anordnung erteilt: „Ueber neuere Ausstände und Demonstrationen dürfen keine Mitteilungen gebracht werden, Mitteilungen über bisher gemeldete Ausstände nur dann, wenn sie beruhigend wirken.“¹⁵²

Eine weitere Maßnahme des Literarischen Büros zur Bekämpfung der sich ausweitenden Ausschreitungen stellte die detailreiche Berichterstattung über die elenden Zustände im revolutionären Russland dar. Dementsprechend wurde die amtliche Presse angewiesen, die bis dahin erfolglosen Verhandlungen in Brest-Litowsk hauptsächlich auf die chaotischen Verhältnisse im revolutionären Russland sowie auf die Machtgier der russischen Delegierten zurückzuführen.¹⁵³ Auf Anweisung Czernins wurden der inländischen Presse einige Berichte über die Versorgungsnotlage in weiten Teilen Russlands, sowie über die Desorganisation des Verkehrswesens zur Verwertung zugespielt.¹⁵⁴ Einen kleinen Erfolg erreichte diese gezielte Informationskampagne des Literarischen Büros am 21. Jänner, als in Kooperation mit dem Korrespondenzbüro in Stockholm eine umfassende Meldung über die Missstände im

¹⁴⁹ Das *Fremdenblatt* hatte mit dem 1. Jänner 1918 sein Verhältnis zum Außenministerium vollständig gelöst – das Literarische Büro hatte somit keinerlei direkten Einfluss auf die Redaktion desselben.

¹⁵⁰ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 127 Práznovsky an Czernin vom 17. Jänner 1918.

¹⁵¹ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 202 Práznovsky an Czernin vom 29. Jänner 1918.

¹⁵² HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 119 Flotow an Czernin vom 16. Jänner 1918.

¹⁵³ HHStA PA Karton rot 1078, Telegramm Nr. 208 Czernin an k. u. k. Ministerium des Äußern vom 29. Jänner 1918. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 276.

¹⁵⁴ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 137 Czernin an Práznovsky vom 17. Jänner 1918.

bolschewistischen Russland publiziert wurde. Jener Bericht hatte die Form einer Augenzeugenaussage und befasste sich hauptsächlich mit der Lage in den am meisten von der Lebensmittelnot betroffenen Regionen Russlands.¹⁵⁵ Ähnliche Berichte deutscher und österreichisch-ungarischer Zeitungen nahm Trotzki nicht auf die leichte Schulter. Ihm war sehr wohl bewusst, dass die Pressestellen der Zentralmächte die unruhigen Zustände in St. Petersburg und in Moskau für ihre Zwecke aufs vollste auszunutzen vermochten und verlangte daher von Lenin die Festlegung eines Pressesprechers, dessen Aufgabe es wäre, die ausländischen Zeitungen tagtäglich mit günstigen Berichten aus Russland zu versorgen.¹⁵⁶

Die Aufrufe der sozialdemokratischen Partei in Österreich bekamen langsam, aber sicher den Anschein einer beginnenden sozialistischen Revolution. Zusätzlich meldeten die militärischen Zentralstellen, dass zahlreiche russische Kriegsgefangene sich an den Unruhen beteiligt und als organisierte Gruppen die sozialistischen Arbeiter bei den Streiks unterstützt hatten. In den k.k. und k.u. Innenministerien wurde die Rolle der russischen Kriegsgefangenen bei der Verbreitung des sozialistischen Gedankengutes unter der heimischen Bevölkerung ernst besprochen.¹⁵⁷ Durch die steigenden Unruhen in der Heimat gestaltete sich die Position von Czernin in Brest-Litowsk noch schwieriger. Als unmittelbare Lösung sah er nur das Führen von Gesprächen mit den Sozialdemokraten. Durch telegrafische Anweisungen an seinen Sektionschef Flotow in Wien versuchte Czernin, die sozialdemokratischen Abgeordneten durch eine Versicherung, dass Österreich-Ungarn keinesfalls annexionistische Ziele verfolge, dazu zu veranlassen, die Arbeiter von den Straßen zu bringen.¹⁵⁸

Die Arbeiterbewegung war bereit, den Generalstreik unter einigen Bedingungen zu beenden. Unter anderem verlangte die Arbeiterschaft, dass die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht aufgrund territorialer Forderungen scheitern sollten und dass ihnen künftig ein Einfluss auf die Gespräche eingeräumt werde. Weitere Forderungen der Streikenden betrafen die Reorganisation des Verpflegungsdienstes sowie die Demokratisierung der

¹⁵⁵ Communiqué des k. u. k. Telegraphen-Korrespondenzbüro vom 21. Jänner 1918.

¹⁵⁶ Mark von Hagen, *The Entangled Eastern Front and the Making of the Ukrainian State: A Forgotten Peace – A Forgotten War and Nation-Building*. In: *Bewältigte Vergangenheit? Die nationale und internationale Historiographie zum Untergang der Habsburgermonarchie als ideelle Grundlage für die Neuordnung Europas*, hg. von Helmut Rumpler und Ulrike Harnat (*Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. XII, Wien 2018) 302.

¹⁵⁷ Verena Moritz, *Zwischen allen Fronten. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich im Spannungsfeld von Nutzen und Bedrohung (1914-1921)* (Dissertation, Uni Wien 2001) 229.

¹⁵⁸ HHStA PA Karton rot 818, Telegramm Nr. 129 Czernin an k. u. k. Ministerium des Äußern vom 17. Jänner 1918. Zit. nach: Meckling, *Die Außenpolitik des Grafen Czernin* 275.

Gemeindevertretungen. Die Regierung zeigte sich diesen Forderungen gegenüber entgegenkommend und der Streik wurde am 20. Jänner beendet.¹⁵⁹

Czernin sah in den Unruhen in den deutschsprachigen Gebieten ein mögliches Szenario, wie sich die Revolten in den böhmischen und mährischen Kronländern in naher Zukunft gestalten könnten. Auch aus diesem Grund wurden weitreichende Maßnahmen unternommen, um die Verbreitung einer weiteren tschechisch-nationalistischen Resolution des sozialistischen Abgeordneten František Staněk zu unterdrücken. Am 29. Jänner meldete Práznovsky, dass die Wiener Blätter nach vorheriger Absprache die Resolution nicht abdrucken würden und man somit in der Lage gewesen wäre, die Verbreitung der Resolution ins Ausland zu unterbinden.¹⁶⁰ Auch diesmal gelang dem Literarischen Büro die völlige Unterdrückung nicht und bereits am nächsten Tag wurde die Besprechung der Resolution im Abgeordnetenhaus das Hauptthema aller größeren inländischen Tageszeitungen. Eine große Unterstützung haben die tschechischen Abgeordneten durch die *Arbeiter-Zeitung* erhalten, die die Gelegenheit zu einem „Seitenhiebe gegen die Zensur benützte“, wie Práznovsky an Czernin meldete.¹⁶¹

Die Nichteinhaltung der Zensurmaßnahmen durch die heimische Presse potenzierte sich tagtäglich und die Zensurstellen mussten feststellen, dass sie in Bezug auf die heimischen Redaktionen über nahezu keine Durchsetzungsmöglichkeiten verfügten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Meldungen über die Unruhen in der Donaumonarchie auch ins Ausland durchsickerten. Am 22. Jänner meldete der Leiter der Kommission zur Regelung der Kriegsgefangenenfrage in St. Petersburg, Josef von Hempel, an den Außenminister, dass die russische Tagespresse eine sehr detailreiche Berichterstattung über die Vorkommnisse in Österreich-Ungarn veröffentlichte. Hempel wurde auch von Trotzki auf die Lage in der Donaumonarchie mehrmals angesprochen: „Hiesige Machthaber rechnen damit, daß bei uns Umsturz nach dem hiesigen Muster im kommenden Frühjahr eintritt.“¹⁶² Diese ernste Lage erkannte Czernin und umso mehr verstand er die Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses mit Russland.

Nichtsdestotrotz wurden von der Regierung weitere Zensurlockerungen beschlossen: So wurde etwa ab Ende März 1918 die Einfuhr von periodischen Druckschriften mit wissenschaftlichem oder sachlichem Inhalt aus dem feindlichen Ausland wieder gelockert. Dagegen verschärften sich die Zensurmaßnahmen gegen die sozialistische Propaganda sowie gegen nationalistische

¹⁵⁹ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 131 Práznovsky an Czernin vom 17. Jänner 1918.

¹⁶⁰ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 199 Práznovsky an Czernin vom 29. Jänner 1918.

¹⁶¹ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 207 Práznovsky an Czernin vom 30. Jänner 1918.

¹⁶² HHStA PL Karton 163, Telegramm Nr. 31 Hempel an Czernin vom 22. Jänner 1918.

Blätter, wie etwa das populäre tschechische *Národní listy*, das im Mai 1918 völlig eingestellt wurde.¹⁶³

Aber auch das Verhältnis zwischen dem österreichisch-ungarischen Außenminister und Kaiser Karl war von Differenzen geprägt. Sah etwa Czernin den Grund für die Unruhen vom Jänner 1918 vor allem in der unzureichenden Lebensmittelversorgung und der damit drohenden Hungersnot, so war es für den jungen Monarchen gerade der langsame Verlauf der Friedensverhandlungen, der für die Krise im Hinterland sorgte. Als direkt verantwortlich für den schleppenden Gang in Brest-Litowsk sah Karl den Außenminister. Diese Uneinigkeit sollte sich in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter vertiefen.¹⁶⁴

In dieser Position sah Czernin keine andere Möglichkeit, als in Brest-Litowsk mit der ukrainischen Delegation in Verhandlungen zu treten, um zumindest einen Teilerfolg in seiner Friedenspolitik verzeichnen zu können. Die ukrainische Delegation war bereits seit Mitte Dezember 1917 in Brest-Litowsk anwesend – die möglichen Verhandlungen mit derselben wurden hauptsächlich von den deutschen Unterhändlern in Erwägung gezogen. Dabei versprach man sich von der Beiziehung der Ukrainer zu den Besprechungen ein zusätzliches Druckmittel gegen die russische Delegation. Noch Mitte Dezember war Czernin von einer Zulassung der ukrainischen Delegation nicht überzeugt gewesen. In der allgemeinen Besprechung einer ukrainischen Selbstständigkeit hatte er einen gefährlichen Präzedenzfall für die Völker in Österreich-Ungarn gesehen und gleichzeitig hatte der Außenminister eine Verschärfung der polnischen Grenzfrage vermieden wollen.¹⁶⁵ Dennoch war für Czernin die Tatsache entscheidend, dass in der Ukraine große Getreidevorräte lagerten, die bei einer raschen Lieferung die drohende Lebensmittelkatastrophe in Österreich-Ungarn hinauszögern könnten. Die Besprechungen mit den Ukrainern fanden somit ab 4. Jänner statt.

Die angesprochenen Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation nutzte das Literarische Büro auch für eigene Propagandazwecke und zur Beruhigung der öffentlichen Lage. Auf Anweisung Czernins sollten die Nachrichten über den günstigen Verlauf der Besprechungen mit der Ukraine den ungünstigen Meldungen über die Verhandlungen mit der russischen Seite gegenübergestellt werden. Als Grund für die positiven Fortschritte mit der ukrainischen

¹⁶³ Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts 518f. Zu einer endgültigen Lockerung der Zensur auf den Stand vor dem Kriegsbeginn kam es jedoch bis zur Auflösung der Monarchie nicht mehr, die Presseverordnung vom 25. Juli 1914, mit der die Pressefreiheit aufgelöst wurde, blieb bis November 1918 bestehen.

¹⁶⁴ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 280.

¹⁶⁵ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 77.

Delegation sollte in der heimischen Presse angeführt werden, dass die Besprechungen vertraulich geführt wurden und sie somit, anders als die Besprechungen mit den Bolschewisten, nicht öffentlich aus doktrinären Gründen ausgebeutet werden konnten.¹⁶⁶

Am 9. Februar 1918 wurde in Brest-Litowsk der Friede mit der Ukraine unter großen Konzessionen seitens der Donaumonarchie unterschrieben. Für Ostgalizien bedeutete dies eine Zweiteilung zwischen Österreich und der Ukraine, was wiederum mit energischen Protesten der austro-polnischen Abgeordneten verbunden war. Dafür aber wurden ukrainische Getreidelieferungen in die Doppelmonarchie ausgehandelt, von welchen sich Czernin wiederum ein Hinauszögern weiterer Unruhen versprach.¹⁶⁷

Der deutsch-russische Konflikt in Brest-Litowsk vertiefte sich wegen der Separatverhandlungen der Zentralmächte mit der ukrainischen Delegation noch weiter. Dem österreichisch-ungarischen Außenminister wurde in seiner nahezu ausweglosen Lage immer bewusster, dass für Österreich-Ungarn ein Separatfrieden mit Russland unausweichlich sei. Diese Ansicht teilte Czernin während der Berliner Konferenz am 5. Februar auch den deutschen Vertretern mit. Dabei verteidigte er einen solchen Sonderfrieden mit dem Argument der äußerst kritischen Bedingungen in der Donaumonarchie, was jedoch bei der Obersten Heeresleitung kein Verständnis fand. Die Bereitschaft der deutschen Seite, die Situation der habsburgischen Monarchie zu verstehen und als Konsequenz die eigenen Kriegsziele gegenüber Russland zu lockern, verringerte sich tagtäglich. Gleichzeitig wurden die bündnisfeindlichen Äußerungen im Parlament sowie in der österreichisch-ungarischen Presse immer lauter; diese richteten sich vor allem gegen die Eroberungslust Deutschlands und die Verschleppungspolitik der russischen Seite.¹⁶⁸

Vor dem Hintergrund dieses wachsenden Konflikts kamen auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht voran. Sie konnten den toten Punkt in der Frage der Abstimmung in den besetzten Regionen nicht überwinden. Trotzki weigerte sich die bestehenden politischen Vertretungskörper, die noch während der deutschen Besetzung zu Selbstverwaltungsorganen umgestaltet wären, anzuerkennen und setzte auch weiterhin auf die Verschleppungstaktik.¹⁶⁹ Die Möglichkeit eines Abbruchs der Verhandlungen schien auf einmal sehr real. Schon seit geraumer Zeit verfolgte das Literarische Büro gegenüber den heimischen Zeitungen eine

¹⁶⁶ HHStA PL Karton 323, Telegramm Nr. 125 Czernin an Práznovsky vom 16. Jänner 1918.

¹⁶⁷ HHStA PA Karton rot 1077, Telegramm Nr. 286 Czernin an k. u. k. Ministerium des Äußern vom 9. Februar 1918. Zit. nach: Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 283.

¹⁶⁸ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 287-289.

¹⁶⁹ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 101.

pessimistische Note bei der Beurteilung der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Man rechnete natürlich schon von Anfang an mit der Eventualität, die Besprechungen würden scheitern, und dementsprechend entschied man sich, auch den heimischen Leser auf diese Alternative vorzubereiten. Eine Strategie des Literarischen Büros bildete etwa der Versuch, die Schuld für den möglichen Abbruch dem Vorgehen Trotzki zuzuschreiben. Am 5. Februar meldete Práznovsky nach einer entsprechenden Pressekampagne in der inländischen Presse seinem Vorgesetzten Wiesner: „Ich glaube, es ist auch gelungen Presse und hiemit auch grosse Masse der Leser dazu zu bringen, dass ein eventueller Abbruch mit Trotzki sogar begrüsst werden würde und man sozusagen wie von Alpdruck befreit aufatmen würde. Damit will ich aber nicht sagen, dass Enttäuschung über das Misslingen der Friedensverhandlungen nicht gross werden wird, nur ist es gelungen, dass die Schuldfrage nicht mehr uns, sondern Trotzki in die Schuhe geschoben wird.“¹⁷⁰ Dass diese Kampagne tatsächlich Erfolg hatte, zeigte sich vor allem in den Meldungen sowohl der konservativen als auch der liberalen Wiener Presse. Man begann, den Sinn der Verhandlungen zu hinterfragen. Gerade die liberale Presse vollzog in dieser Zeit eine markante Schwenkung. Die bis dahin zuversichtlichen Meldungen über die Friedensabsichten der russischen Delegation nahmen nun den Charakter einer tiefgreifenden Enttäuschung an. Trotzki's Vorgehen in Brest-Litowsk wurde als ein Schritt zum Frieden und zwei Schritte rückwärts beschrieben. Nur die *Arbeiter-Zeitung* blieb ihrem revolutionären Narrativ getreu.¹⁷¹

Einen letzten Versuch, mit den bolschewistischen Delegierten doch noch zu einem Abkommen zu gelangen, unternahm Czernin am 7. Februar. Während eines vertraulichen Gespräches in Trotzki's Wohnung wurde zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Delegation unter anderem ausgehandelt, dass die Angliederung der russischen Gebiete in Kurland und Litauen an das Deutsche Kaiserreich nicht unter dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechtes geschehen sollte, sondern als aggressive Annexion seitens Deutschlands zu bezeichnen wäre. Gleichzeitig wurden einige deutsche Gebietsforderungen beidseitig strikt abgewiesen. Trotzki verlangte von Österreich-Ungarn auch die Annullierung des Separatfriedens mit der Ukraine, da dadurch die russische Souveränität gefährdet wäre; dieser Punkt blieb jedoch offen. Jedenfalls bildete diese Besprechung eine grundlegende Basis, auf der weitere Verhandlungen über einen Separatfrieden hätten stattfinden können. Dies

¹⁷⁰ HHStA PL Karton 323, Telegram Práznovsky an Wiesner vom 5. Februar 1918.

¹⁷¹ Heinrich Kock, Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Spiegel der Wiener Presse (Bergedorf 1937) 113.

anerkannte sogar der deutsche Staatssekretär Kühlmann und zeigte sich diesen Verhandlungspunkten grundsätzlich nicht abgeneigt.¹⁷²

Als Stein des Anstoßes zeigte sich wiederum die deutsche Oberste Heeresleitung, die in der Frage der eroberten Gebiete auf gar keinen Fall Konzessionen machen wollte, sondern im Gegenzug sogar von Kühlmann einen schleunigst raschen Abschluss der Verhandlungen mit der russischen Delegation verlangte. Im Hintergrund bereitete sich das deutsche Militär auf das Wiederaufleben der Offensive im Osten vor. Das Ziel der militärischen Aktion sollte die Eroberung jener Teile Livlands und Estlands sein, die noch unter russischer Verwaltung standen. Die russische Delegation erklärte in der letzten Sitzung der politischen Kommission am 10. Februar den Kriegszustand als beendet und gab das Vorhaben bekannt, das russische Heer demobilisieren zu wollen – Russland ging aus dem Krieg heraus, ohne einen Friedensvertrag unterzeichnen zu wollen.¹⁷³

Die diplomatischen Verhandlungen scheiterten also und General Ludendorffs Plan zur Wiederaufnahme der militärischen Aktionen wurde vom Kaiser Wilhelm bewilligt.¹⁷⁴ Der Vorstoß, der trotz Protesten von Kaiser Karl und Außenminister Czernin am 18. Februar 1918 unternommen wurde, erfuhr nahezu keinen russischen Widerstand. Durch die Anweisung Kaiser Karls wurde an die Petersburger Regierung eine Erklärung im Abgeordnetenhaus abgegeben, die k. u. k. Truppen würden an dem erneuten Vormarsch nicht teilnehmen, da der Kriegszustand zwischen Österreich-Ungarn und Russland als de facto beendet anzusehen wäre. Diese Rede Seidlers, die von Czernin auf Wunsch Kaiser Karls verfasst wurde, hatte einen entschiedenen Protest des AOK hervorgerufen.¹⁷⁵ Die Folge war eine weitere Vertiefung der bereits vorhandenen Antipathien zwischen Wien und Berlin. Als dann die wirtschaftlich wichtigen ukrainischen Gebiete durch das deutsche Heer besetzt wurden und der ausgehandelte Frieden mit der Ukraine sowie die Lebensmittellieferungen bedroht waren, hat sich das österreichisch-ungarische Heer doch noch dem deutschen Angriff angeschlossen, um zumindest einige Gebietseroberungen zu verzeichnen.¹⁷⁶

Die Lage wurde in Russland als desperat empfunden und am 18. Februar entschied man sich im Zentralkomitee doch noch für die Friedensbereitschaft unter den Bedingungen der Zentralmächte.¹⁷⁷ Am 3. März 1918 wurde der Friedensvertrag von Brest-Litowsk schließlich

¹⁷² Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 291.

¹⁷³ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 105.

¹⁷⁴ Ebd. 106.

¹⁷⁵ Ebd. 107.

¹⁷⁶ Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin 298.

¹⁷⁷ Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse 112.

widerstandlos durch die russische Delegation unterzeichnet. Alle Verhandlungspunkte, auf denen die deutsche Oberste Heeresleitung so vehement beharrt hatte, wurden angenommen und weitere hinzugefügt: Demnach musste sich die russische Armee nicht nur, wie bis dahin verlangt, aus Livland und Estland, sondern auch aus Finnland und der Ukraine vollständig zurückziehen. Schließlich wurde der Friedensvertrag am 29. März 1918 durch den allrussischen Kongress der Deputierten in Moskau ratifiziert.¹⁷⁸

In der nun besetzten Ukraine kamen die Gouvernements Podolien, Cherson und Jekaterinoslaw unter die militärische Verwaltung Österreich-Ungarns. Anfangs war man beim AOK der Meinung, die chaotischen Zustände in der Ukraine würden sich nach dem Einmarsch und der Okkupation relativ schnell wieder normalisieren, dies zeigte sich jedoch sehr schnell als Illusion und die gesamte ukrainische Verwaltung brach sukzessive zusammen.¹⁷⁹

5. Wiederaufnahme der pressepolitischen Tätigkeit in Russland und der Ukraine

5.a. Russland

Der Vertrag von Brest-Litowsk wurde zwar von Deutschland und Russland nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung ratifiziert, nicht aber von Österreich-Ungarn. Außenminister Czernin setzte für die Ratifizierung durch die Donaumonarchie jenen Umstand als Voraussetzung, dass beide Friedensverträge, sowohl mit Russland *als auch* mit der Ukraine, gleichzeitig dem Parlament in Wien zur Ratifizierung vorgelegt werden. Als problematisch erwies sich jedoch die Einhaltung der ausverhandelten Punkte durch die Ukraine. Es zeigte sich nämlich, dass die ukrainischen Getreidelieferungen keinesfalls so zeitnah stattfinden konnten, wie vertraglich ausgemacht. Es handelte sich jedoch hierbei um eine wesentliche Voraussetzung für den Friedensschluss mit der Ukraine. Im Außenministerium wartete man somit, bis die Ukrainer in der Lage waren, ihren Part des Vertrages einzuhalten. Die Weigerung der österreichisch-ungarischen Seite, den Vertrag von Brest-Litowsk zu ratifizieren, machte auch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Russland unmöglich. Die durch den Ausbruch des Krieges verlassene k. u. k. Gesandtschaft in St. Petersburg war zudem noch

¹⁷⁸ Ebd. 117.

¹⁷⁹ Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg 915.

immer unbesetzt und bis seitens der Donaumonarchie die Schritte zur Umsetzung des Vertrages nicht unternommen würden, war sie auch nicht zu besetzen.

Dieser Umstand sowie die schwer überschaubare Situation im revolutionären Russland übertrugen sich naturgemäß auch auf die Arbeit der Literarischen Büros. In dieser Periode musste sich das Außenministerium auf die Tätigkeit der Pressestellen in Stockholm und Kopenhagen verlassen, denn sie lieferten auch weiterhin laufend Presseberichte aus Russland, bis sich eine neue Gesandtschaft in der neuen Hauptstadt Moskau etablieren konnte. Bis dahin kam auch die Pressebeeinflussung in Russland aus logistischen Gründen nur schwer in Fahrt – es war in Russland niemand vorhanden, der diese nur ansatzweise durchführen konnte.

Am 14. April 1918 trat Ottokar Czernin infolge der Sixtus-Affäre von seinem Amt als Außenminister zurück. Sein Nachfolger, der altneue Außenminister Stephan Burián, legte dem Kaiser die Ratifizierung des Vertrages nahe und betonte, dass Österreich-Ungarn nur auf diese Weise zu normalen Beziehungen mit Russland gelangen könnte.¹⁸⁰ Der Vertrag von Brest-Litowsk wurde schlussendlich am 15. Mai 1918 von Kaiser Karl ratifiziert; zu einem Austausch der Ratifikationsurkunden kam es erst am 4. Juli in Berlin.¹⁸¹ Auch die provisorische Vertretung wurde durch das k. u. k. Außenministerium erst Anfang Juli 1918 nach Moskau entsandt. Der Leiter dieser ersten vorläufigen Mission in Russland, der Mitarbeiter des Außenministeriums, Generalkonsul Georg de Pottère, wurde damit beauftragt, mit seinen Mitarbeitern nach Moskau zu reisen und dort die ersten Schritte zur Einrichtung einer Mission vorzubereiten. Sein Auftrag lautete unter anderem, die „zur Regelung der im Friedensvertrag von Brest-Litowsk offen gelassenen Fragen der Wiederaufnahme des russischen Staatsschuldendienstes“ zu lösen.¹⁸² Es handelte sich hierbei um eine Übergangslösung, zumindest bis eine regelrechte diplomatische Vertretung in Russland auf die Beine gestellt werden und der k. u. k. Gesandte Otto Freiherr von Franz sein Amt in Moskau antreten konnte. Das Attentat auf den deutschen Botschafter Wilhelm von Mirbach-Harff Anfang Juli in Moskau wurde auch im Außenministerium als ein Zeichen wahrgenommen, die gefährliche Lage in Russland auch weiterhin zu beobachten und die Entsendung einer regelrechten k. u. k. Mission abzuwarten.¹⁸³ Franz sollte den Posten in Moskau schlussendlich nie antreten und die k. u. k. Mission in Russland lief somit unter Potteres Leitung im provisorischen Modus und

¹⁸⁰ Verena Moritz, Hannes Leidinger, Zwischen Nutzen und Bedrohung. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich 1914 – 1921 (Bonn 2005) 244.

¹⁸¹ Moritz, Zwischen allen Fronten 249.

¹⁸² Rudolf Agstner, Handbuch des Österreichischen Auswärtigen Dienstes, Band 1. 1918 - 1938: Zentrale, Gesandtschaften und Konsulate (Wien 2015) 102.

¹⁸³ Moritz, Zwischen Nutzen und Bedrohung 245.

undefiniert bis 7. November, als sie schlussendlich nach Österreich-Ungarn zurückgerufen wurde.¹⁸⁴

Pottère lieferte regelmäßige Berichte über die russische Presse an das Literarische Büro. Sein Amt übernahm nur teilweise die Aufgaben einer ausländischen Pressestelle: Die Pressebeeinflussung vor Ort wurde nur noch sporadisch, jedoch nie zur Gänze vollzogen. Mit einem nicht vorhandenen Budget für Presse Zwecke musste sich die gesamte pressepolitische Arbeit der provisorischen k. u. k. Mission in Moskau nur noch auf die Berichterstattung über die russische Presse und auf die Vorbereitung der offiziellen Dementis der Meldungen in russischen Zeitungen beschränken – also jene Aufgaben, die bis dahin durch die Gesandtschaften in den neutralen Ländern wahrgenommen wurden.

Ende Juli, einige Tage nach seiner Ankunft in Moskau, erstattet Pottère einen ersten Pressebericht mit dem Titel „Terror in der russischen Presse“. Darin präsentierte er Außenminister Burián die Grundthemen der revolutionären Presse, um „den Ton aufzuzeigen, zu dem die Bolschewiken greifen um ihre wankende Herrschaft mit allen Mitteln der Einschüchterung aufrecht zu erhalten.“¹⁸⁵ Unter anderem konzentrierte sich sein Bericht auf einen Artikel in der Zeitung *Prawda*, einem Organ der bolschewistischen Regierung, der von dem Magyaren Béla Kún verfasst wurde und als Ziel hatte, die vielen österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Russland von der Reise zurück in die Donaumonarchie abzuhalten. Denn „tatsächlich sollen – während sich viele unserer Slawen in der ‚Czecho-slowakischen Armee‘ etabliert haben – in der gut bezahlten Armee der Kommunisten auffallend viele Magyaren und deutsche aus der Monarchie Unterschlupf gefunden haben“ – wie Pottère den Außenminister informierte. Als Reaktion auf diesen Artikel wurde auf Anweisung Buriáns eine Protestnote an die russische Regierung verfasst.¹⁸⁶

Das Vorgehen der russischen Zeitung *Prawda* sollte noch ein weiteres Mal das Eingreifen von Konsul Pottère erfordern. In einem Artikel zeigte die Zeitung die Fotografie eines nach einer angeblichen Meuterei hingerichteten österreichisch-ungarischen Ersatzbataillons. Bemerkte wurde die Meldung in der russischen Zeitung von dem AOK und am 10. August richtete dasselbe eine Bitte an das Literarische Büro, bei der Redaktion der genannten Zeitung zu protestieren. Dabei sollte gerade auf die Bestimmungen des Friedens von Brest-Litowsk hingewiesen werden, denen der Artikel widersprach. Pottère wurde vom Literarischen Büro

¹⁸⁴ Agstner, Handbuch des Österreichischen Auswärtigen Dienstes 102.

¹⁸⁵ HHStA PL Karton 162, 2257/5 ex 1918 Pottère an Burián vom 23. Juli 1918.

¹⁸⁶ Ebd.

damit beauftragt, die Kompetenten in Moskau auf diese Umstände zu „lenken“. Ob und wie diese Aktion erfolgreich war, ist aus den Akten nicht mehr ersichtlich.¹⁸⁷

Die steigende Zahl der feindlichen Meldungen in der russischen Tagespresse veranlasste das Literarische Büro, wirksamere Gegenmaßnahmen vorzubereiten. War es dem Außenministerium bis Juli 1918 nicht möglich, auf „Falschmeldungen“ seitens der russischen Presse direkt zu reagieren, sondern nur über die Pressestellen im neutralen Ausland solche zu dementieren, so bot sich nun die Möglichkeit, die offiziellen Richtigstellungen direkt vor Ort in die Presse zu bringen oder es zumindest zu versuchen. Neben Konsul Pottère leitete das Literarische Büro eine engere Zusammenarbeit auch mit der neu eingerichteten Außenstelle des Korrespondenzbüros in Moskau in die Wege. Der Leiter des österreichisch-ungarischen Telegraphendienstes in Moskau, der bereits bekannte Vertrauensmann des Außenministeriums Ungern-Sternberg, besaß enge Kontakte zum Pressedepartement im Kommissariat des Äußeren und machte sich bereit, die Meldungen aus der Produktion des Literarischen Büros dortselbst zu lancieren. Dafür ersuchte er das Außenministerium um stete telegrafische Weisungen und Auskünfte zu bestimmten politischen Themen, die jedoch „um wirklich Eindruck zu machen, auch solche Dinge nicht verschweigen, die in Oesterreich unter Zensur stehen. Denn die Wahrheit wird immer hundert Mal besser als die Moskauer Uebertreibung sein.“ Vom Literarischen Büro bekam Ungern-Sternberg die Anweisung, übertriebene oder ungünstig erscheinende Nachrichten über die Monarchie, die in der russischen Presse publiziert wurden, zu melden und die Dementis des Außenministeriums abzuwarten, um sie in weiterer Folge in der Lokalpresse publizieren zu lassen.¹⁸⁸

Eine aktivere Pressebeeinflussung, wie sie das Literarische Büro vor dem Krieg betrieben hatte, konnte in Russland nicht mehr eingerichtet werden. Im Außenministerium unterstützte man stattdessen die Arbeit des Kriegspressequartiers, dessen Propagandaarbeit sich auf die zehntausenden russischen Kriegsgefangenen in den Lagern auf dem Gebiet der Doppelmonarchie konzentrierte. Bereits seit Juli 1916 – seit März 1917 auch in beschränkter Kooperation mit dem Literarischen Büro – publizierte das KPQ die Kriegsgefangenenzeitschrift *Nedelja*, ein Blatt, das am Anfang einmal wöchentlich und gegen Ende des Krieges dreimal in der Woche publiziert wurde und im Dezember 1917 nahezu 24.000 Abonnenten (Kriegsgefangene) zählte. Der Herausgeber und Redakteur der *Nedelja*,

¹⁸⁷ HHStA PL Karton 162, 2257/5 ex 1918 Wiesner an Pottère vom 23. Juli 1918.

¹⁸⁸ HHStA PL Karton 163, Privatbrief Ungern-Sternberg an Pottère vom 30. August 1918 und HHStA PL Karton 163, Privatbrief Wiesner an Ungern-Sternberg vom 10. September 1918.

Hauptmann Hugo Nagele, wandte sich Ende Dezember 1917 an das Literarische Büro mit dem Angebot einer intensiveren Zusammenarbeit. Angeregt durch das Vorhaben des Kriegsministeriums, die Ausgabe der Zeitschrift nach dem Krieg und nach der Repatriierung der russischen Kriegsgefangenen einzustellen, stellte Nagele ein Subventionierungsgesuch an das Literarische Büro. Die Idee war, eine in Wien in russischer Sprache erscheinende Zeitschrift herauszugeben und dieselbe in Russland durch das Außenministerium abzusetzen. Die Hauptthemen der neuen Zeitschrift sollten politischer und wirtschaftlicher Natur sein; außerdem sollte auch der österreichische Fremdenverkehr für russische Auslandsreisende propagiert werden.

In einem Antwortschreiben des Außenministeriums zeigte sich das Literarische Büro zwar an einer Zusammenarbeit grundsätzlich interessiert, äußerte jedoch Bedenken gegen die Zulassung einer solchen Zeitung durch russische Organe. Sollte es aber dennoch dazu kommen, dass die russische Regierung eine solche offizielle Propagandazeitung der k. u. k. Regierung zulassen würde, dann würde sie aus Gründen der Reziprozität eine ähnliche Zeitschrift auch in Österreich-Ungarn publizieren wollen – dies war jedoch für das Außenministerium vollkommen unzulässig. Zu einer Umsetzung ist es auch hier schlussendlich nicht mehr gekommen.¹⁸⁹

Bis zum Kriegsende beschränkte sich die Arbeit des Literarischen Büros in Russland nur noch auf Pressebeobachtung und die Dementis von Falschnachrichten in der russischen Presse. So wurde etwa am 20. Oktober 1918 den Meldungen in der Moskauer Presse, wonach die österreichisch-ungarische Monarchie kurz vor dem Zusammenbruch stehe, durch Konsul Pottère auf schärfste entgegengetreten.¹⁹⁰

Das Literarische Büro bereitete sich nach der Oktoberrevolution auf die Aufnahme der Pressearbeit auch in den Nachfolgestaaten des sozialistischen Russlands vor. Bis Juli 1918 war die Beeinflussung der georgischen Presse ein Thema. Bei dem k. u. k. Vertreter in Tiflis, Georg Albert von Franckenstein, holte man im Vorfeld einer Subventionierungskampagne einige Berichte zur georgischen Presse und zur Ausrichtung der einzelnen Zeitungen ein. Es blieb jedoch nur bei den Plänen, denn zu einer Subventionierung oder Pressepropaganda in Georgien kam es schlussendlich nicht.¹⁹¹

¹⁸⁹ HHStA PL Karton 162, 610/5 ex 1918 Wiesner an Nagele vom 22. März 1918.

¹⁹⁰ HHStA PL Karton 162, 3131/5 ex 1918 Burián an Pottère vom 20. Oktober 1918.

¹⁹¹ HHStA PL Karton 162, 2264/5 ex 1918 Franckenstein an Burián vom 9. Juli 1918.

5.b. Ukraine

Die Situation in der Ukraine gestaltete sich für das k. u. k. Außenministerium nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk anders als in Russland. Das deutsch-österreichische Heer, das ursprünglich unter dem Vorwand der Schutzmacht gegen die Bolschewisten in die Ukraine eingezogen ist, verwandelte sich sukzessive in eine Okkupationsmacht. Es wurde immer deutlicher, dass sich die Zentralmächte in der Ukraine in eine unmögliche Position gebracht haben: Auf der einen Seite waren sie an einer geordneten Ukraine, die als östlicher Verbündeter gegen die bolschewistische Gefahr fungieren sollte und die die Weiterführung des Krieges im Westen durch Getreide- und Kohlelieferungen unterstützen würde, interessiert, auf der anderen Seite jedoch mischten sich die deutsch-österreichischen Vertreter immer mehr in die innenpolitischen Angelegenheiten der ukrainischen Zentralrada.¹⁹²

Bedingt durch diese militärische Besetzung sowie durch die Herstellung diplomatischer Kontakte mit der Regierung in Kiew war es dem Literarischen Büro ermöglicht, seine Tätigkeit auf die ukrainische Presse auszuweiten. Zwar wurden die Ratifikationsurkunden des sogenannten „Brotfriedens“ zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine erst im Oktober 1918 ausgetauscht, dennoch nahm die diplomatische Vertretung unter der Leitung von Graf János Forgách in Kiew ihre Tätigkeit auf. Forgách wurde bereits im Februar zum Leiter der „k. u. k. Kommission in Kiew“ bestellt, eine regelrechte k. u. k. Gesandtschaft wurde in der Ukraine wegen der Verweigerung der Ratifikation des Friedensvertrages nie eingerichtet.¹⁹³ Die Zustände in der Ukraine waren keinesfalls überschaubar – interne politische Konflikte sowie die Gefahr, die das bolschewistische Russland für die Integrität des neuen ukrainischen Staates darstellte, machten die Arbeit der k. u. k. Vertretung äußerst schwierig. Die Hauptaufgabe derselben bestand darin, die ausverhandelten Getreidelieferungen möglichst schnell zur Durchsetzung zu bringen. Wie sich jedoch herausstellen sollte, war dies eine Sache der Unmöglichkeit. Daneben nahm Forgách auch die pressepolitische Tätigkeit in der Ukraine auf; wie üblich, lieferte er regelmäßige Presseberichte nach Wien und beschäftigte sich mit den neuen Möglichkeiten der Pressebeeinflussung.

Erste Anreize für die Gründung einer ukrainischen Zeitung lieferten die Deutschen: Als das Literarische Büro über Vertrauensmänner erfuhr, dass der Redakteur der *Deutschen Warschauer Zeitung* nach Kiew geschickt worden war, um dort ein deutsches Blatt

¹⁹² Mark von Hagen, *Making of the Ukrainian State* 313.

¹⁹³ Wolfram Dornik, *Die Besetzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext - Forschungsstand - wirtschaftliche und soziale Folgen* (Graz-Wien-Klagenfurt 2008) 155.

herauszugeben, wurde sogleich bei der Kiewer Mission eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben mit dem Ziel, die Erfolgchancen eines neu gegründeten Blattes zu erkunden.¹⁹⁴

Wie wichtig die Herausgabe einer ukrainischen pro-österreichisch-ungarische Zeitung sein würde, erkannte Forgách gleich nach seiner Ankunft in Kiew. Bereits wenige Tage nach der Aufnahme der diplomatischen Tätigkeit telegraphierte er an den Außenminister über die Notwendigkeit der Gründung einer neuen ukrainischen Zeitung: Das „zeitungshungrige“ ukrainische Publikum sei nur durch zwei russische Blätter und ein offizielles Regierungsblatt bedient, eine proösterreichische Zeitung wäre somit äußerst opportun. Dabei würde sich ein solches Organ thematisch auf „Abkehr von Sozialisierungsplänen, Enteignung, aber nicht Konfiskation Großgrundbesitzes, österreich-freundlich und für strikte Einhaltung Lieferungsverpflichtungen“ richten. Die Herausgabe wurde durch Forgách mit einer ukrainischen Druckereigesellschaft vereinbart und die Kosten wurden mit 250.000 Rubel festgelegt. An der Besprechung und Umsetzung der Neugründung war auch der ehemalige ukrainische Abgeordnete im österreichischen Reichsrat und späteres Mitglied des nationalen Zentralrates der Ukraine, Nikolaus von Wassilko, beteiligt. Wassilko war seit 1917 der Vizepräsident des ukrainischen Nationalrates in Wien¹⁹⁵ und gerade seine Kontakte und Personenkenntnisse in der Ukraine waren dem Außenministerium während der Besprechungen mit den Ukrainern in Brest-Litowsk von äußerstem Nutzen¹⁹⁶ und auch jetzt erwies sich die Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Abgeordneten als äußerst lukrativ – dennoch ist es zu einer Subventionierung schlussendlich nicht gekommen.¹⁹⁷ Der Grund dafür lag wohl darin, dass das Literarische Büro seine Kompetenzen in der Ukraine schrittweise an das Kriegspressequartier abzugeben hatte – eine Kompetenzabgabe, die keinesfalls problemlos ablief und für mehrere Monate die Pressebeeinflussung in der Ukraine beeinträchtigte.

Die innenpolitische Lage in der Ukraine wurde immer instabiler und als die deutsch-österreichisch-ungarische militärische Besetzung immer häufiger durch die Zentralrada in Frage gestellt wurde, organisierte das deutsche Militär mit Hilfe des Generals Pawlo Skoropadskyj am 29. April 1918 einen Putsch – das neue ukrainische Hetmanat wurde zu einem Marionettenstaat der Zentralmächte und die Idee einer souveränen Ukraine wurde somit vollkommen aufgegeben.¹⁹⁸

¹⁹⁴ HHStA PL Karton 193, 622/5 ex 1918 Wiesner an Hoffinger vom 15. März 1918.

¹⁹⁵ Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1373.

¹⁹⁶ HHStA PL Karton 193, 27/5 ex 1918 Práznovsky an Wiesner vom 4. Jänner 1918 - Wassilko lieferte etwa Hintergrundinformationen über die ukrainische Delegierte in Brest-Litowsk.

¹⁹⁷ HHStA PL Karton 193, Telegramm Nr. 127 Wiesner an Forgách vom 10. April 1918.

¹⁹⁸ Mark von Hagen, Making of the Ukrainian State 316.

Die österreichisch-ungarische Pressepolitik in der Ukraine in der Phase nach dem Friedensschluss gestaltete sich im Zeichen der Kompetenzunklarheit. Es dauerte etwa bis Sommer 1918, bis eine teilweise Klarheit über die Arbeitsaufteilung geschaffen wurde. Grundsätzlich sah sich die k. u. k. Militärmission in Odessa und deren Vertretung in Kiew von Anfang an für die pressepolitische Arbeit in der Ukraine zuständig und das sowohl auf militärischem als auch politischem Gebiet. Das 2. Armeekommando in Odessa und die Vertretung des Armeekommandos in Kiew gehörten zu den ersten k. u. k. Stellen, die sich mit der Pressebeeinflussung in den besetzten Gebieten befassten. Für die Regelung der Pressefragen in der Ukraine entsandte das Kriegspressequartier einen seiner Auslandsmitarbeiter, Josef Hermann, nach Kiew, um dort die pressepolitischen Agenden zu übernehmen. Zu seinen Aufgaben gehörten die Überwachung der ukrainischen Presse, die Kontaktaufnahme zu den Redaktionen sowie die Organisation des Telegraphendienstes nach und von Österreich-Ungarn mit einer Telegraphenstelle in Lemberg – eine Aufgabe, die im Hinblick auf die langsame und ungenügende Beförderung von behördlichen telegrafischen Nachrichten aus der Ukraine über das deutsche Wolff-Büro äußerste Priorität hatte. Bis Juni sollte die Außenstelle des KPQ um weitere drei Presse- und Propagandaoffiziere aufgestockt werden. Aus dem Bericht des Leiters des KPQ, Wilhelm Eisner-Bubna, an das Außenministerium vom Mai 1918 wurde klar, dass das KPQ bereits mit der aktiven Pressebeeinflussung in der Ukraine begonnen hatte, indem etwa ständige Korrespondenten für einzelne ukrainische Blätter aus den Reihen des KPQ ausgewählt wurden.¹⁹⁹

Das Literarische Büro versuchte nun, einen eigenen Pressebeauftragten nach Kiew zu entsenden, dessen primäre Aufgabe anfangs die Übernahme des telegraphischen Dienstes sein würde – also die Einrichtung einer Außenstelle des Korrespondenzbüros in Kiew. In Wien versprach man sich davon einen schnelleren Transfer der telegrafischen Nachrichten, die somit nicht mehr durch das deutsche Wolff-Büro befördert werden mussten. Gleichzeitig wollte man nicht warten, bis das Kriegspressequartier die versprochene Organisation des Telegraphendienstes aus Lemberg abschließen würde. Ironischerweise wurde vom Presseleiter Wiesner gerade der Pressebeauftragte des KPQ Hermann für den Posten des Pressebeauftragten des Außenministeriums in Erwägung gezogen, jedoch wurde dieser Vorschlag von Forgách in Frage gestellt. In einem Bericht an das Literarische Büro äußerte sich Forgách Hermann gegenüber sehr skeptisch, „weil er bereits im Solde des Kriegspressequartiers und des Bevollmächtigten des Armeeeoberkommandos steht und uns

¹⁹⁹ HHStA PL Karton 193, 1361/5 ex 1918 Eisner-Bubna an Burián vom 23. Mai 1918.

[Ministerium des Äußern] nicht verpflichtet erschiene. Ueberdies ist er ein wenig intelligenter Mann, der in der Lancierung unverbürgter Nachrichten ziemlich wahllos ist.“²⁰⁰

Als geeignet für den Posten sah Forgách den Ölundustriellen aus Drohobycz und Delegierten des Warenverkehrsbüros in Kiew, Jakob Feuerstein, der seiner Ansicht nach in den publizistischen Kreisen vor Ort äußerst versiert war.²⁰¹ Feuerstein wurde schlussendlich am 6. Mai von Burián mit der Besorgung der Presseagenden und des telegraphischen Dienstes beauftragt. Nur wenige Tage später lieferte er einen ausgearbeiteten Plan eines in Kiew zu gründenden Informationsbüros, dessen Kosten sich monatlich auf 16-17.000 Rubel belaufen würden. Der Aufgabenbereich des Informationsbüros würde sich nicht nur – wie ursprünglich vorgesehen – auf die regelmäßige Berichterstattung über die Presse beschränken, sondern würde auch die Zuständigkeiten des Korrespondenzbüros übernehmen. Überdies sollte das Büro, auf Vorschlag Feuersteins, einen Informationsdienst mit dutzenden Informanten in der gesamten Ukraine etablieren, die über politische und wirtschaftliche Vorgänge regelmäßig an das Außenministerium berichten würden.²⁰² Forgách erhoffte sich durch einen solchen Informationsdienst die Eindämmung des „Tätigkeitsdrangs des Kriegspressequartiers“, dessen Pressedienst, geleitet von Hermann, vollkommen überflüssig gewesen sei.²⁰³ Der Vorschlag Feuersteins wurde zwar von Forgách unterstützt, vom Außenministerium aber schlussendlich nicht angenommen – zum einen wegen der hohen Kosten, die vom Literarischen Büro für ein derartig großes und unsicheres Unternehmen nicht bereitgestellt werden konnten, und andererseits wegen der Versicherung des k. u. k. Armeeoberkommandos in Odessa, für die Beförderung der Nachrichten eine eigene Radiostation mit einem Presseoffizier einzurichten und der k. u. k. Mission zur Verfügung zu stellen.²⁰⁴

Zur Überschneidung der zwei Presseorgane in der Ukraine kam es auch im Zuge der Besorgung von Zeitungspapier für ausgewählte Zeitungen. Beide Ämter erkannten sehr bald, dass die Beeinflussung der ukrainischen Presse nicht nur auf der Versorgung mit Nachrichtenmaterial allein beruhen durfte, sondern sich auch der Frage der Papierverfügbarkeit zuwenden musste. Die Papierknappheit in der Ukraine veranlasste das Literarische Büro, aktiv nach Versorgungsmöglichkeiten zu suchen. Dem Literarischen Büro fehlte es hierbei nicht an Erfahrung oder Kontakten, denn bereits seit Winter 1917 war das Außenministerium an Verträgen mit der schwedischen Regierung zur Papierlieferung in die Donaumonarchie

²⁰⁰ HHStA PL Karton 193, Telegramm Nr. 290 Forgách an Burián vom 3. Mai 1918.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² HHStA PL Karton 193, Vorschlag für die Einrichtung eines Informationsbureaus in Kiew vom 28. Mai 1918.

²⁰³ HHStA PL Karton 193, 490/V.B. Forgách an Burián vom 28. Mai 1918.

²⁰⁴ HHStA PL Karton 193, Telegramm Nr. 504 Forgách an Burián vom 1. Juni 1918.

beteiligt. So wurden etwa Ende Dezember 1917 105 Waggonen schwedischen Zeitungspapiers für die ungarische Papierzentrale gekauft. Im Gegenzug musste die k. u. k. Regierung die Quecksilberlieferungen für die Edelstahlproduktion in Uddeholm bewilligen.²⁰⁵ Ende Mai wendete sich der Presseleiter Wiesner an Forgách mit der vertraulichen Information, dass der österreichisch-ungarische Papierverband bereit wäre, schwedisches Zeitungspapier für einige Zeitungen in der Ukraine bereitzustellen. Forgách wurde von Wiesner beauftragt, jene Zeitungen zu bestimmen, die durch solche Zulieferungen zu unterstützen wären.²⁰⁶ Über einen Mittelsmann des Handelsministeriums namens Rothstein wurden dann erste Schritte veranlasst. Insgesamt handelte es sich um etwa 20.000 Pud,²⁰⁷ die an die Redaktionen um Gegenzahlungen geliefert werden konnten. Dass die Aktion auch Erfolg versprach, zeigte sich daran, dass bereits wenige Tage nach der Angebotseinreichung drei Odessaer und zwei Kiewer Zeitungen ernstes Interesse an den Lieferungen zeigten.²⁰⁸

Parallel dazu leitete das Kriegspressequartier eine eigene Aktion zur Belieferung der ukrainischen Zeitungen mit Papier in die Wege. Ähnlich wie das Literarische Büro, wendete sich auch das KPQ Anfang Juni an Schweden, nahm dabei aber anfangs nicht die Dienste des Außenministeriums in Anspruch – es handelte sich um eine gesonderte Aktion des Kriegsministeriums. Die Bestellung erfolgte über die ungarische Firma Molnar & Greiner, die als einzige Besitzerin von schwedischen Valuten galt, und setzte sich aus 300 Waggonen zusammen. Bereits seit Ende Juni war diese Lieferung in Schweden versandfertig, wurde jedoch durch die schwedische Regierung zurückgehalten. Als Grund für die Verweigerung der Lieferung nannten die Schweden die Sicherung der eigenen Bestände. Dass es sich hierbei um einen Vorwand gehandelt habe, zeigte laut KPQ der Umstand, dass für die ukrainischen Zeitungen Papier in einer Breite von 68 cm gekauft worden war, einer Breite, die für schwedische Zeitungen nicht verwendbar gewesen sei. Da bereits die Verträge mit den zu beliefernden Zeitungen abgeschlossen worden waren, wurde zur Regelung der verwickelten Situation der schwedische Journalist beim AOK, Lago Lenquist, im Auftrag von KPQ nach Stockholm gesandt, um dort zu intervenieren.²⁰⁹ Diese Aktion brachte aber nicht das gewünschte Ergebnis und das KPQ war schließlich doch gezwungen, sich an das Außenministerium mit der Bitte um Assistenz zu wenden. Es zeigte sich schlussendlich, dass das Departement 9 des Außenministeriums in Zusammenarbeit mit dem Handelsministerium

²⁰⁵ HHStA PL Karton 294, Telegramm Nr. 824 Hadik an Czernin vom 31. Dezember 1917.

²⁰⁶ HHStA PL Karton 193, Telegramm Nr. 381 Burián an Forgách vom 29. Mai 1918.

²⁰⁷ Alte russische Maßeinheit: 1 Pud – 40 Pfund / 16,38 kg.

²⁰⁸ HHStA PL Karton 193, Telegramm Nr. 518 Forgách an k. u. k. Ministerium des Äußern vom 4. Juni 1918.

²⁰⁹ HHStA PL Karton 193, 2121/5 ex 1918 Eisner-Bubna an k. u. k. Ministerium des Äußern vom 22. Juli 1918.

gerade dabei war, mit der schwedischen Regierung einen Vertrag zur Lieferung von Steinpapier in die Monarchie abzuschließen. Das neutrale Schweden hatte sich zusätzlich verpflichtet, nur eine bestimmte Tonnagenzahl an die kriegsführenden Staaten auszuführen und durch die Aktion des KPQ drohte nun ein schneller Abbruch dieses interministeriellen Projekts – der gesamte Plan des KPQs führte schlussendlich ins Leere.²¹⁰ Ein ähnliches Ergebnis hatte auch die Aktion des Literarischen Büros. Als man dort und in Kiew merkte, dass auch das KPQ in dieser Sache aktiv geworden war, wurde beschlossen, die Belieferung der ukrainischen Zeitungen zu unterlassen.

Dass die unklare Kompetenzaufteilung in der Ukraine den beiden Presseorganen die pressepolitische Arbeit erschwerte, war den Vertretern derselben durchaus bewusst. Bereits Anfang April fand im Kriegsministerium eine Besprechung zusammen mit den Vertretern des Literarischen Büros statt, die den Namen „Propaganda in der Ukraine – Unterstützung der ukrainischen Presse“ führte. Als Grund für die Besprechung gab das KPQ die Tatsache an, dass in der Ukraine aufgrund der Kompetenzschwierigkeiten eine „beträchtliche Kräftevergeudung“ entstanden sei.²¹¹

Dennoch kam es seitens des Literarischen Büros zu keiner ernsteren Aktivität mehr betreffend die ukrainische Presse. Dies zeigte sich wohl am deutlichsten bei der Festlegung der Zensuranweisungen für die ukrainische Presse, auf die das Literarische Büro nur noch formell Einfluss nehmen, nicht aber federführend mitwirken konnte. Die vollständige Zensur der ukrainischen Zeitungen übernahm das KPQ und holte nur noch bei grundsätzlichen politischen Themen die Meinung des Außenministeriums ein.

Somit konnte sich von den zwei Presseorganen, die in der Ukraine tätig waren, das KPQ behaupten. Der wohl wahrscheinlichste Grund dafür waren die großen Ressourcen, die das Kriegsministerium dem KPQ zur Verfügung stellen konnte und mit denen das Literarische Büro schlicht und einfach nicht mithalten konnte. Im Endeffekt wurde im Außenministerium eingesehen, dass das Überlassen der ukrainischen pressepolitischen Arbeit an das KPQ, zumindest zeitweise, unausweichlich war – eine Tatsache, die auch durch den Vertreter des Außenministeriums beim AOK, Graf Trauttmansdorff, Ende Juli bestätigt wurde: „Wie das Armeeoberkommando mir mitteilt, wird nunmehr die Propaganda in der Ukraine vom Kriegspressequartier in ihrer Gänze organisiert und geleitet.“²¹²

²¹⁰ HHStA PL Karton 193, 1501/5 ex 1918 vom 2. August 1918.

²¹¹ HHStA PL Karton 193, Telegramm AOK an Wiesner vom 2. April 1918.

²¹² HHStA PL Karton 193, 2143/5 ex 1918 Trauttmansdorff an Burián vom 26. Juli 1918.

6. Schlusswort

Das Pressedepartement des k. u. k. Ministeriums des Äußern ging mit der Auflösung der Doppelmonarchie an das Staatsamt für Äußeres über und wurde dann später durch die Zusammenlegung mit dem Pressedienst der Staatskanzlei zum einheitlichen Bundespressedienst.²¹³

Der Tätigkeitsbereich des Literarischen Büros war zu jeder Zeit ganz eng mit den außenpolitischen Absichten der jeweiligen k. u. k. Außenminister verbunden und durchlief dadurch auch eine ständige Entwicklung. Die immer stärkere außenpolitische Ausrichtung Österreich-Ungarns auf Südosteuropa bedeutete einen unvermeidbaren Zusammenstoß mit den geopolitischen Absichten Russlands. Dies zeigte sich das erste Mal in größerem Ausmaß während der bosnischen Annexionskrise von 1908/9. Der k. u. k. Außenminister Aehrenthal beauftragte das Literarische Büro und die k. u. k. Mission in Russland mit einigen grundlegenden Aufgaben, die zum Ziel hatten, auf die öffentliche Meinung in Russland einzuwirken. Wie sich zeigte, konnten diese Pressebeeinflussungsaktionen in Russland nur vereinzelt Erfolge verzeichnen, denn zumeist fehlte es doch an finanziellen Mitteln oder an vertrauenswürdigen Kontakten vor Ort. Somit blieben viele solche Vorschläge nur auf der Ebene der Intention. Mit dem Kriegsausbruch wurden die presspolitischen Agenden in Russland vor allem von dem Kriegspressequartier übernommen und die Pressepropaganda des Literarischen Büros rückte noch mehr in den Hintergrund. Bis zum Kriegsende konnte die propagandistische Pressearbeit in Russland nicht mehr aufgenommen werden und den Vorkriegsstand erreichen. Zwar zielten einige Versuche nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk in Russland und in der Ukraine ansatzweise auf die Beeinflussung der Presselandschaften; dies waren jedoch nur vereinzelte Aktionen, die auf die eigene Initiative der Mitarbeiter des Außenministeriums vor Ort zurückzuführen waren und die meistens noch am Beginn scheiterten. Das k. u. k. Außenministerium verfügte über keinerlei weitgreifende Strategien oder Pläne. Zwar suchten die Mitarbeiter am Ballhausplatz und in den einzelnen k. u. k. Missionen immer wieder neue Ansätze der Propagandaarbeit, aber es fehlte der Wille zur endgültigen Durchsetzung. Das Literarische Büro versetzte sich in eine passive Position, die es nicht ermöglichte, ein politisches Risiko einzugehen.

²¹³ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2 119f.

Die Pressepolitik des Außenministers Czernin vor und während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wurde zur Gänze vom Literarischen Büro getragen. Wie wichtig die gezielte Berichterstattung über die Friedensanbahnungsversuche sowie über den Verlauf der Verhandlungen war, erkannte der k. u. k. Außenminister sehr früh. Durch gezielte Pressekampagnen vor allem im Inland versuchte er mit seinem Presseleiter Wiesner, die angespannte Lage in der Donaumonarchie zu entschärfen und gleichzeitig der Welt die Friedensbereitschaft Österreichs-Ungarns zu proklamieren. Durch den ständigen Kampf mit dem deutschen Bundesgenossen um die Art und Weise der Friedensanbahnungsstrategie musste die schwächere Monarchie schlussendlich den Absichten Deutschlands nachgeben. Die Arbeit der Gesandtschaften in den neutralen Ländern zeigte sich als ganz wesentlich für die gezielte mediale Berichterstattung über die russischen Ereignisse in der Donaumonarchie. Dennoch konnte das Ziel einer gesteuerten Berichterstattung über die Vorkommnisse in Russland sowie über den Verlauf der Friedensverhandlungen nicht vollständig erreicht werden. Die Nachgiebigkeit der Zensur in Österreich-Ungarn und in Deutschland erwies sich als äußerst problematisch und konnte bis zum Kriegsende nicht mehr saniert werden.

Abschließend kann festgestellt werden:

Die aktivste Phase des Literarischen Büros in Russland war die Zeit zwischen 1908 und 1914. In dieser Periode wurden die meisten Ansätze und Strategien zur gezielten Pressebeeinflussung untersucht und einige davon umgesetzt. Die Träger dieser Strategien waren vor allem der Presseleiter in Wien, die Gesandten und Konsuln in Russland sowie die Mitarbeiter des k. u. k. Telegraphen-Korrespondenzbüros. Es kann jedoch nicht von einer erfolgreichen österreichisch-ungarischen Pressebeeinflussung in Russland die Rede sein. Diese Ansätze blieben entweder nur in der Vorbereitungsphase oder konnten aus finanziellen oder politischen Gründen nicht über eine längere Zeit fortgeführt werden. In den wesentlichsten Punkten der auf Russland gezielten Außenpolitik konnte das Literarische Büro nur sporadisch eine homogene Strategie verzeichnen.

Dagegen konnte das Literarische Büro bis 1914 das zweite wichtige Tätigkeitsfeld, nämlich die Versorgung des k. u. k. Außenministeriums mit relevanten Presseberichten über die politische und kulturelle Lage in Russland, aufrechterhalten und leistete somit sicherlich einen wesentlichen Beitrag zur Informiertheit der gesamten Zentralbehörde. Somit verfehlte das Literarische Büro, auch in Anbetracht der nicht erfolgreichen Pressebeeinflussung, nicht sein Hauptziel: Die Außenminister bei ihrer aktiven Außenpolitik zu flankieren.

Im Zuge des Kriegsausbruchs und der darauffolgenden Schließung der Außenstellen des k. u. k. Außenministeriums konnte das Literarische Büro die pressepolitische Arbeit in Russland (aber auch in anderen feindlichen Ländern) nicht mehr ausführen. Die Verfassung von Presseberichten wurde sukzessive von den Außenstellen in den neutralen Ländern aufgenommen – die Zahl dieser Berichte erreichte aber nie den Vorkriegsstand. Die Propagandaarbeit in den feindlichen Staaten wurde nun schrittweise vom Kriegspressequartier sowie vom Kriegsüberwachungsamt zur Gänze übernommen – das Literarische Büro wurde nur noch bei außenpolitischen Themen sowie bei Fragen der Zensur zu Rate gezogen. Die wenigen Versuche des Literarischen Büros, in dieser Zeit auf die Presselandschaft in Russland Einfluss zu gewinnen, können keinesfalls als ernste Ansätze bezeichnet werden.

Während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk richtete sich die Arbeit des Literarischen Büros vor allem auf die heimische Presselandschaft. Dabei zählten zu den wichtigsten Aufgaben die Informierung der heimischen Bevölkerung über die günstigen Fortschritte bei den Verhandlungen und die möglichst effektive Unterdrückung von ungünstigen Nachrichten. Letzteres erwies sich als nahezu unmöglich – die Lockerheit der deutschen Zensurstellen, sowie die allgemeine Liberalisierung der Presselandschaft konnten von den Mitarbeitern des Literarischen Büros nicht gezielt bekämpft werden. Die Versuche, nämlich dem Außenminister Czernin bei den Verhandlungen eine ruhige Heimatfront zu gewährleisten, verfehlten somit das Ziel.

Die effektive Wiederaufnahme der pressepolitischen Tätigkeit in Russland wurde vor allem durch die chaotischen Zustände vor Ort behindert. Zwar übernahm die provisorische k. u. k. Mission in Moskau nach dem Friedensschluss das Verfassen der regelmäßigen Presseberichte, aber ernstere Unterfangen zur Gewinnung lokaler Zeitungen konnte nicht mehr in die Wege geleitet werden.

In der besetzten Ukraine musste das Literarische Büro mit einer schwerwiegenden Kompetenzunklarheit kämpfen. Die k. u. k. militärischen Stellen, wie etwa das KPQ, und die Mitarbeiter des k. u. k. Außenministeriums unternahmen Parallelaktionen, die sich des Öfteren überschnitten. Somit konnte auch in der Ukraine keine konsequentere Pressebeeinflussung in die Wege geleitet werden, auch wenn die Voraussetzungen für eine solche durchaus günstiger als in Russland gewesen wären.

Es steht fest, dass die Bestandsgruppe „Russland“, die hier primär herangezogen wurde, nur teilweise überliefert ist. Die in dieser Arbeit verwendeten archivalischen Quellen bilden jedoch sicherlich nicht die einzigen Ansatzmöglichkeiten zur Erforschung der pressepolitischen

Tätigkeit des Literarischen Büros. So bieten auch weitere Bestandsgruppen mögliche Herangehensweisen: So etwa die Erfassung der Zahlungsausgänge aus dem Dispositionsfonds. Ein solcher Ansatz könnte gerade bei jenen Akten behilflich sein, aus denen nicht klar hervorgeht, ob die Subventionierung der Zeitung auch tatsächlich erfolgreich abgeschlossen wurde. Denn des Öfteren stößt man im Zuge der Recherchen auf Fälle, bei denen sich wegen des abrupten Fehlens des Aktenmaterials nicht mit Bestimmtheit sagen lässt, ob eine Zeitungserlangung erfolgreich gewesen ist.

Auch die Zusammenarbeit des Literarischen Büros mit anderen k. u. k. Presseorganen, vor allem mit dem Kriegspressequartier und dem Kriegsüberwachungsamt, verdient eine genauere Betrachtung. Wie sich im Laufe des Krieges Kompetenzen dieser Stellen entwickelt haben, konnte in dieser Arbeit sicherlich nicht vollständig geklärt werden – hier würde sich eine behördenübergreifende archivalische Studie anbieten.

Des Weiteren bieten auch die bis heute nicht erfassten Länderbestände weitere Forschungsmöglichkeiten. Die bisherigen Studien haben sich vor allem auf die Tätigkeit des Literarischen Büros in den größeren europäischen Staaten konzentriert (Großbritannien, Deutschland, Frankreich oder Italien). Dementsprechend bleibt die Art und Weise der österreichisch-ungarischen Pressebeeinflussung etwa in Südosteuropa noch ein geschlossenes Buch und verdient eine Untersuchung.

8. Literaturverzeichnis

Franz Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849, Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon, 2 Teilbde. (Wien 2014).

Rudolf Agstner, Handbuch des Österreichischen Auswärtigen Dienstes, Band 1. 1918 - 1938: Zentrale, Gesandtschaften und Konsulate (Wien 2015).

Wolfdieter Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 8, Wien, Köln, Graz 1970).

Francis Roy Bridge, Österreich-Ungarn unter den Grossmächten. In: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, hg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. VI/1, Wien 1989) 196-373.

Ottokar Czernin, Im Weltkriege (Berlin und Wien 1919).

Mark Cornwall, Das Ringen um die Moral des Hinterlandes. In: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg, Teilbd. 1 (in 2 Teilen): Der Kampf um die Neuordnung Mitteleuropas, hg. von Helmut Rumpler (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. XI/1/1, Wien 2016) 393-435.

Wolfram Dornik, Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext - Forschungsstand - wirtschaftliche und soziale Folgen (Graz-Wien-Klagenfurt 2008).

Fritz Fellner, Zeitungen als Instrument der Außenpolitik. Die österreichisch-ungarische Pressepolitik in Italien 1914–1915. In: Römische Historische Mitteilungen 31 (1989) 537–558.

Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/09. (Historische Studien, Heft 437, Husum 1980).

Mark von Hagen, The Entangled Eastern Front and the Making of the Ukrainian State: A Forgotten Peace – A Forgotten War and Nation-Building. In: Bewältigte Vergangenheit? Die nationale und internationale Historiographie zum Untergang der Habsburgermonarchie als ideelle Grundlage für die Neuordnung Europas, hg. von Helmut Rumpler und Ulrike Harmat (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. XII, Wien 2018) 283–319.

Sonja Hillerich, Deutsche Auslandskorrespondenten im 19. Jahrhundert. Die Entstehung einer transnationalen journalistischen Berufskultur (Berlin und Boston 2018).

Leopold Kammerhofer, Diplomatie und Pressepolitik 1848 – 1918. In: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, hg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. VI/1, Wien 1989) 459-495.

Heinrich Kock, Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Spiegel der Wiener Presse (Bergedorf 1937).

Ingeborg Meckling, Die Außenpolitik des Grafen Czernin. Österreich Archiv (Wien 1969).

Georg Reichlin-Meldegg, Das k.u.k. Evidenzbüro Wien und der Krieg gegen Russland. In: Pallasch. Zeitschrift für Militärgeschichte 23 (2006) 145–152.

Verena Moritz, Militärische Nachrichtendienste vor dem Ersten Weltkrieg. Voraussetzungen und Perspektiven einer Geschichte wechselseitiger Wahrnehmungen und Einschätzungen am Beispiel Österreich-Ungarns und des Zarenreichs. In: Wolfram Dornik, Julia Walleczek-Fritz und Stefan Wedrac (Hg.), Frontwechsel. Österreich-Ungarns "Großer Krieg" im Vergleich (Wien u.a. 2014) 399–420.

Verena Moritz, Zwischen allen Fronten. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich im Spannungsfeld von Nutzen und Bedrohung (1914-1921) (Dissertation, Uni Wien 2001).

Verena Moritz, Hannes Leidinger, Zwischen Nutzen und Bedrohung. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich 1914 – 1921 (Bonn 2005).

Thomas Olechowski, Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918. Ein Beitrag zur österreichischen Medienrechtsgeschichte (Wien 2004).

Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 2. Die zentralen pressepolitischen Einrichtungen des Staates (Wien 1966).

Manfried Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie (Vollständig überarbeitete und wesentlich erweiterte Fassung des 1993 erschienenen Bandes „Der Tod des Doppeladlers“, Wien, Köln, Weimar 2013).

Franz Rottensteiner, Das Literarische Bureau. Pressepolitik, Organisation und Wirksamkeit 1877 – 1918, (ungedr. Diss., Uni Wien 1967).

Manfred Strauß, Die „Politische Korrespondenz“ und ihre Nachrichtenpolitik von 1875 bis 1914 (Wien 1965).

9. Quellenverzeichnis

Gedruckte Quelle:

Karl Friedrich Nowak, Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, Bd. 2. (Berlin 1929).

Ungedruckte Quellen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Archiv des k .u. k. Ministeriums des Äußern:

Presseleitung (Literarisches Büro):

Karton 2-3 (Allgemeine Akten 1865).

Karton 87 (Allgemeine Akten 1914).

Karton 161 (Russische Presse 1892-1911).

Karton 162 (Russische Presse 1912-1918).

Karton 163 (Russland 1907-1918).

Karton 193 (Ukraine 1917-1918).

Karton 294 (Diverses I-Z 1918).

Karton 323 (Telegramme Brest-Litowsk 1917-1918).

Politisches Archiv:

Karton rot 497 (Korrespondenzen aus dem Komplex der Verhandlungen während des Krieges 1914-1918: Memoranden).

Karton rot 818 (Interne Maßnahmen 1914-1918).

Karton rot 952 (Friedensverhandlungen 1914-1918).

Karton rot 956 (Friedensverhandlungen 1914-1918).

Karton rot 1052 (Friedensverhandlungen 1917-1918).

Karton rot 1077 (Brester Kanzlei: Akten (verschiedenes) 1917-1918).

Karton rot 1078 (Brester Kanzlei: Akten (verschiedenes) 1917-1918).

XL 262 (Verschiedene Telegramme an Graf Demblin 1917-1918).

10. Abstract

Das Literarische Büro war als Pressedepartement des k. u. k. Ministeriums des Äußern ein wichtiges Werkzeug der Pressepolitik der Habsburgermonarchie. Die Methoden und Arbeitsweisen des Büros änderten sich im Laufe der Zeit und waren zu jeder Zeit von den außenpolitischen Absichten der jeweiligen Außenminister abhängig. Zu seinen Hauptwerkzeugen gehörten unter anderem die Verfassung offizieller Communiqués des Außenministers, Beeinflussung inländischer und ausländischer Journalisten, Presselenkung im Ausland mittels Erwerbung von Journalen und Redakteuren und das Verfassen von Presseberichten über die ausländische Presse für den k. u. k. Außenminister und den Kaiser. In Russland unternahm das Literarische Büro in der Zeit von 1900 bis 1918 mehrere Presselenkungsversuche, die vor allem durch die Mitarbeiter in Wien und in den k. u. k. Missionen vor Ort geplant und teilweise auch umgesetzt wurden. Auch kurz vor und während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk nahm das Literarische Büro eine wichtige Rolle ein und stand dem Außenminister Czernin als wichtiges Organ zur Verfügung. Die durch das Büro getragene, monopolisierte heimische Berichterstattung war gerade in jener Zeit, in der die nationalen Gruppierungen mit den Friedensverhandlungen ihre eigenen Separationsziele verbanden, für das Überleben der Doppelmonarchie äußerst wichtig. Sie verzeichnete aber wegen des Zusammenbruchs des österreichisch-ungarischen Zensurapparates nur bedingt Erfolge. Insgesamt hielt sich die Erfolgsquote des Literarischen Büros betreffend Russland in Grenzen, dennoch bietet die Verfolgung der angeschlagenen Strategien im historischen Kontext einen interessanten Einblick in die Beziehungen der beiden Staaten.